Deutschland, sein eigener Richter!

◆

Antwort eines kosmopoliten Schweizers auf die deutsche Propaganda zum Weltkrieg 1914

von

H. J. Suter-Lerch

Verlag Art. Institut Orell Füssli / Zürich 1917

DEUTSCHLAND, SEIN EIGENER RICHTER!

ANTWORT EINES KOSMOPOLITEN SCHWEIZERS AUF DIE DEUTSCHE PROPAGANDA ZUM WELTKRIEG 1914

VON

H. J. SUTER-LERCH

„VERITAS ET LOGICA!“

VERLAG / ART. INSTITUT ORELL FÜSSLI / ZÜRICH 1917

INHALTS-VERZEICHNIS

ABKÜRZUNGEN

N. Z. Z. = Neue Zürcher Zeitung

B. N. = Basler Nachrichten

EINLEITUNG

An die Neutralen:
„Logik, nicht Rassensympathie!“

Herr Avenarius, der Reichsdeutsche, verwirft Zurückhaltung!

Trotzdem wollte ich — getreu der Mahnung Spittelers — mich bis zur Beendigung des Weltkrieges still verhalten und meine Aufzeichnungen erst nach Friedensschluss der Öffentlichkeit übergeben. Ich hatte das Gefühl, dass der Neutrale, der nicht gewillt ist, aktiv in einen Kampf einzugreifen, schon aus blossem Takt sich stumm verhalten müsse, bis der Krieg beendet sei. Aus Takt, den Nachbaren gegenüber, sowie aus Rücksicht auf die eigene Behörde! Aber der laute Ton und die Verirrungen meiner geistigen Gegner („Stimmen im Sturm“, Oberstenaffaire etc.) zwingen mich jetzt schon zur Sprache.

Herr Avenarius möge denn hören!

* * *

Ich mache mich, um Irrtümern vorzubeugen, in erster Linie dem Leser bekannt. Alter: zwischen dreissig und vierzig. Unbescholten. Politische Gesinnung: gemässigt konservativ. Kirche: reformiert-orthodox.

Ich bin Deutschschweizer, doch schärfer gezeichnet Kosmopolite, der in zu verschiedene Töpfe gesehen hat, um grundlos für irgendeine Rasse oder ein Volk Partei zu nehmen. Die erste Jugend verbrachte ich in Russland. — „Wohl ein verkappter Russenfreund?!“ — Durchaus nicht! Trotzdem uns Germanen (Reichsdeutschen und

Schweizern) in Russland mit dankenswertester Gastfreundschaft begegnet wurde, bewahrten wir doch meistens die grösste Anhänglichkeit zur westlichen Heimat. Nirgends aber trat diese mehr zu Tage, als in meiner engeren Familie, wo ein schweizerischer Hauslehrer uns die ersten Jahre russischer Schulen ersetzte. Der Umgang jener Zeit ging nicht über einen kleinen Kreis der deutschen und der Schweizerkolonie hinaus. Dann ging's nach Zürich auf die Schulbank. Und fast ein Dezennium Züricher Aufenthaltes machte aus mir den vollen Schweizer. Erst später kam ich, als ich auf einige Jahre nach Russland zurückkehrte, mit russischem Wesen in näheren Kontakt. Trotzdem ich hierbei sehr vieles schätzen lernte, fühlte ich mich doch infolge meiner Erziehung in deutscher Gegend mehr zu Hause. Wie oft hielt ich in Russland geborenen und dort erzogenen Reichsdeutschen gegenüber die Stange ihres Vaterlandes! Denn meine mangelhaften russischen Sprachkenntnisse und die starke Fühlung mit dem Westen rückten mich von Russland um ein Merkliches ab. So wählte ich denn zum definitiven Wohnsitz Deutschland, das mir in gar mancher Hinsicht, nicht zum mindesten auch in politischer, durchaus sympathisch war. Wenn allerdings die neudeutsche Kultur, die ich in Berlin traf, meinen Erwartungen nicht auf der ganzen L'n'e entsprach, — weil in zunehmender Weise an Stelle früherer Behaglichkeit Protz, an Stelle von ansprechender Schönheit kalter Talmiglanz trat, und raffinierter Materialismus frühere Ehrlichkeit ersetzte,[1]) — so verteidigte ich doch auch späterhin

[1]) Vergleiche u. a. Sudermanns Gedicht „Was wir waren" (Berliner Tageblatt, August 1914); ferner Äusserungen des deutschen Missionsdirektors Th. Oehler (B. N. 21, Blg.); des Kronprinzen („Deutschland in Waffen") usw.

Deutschland so oft und so gut ich es nur konnte. Ich erwähnte, dass auch anderswo der moralische Krebsgang fühlbar sei, dass das Reich, insbesondere die Südstaaten, nicht mit der Elle Berlins gemessen werden dürfen; ich rühmte die deutsche Ordnung im Gegensatz zum Pariser Apachenunwesen, zu den französischen Winzerunruhen und dergleichen. So lebte ich beinahe 10 Jahre in Deutschland mit der festen Absicht, dort zu bleiben; höchstens hätte ich die Reichshauptstadt mit München und dem Starnbergersee eingetauscht, welche Gegenden dem Deutschschweizer noch besser behagen. Was mich in Deutschland fesselte, war der konservative Geist, welcher der Gegenwart Ordnung gibt und durch seine Fideikommisse und Familienstiftungen, die auch im Bürgertum immer grössere Verbreitung finden, selbst der Zukunft Sicherheit bringt. Dieses Gefühl der Sicherheit ist in Demokratien aus Furcht vor plan- und uferlosen Wünschen einer besitzlosen und doch häufig leichtlebigen Menge geringer. Auch machte ich die Beobachtung, dass der allgemeine Ton eines Volkes in der Monarchie verfeinert wird, was immer angenehm auf den Fremden wirkt. —

Da kam der Kriegsausbruch! Die Art der deutschen Kriegseröffnung, die Neutralitätsverletzung Belgiens und noch mehr der weisse Mantel, welchen sich die deutsche Kriegspropaganda umwarf, empörten mich auf's Höchste. Meine aussergewöhnliche Lage ermöglichte zu viel Objektivität, um der Legende eines feindlichen Überfalles Glauben zu schenken (Näheres Kap. „Kriegseröffnung“). Entrüstet verliess ich, trotz freundschaftlicher Beziehungen und vieler anderer Annehmlichkeiten, das Deutschland, das ich früher so sehr schätzte.[1])

[1]) Neuerdings las ich in einer Korrespondenz aus den Vereinigten Staaten von Amerika einen Passus, der die Erfahrungen wiedergibt,

Ich fuhr in meine Heimat. — Der Eindruck, den ich hier empfing, war ein niederdrückender! Es war als ob die deutsche Kriegswoge die Reichsgrenze von dem Rheine an den Gotthard gerückt hätte. Ich will der Schweiz keinen getreuen Spiegel vorhalten, in welchem sie ihr Bild wiedersieht, das sie damals dem frisch zureisenden Kosmopoliten darbot. Ich will nur daran erinnern, dass bei den Deutschschweizern ein übertriebener, fast blinder Glaube an die „deutsche Wahrheit" herrschte, bei den Romanen aber eine unnötig laute Kundgebung für Recht und Freiheit. Wenn auch meiner Überzeugung nach der Krieg von gewissen preussischen Kreisen zur endgültigen Festlegung der deutschen Vormacht inszeniert und eröffnet wurde, so wäre eine lärmende Parteinahme der Kleinstaaten für die angegriffene Mächtegruppe nutzlos gewesen, für die Kleinstaaten selber jedoch geradezu gefährlich; denn der Ausgang des Krieges schien sich anfänglich für den Angreifer überaus günstig zu gestalten. Nachdem die Intervention der Neutralen im Sinne des anglo-amerikanischen Pazifismus bei Anlass des österreichischen Ultimatums an Serbien unterblieben war, wurde jede spätere Kundgebung zwecklos.

Heute verfällt mancher Schweizer in den gegenteiligen Irrtum: er glaubt, dass wahre Neutralität jedes freie Urteil ausschliesst. Das ist selbstverständlich unrichtig; gerade der Neutrale müsste fähig sein, ein objektives Urteil abzugeben. Ein Urteil, das sich lediglich auf Logik stützt, und jede Rassensympathie ausschliesst. Je länger der Krieg dauert, um so weniger können wir die

welche ich an mir selbst gemacht habe (B. N. 445): „Dabei erklären sich zum grossen Teil diejenigen Elemente gegen Deutschland, welche vor dem Kriege der deutschen Kultur das grösste Verständnis entgegengebracht hatten."

Urteilbildung unterdrücken. Zwar wird vielerorts die Ansicht vertreten, dass die Trennung unseres Volkes in zwei Lager gewissermassen unsere Neutralität sichere. Das wäre ein Armutszeugnis: unsere Neutralität sollte einem vernünftigen Willen entspringen, und nicht der inneren Spaltung. Denn diese ist unserer politischen Einheit keineswegs von Nutzen! Wahrhaft neutral ist nur derjenige, der seiner Rassensympathie zum Trotz ein objektives Urteil fällen kann. Der, — wenn auch dieses Urteil das Recht fatalerweise vorwiegend auf der einen Seite erkennen muss —, dennoch beiden Gruppen die Waffen in gleicher Weise zeigt, und beiden Seiten ein gleichmässig taktvolles Betragen entgegenbringt!

ERSTES KAPITEL

DIE BELGISCHEN AKTENSTÜCKE

Der Weltkrieg wurde deutscherseits ursprünglich als reiner Defensivkrieg hingestellt. Allmählich jedoch ging die deutsche Propaganda von der Behauptung eines feindlichen Überfalles auf diejenige des „aufgezwungenen Krieges“ über. Und heute sucht sie hauptsächlich den Präventivkrieg zu rechtfertigen, wobei sie sich in ausgiebigster Weise auf die sogenannten „Belgischen Aktenstücke“ beruft. Da diese Dokumente auch in meinen Erörterungen einen wichtigen Platz einnehmen werden, so erachte ich es für angebracht, einen kurzen Kommentar der Dokumente vorauszusenden.

Die „Belgischen Aktenstücke“ sind eine Zusammenstellung belgischer Diplomatenbriefe, welche das deutsche Auswärtige Amt aus der in Brüssel vorgefundenen Korrespondenz ausgewählt und veröffentlicht hat. Sie bezwecken, wie Herr von Bethmann sagt, „aller Welt zu zeigen, dass auch neutrale Staatsmänner in Berlin, Paris und London in der Ententepolitik eine eminente Gefahr sahen.“ Die Dokumente beweisen uns in der Tat, dass der Belgier bis zur Zeit der deutschen Kriegseröffnung kein Freund der Ententepolitik gewesen war, wodurch das frühere Geständnis des Herrn von Bethmann bestätigt wird, „dass Belgien gegenüber durch Deutschland ein Unrecht geschehen sei“. Des ferneren beweisen sie uns aber auch, wie ich im fünften Kapitel ausführlich schildern werde, dass die präventive Politik Edwards VII., welche bei Neutralen eine sehr verschiedene

Beurteilung fand, an der hemmend-demokratischen Mentalität des englischen Volkes zerschellte. Dass demnach der deutsche Präventivkrieg jeder Begründung entbehrt! Die Veröffentlichung der „Belgischen Aktenstücke“ ist somit der schwerste Missgriff der gesamten deutschen Propaganda!

Gewiss wird der Leser infolge einer möglichst peinlichen Auswahl der Briefe, sowie der starken Hervorhebung gewisser deutschfreundlicher Stellen durch Fettdruck fürs Erste zugunsten Deutschlands beeinflusst. Je näher er aber die Dokumente untersucht, um so mehr kommt er zur Überzeugung, dass die Veröffentlichung der Aktenstücke ihr Ziel vollständig verfehlt. Kenner der jüngsten europäischen Geschichte finden zunächst in Wahl und Folge der Briefe Lücken, die Deutschland belasten. Sodann empfindet es jeder objektive Neutrale unangenehm, dass die Aktenstücke zu sehr mit Briefen des in Berlin akkreditierten, pangermanistisch gesinnten Barons Greindl durchsetzt sind, welche im scharfen Gegensatz zu Äusserungen der anderen Herren stehen (Äusserungen, die natürlich nicht fettgedruckt sind!). Der belgische Baron Greindl, der zu seinem Leib- und Magenblatt die alldeutsche „Kreuzzeitung“ wählte, der nicht müde wurde, seiner Regierung die Wochenberichte des bekannten Pangermanisten Professor Schiemann zustimmend einzusenden, wirkt in seiner übertriebenen germanischen Rassensympathie geradezu abstossend. So schreibt er:

„Hinter den getroffenen oder bevorstehenden Abmachungen kommt immer wieder der Hass gegen Deutschland zum Vorschein, der in Paris durch die stets lebendige Erinnerung an die Demütigung von 1870, in London durch die Eifersucht auf die Entwicklung von Deutschlands Handel, Industrie und Flotte, und in St. Petersburg durch nichts anderes wachgehalten wird, als etwa durch Vorurteile

und den masslosen slavischen Stolz, der sich bei dem Vergleich zwischen deutscher Zivilisation und moskowitischer Barbarei verletzt fühlt." (Nr. 26.)

Welch unwürdige Sprache eines Diplomaten! Worte, welche direkt dem Munde des alldeutschen Lehrmeisters Schiemann entstammen könnten! Der wahrhaft Neutrale dürstet nach Belegen ... nur nach Belegen; hetzerische Gefühlsäusserungen ekeln ihn an! Herr von Greindl aber füttert uns mit unbegründeten Behauptungen ab, die in den Aktenstücken durch Fettdruck hervorgehoben sind, trotzdem sie im Widerspruch zu Äusserungen seiner belgischen Kollegen stehen. Als Beispiel zitiere ich seine Worte über den französischen Revanchegedanken:

„**Wann ist denn die Ruhe Europas bedroht gewesen, ausser durch den französischen Revanche-Gedanken?**" (Nr. 39).

„**Eine wahre und dauernde Annäherung zwischen Berlin und Paris würde die Ausschaltung des Revanchegedankens zur Voraussetzung haben, und es gibt selbst unter den vernünftigsten und friedfertigsten Franzosen niemand, der nicht im Grunde seines Herzens die Hoffnung darauf bewahrte.**" (Nr. 36.)

So der in Berlin lebende Herr von Greindl! Nicht fettgedruckt aber sind die gegenteiligen Äusserungen des in Paris (also an der Quelle!) lebenden Gesandten Herrn A. Leghait:

„Wenn Frankreich nach langen Jahren schlummernder Ruhe abermals daran denkt, seine Waffen zu schärfen, so darf man nicht glauben, dass es dabei von Eroberungsgelüsten getrieben wird. "(Nr. 11.)

„Die Verteidigungsbereitschaft wird erwogen und Vergleiche mit der gewaltigen Organisation des östlichen Nachbarn (Deutschland) werden angestellt." (Nr. 11.)

„Es ist sicher, dass die französische Politik von friedfertigen Ideen geleitet wird." (Nr. 51.)

Ferner poltert Herr von Greindl — leider auch ohne Dokumentierung — über angebliche Absichten der Entente-Politik:

„**Ich ziehe die Aufrichtigkeit Sir Edward Grey's nicht in Zweifel; aber es ist nichtsdestoweniger wahr, dass mit oder ohne schriftliche oder mündliche Verpflichtung jedermann in England oder Frankreich die Entente cordiale als ein Defensiv- und Offensivbündnis gegen Deutschland ansieht. Dies entspricht genau dem Charakter, den der verstorbene König von England ihr hat geben wollen. Die Entente cordiale ist nicht auf der positiven Grundlage der Verteidigung gemeinsamer Interessen begründet worden, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich!**“ (Nr. 85.)

Doch bescheiden, nicht in Fettdruck, entgegnen die Äusserungen der belgischen Kollegen aus London und Paris:

„Frankreich, das aufrichtig die Erhaltung des Friedens und die Besserung seiner Beziehungen zu Deutschland wünscht, wird grosse diplomatische Anstrengungen machen müssen, um in Berlin zu beweisen, dass die Entente cordiale Deutschland nicht zu beunruhigen braucht und nicht abgeschlossen wurde, um es in seiner Expansion zu behindern.“ (Leghait, Paris, Nr. 24.)

„Gewisse chauvinistische Organe der Londoner Presse erklären, dass Grossbritannien das französische Kabinett unterstützen müsse, falls die kaiserliche (deutsche) Regierung Miene mache, einen Druck auszuüben. Es scheint freilich nicht, als ob dies der Haltung einer so friedfertigen Regierung, wie der des Herrn Asquith, entsprechen würde.“ (Lalaing, London, Marokkokonflikt, Nr. 69.)

„Greys Stellung ist nicht frei von Schwierigkeiten; einerseits möchte er natürlich die Beziehungen zu Deutschland, die sich in letzter Zeit gebessert hatten, aufrecht erhalten, andererseits auch nicht den Anschein erwecken, als stehe er Frankreich nicht bei. (Lalaing, London, Marokkokonflikt, Nr. 74.)

So findet der aufmerksame Leser in den „Belgischen Aktenstücken" eine ungezählte Reihe der krassesten Widersprüche, wie dies bei der Veröffentlichung persönlicher Auffassungen, selbst aus der Feder aktiver Diplomaten, nicht anders erwartet werden darf. Historischen Wert haben daher nur diejenigen Äusserungen, welche Geschehnisse schildern, oder welche zum mindesten einigermassen belegt sind.

Alles in allem, gewinnt der Leser an Hand vieler Belege die feste Überzeugung, dass der Belgier, selbst in London und Paris, der Ententepolitik wenig Sympathie entgegenbrachte. Das ist begreiflich. Die alte Gruppierung der Mächte, die Frankreich und Deutschland in zwei Lager trennte, erneuerte bei jedem europäischen Konflikt für das eingekeilte Belgien die Gefahr, überrannt zu werden. Daher befürwortete der Belgier eine Annäherung Frankreichs an Deutschland, die jede Gefahr für Belgien beseitigt hätte. Die wachsende Vormacht Deutschlands wurde als unabwendbar in kühler Resignation hingenommen:

> „In wenigen Jahren wird ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen ihm (Frankreich) und seinem Nachbar (Deutschland) nicht mehr möglich sein. Deutschland braucht sich nur zu gedulden, braucht nur im Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht dauernd weiter zu steigern, braucht nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Zentral-Europa zu herrschen." (Beyens, Nr. 118.)

Jeder Versuch der Alliance franco-russe, das europäische Gleichgewicht zu erhalten — sei es durch Vermehrung der eigenen Armeen oder durch Anschluss an die englische Flotte (Ententepolitik) — wurde von dem Belgier in begreiflicher Weise verurteilt, da er hierdurch seine peinliche Lage zwischen Hammer und Ambos verlängert wähnte. Die Eventualität, sein eigenes Land in einen

fremden Krieg verwickelt zu sehen, beunruhigte ihn naturgemäss mehr, als die Furcht vor der Hegemonie Deutschlands.

Daher die fettgedruckten Stellen in den „Aktenstücken"!

Aber Frankreich, Russland und England dachten anders über das europäische Gleichgewicht und über die Erhaltung des Status quo ante auf dem Festland und auf dem Meere!

ZWEITES KAPITEL

DEUTSCHE UND ENGLISCHE WELTPOLITIK

1. Ursprung der deutschen Kolonialpolitik.

Der Keim der Begierde nach überseeischer Macht reicht in die letzte Regierungszeit Kaiser Wilhelms I. zurück. Das Begehren Bremer und Hamburger Kaufmannskreise nach eigenen Kolonien fand bei dem jungen Thronanwärter, dem jetzigen Kaiser, ein williges Ohr. Streitigkeiten mit Eingeborenen und Schwierigkeiten von Seiten fremder Nationen gaben dem Wunsche gewisse Berechtigung. Trotzdem stiess er bei dem Grossteil des deutschen Volkes damals auf Widerstand, da einsichtige Kreise spätere Komplikationen und Gefahren befürchteten. In der Tat bestand die grosse Gefahr, dass mit den Erfolgen auch die Gier erwache und die nächste Generation von bescheidenen Kolonialgelüsten zu Weltmachtgelüsten heranreife. Die Befriedigung solcher Wünsche musste aber unvermeidlich über andere Staaten hinweggehen. Denn infolge des späten Erwachens seiner Kolonialpolitik (Beginn England 1602 — Deutschland 1883) fand das junge Deutschland die Welt, bis auf einige Gebiete mit strategischen Schlüsselpunkten unter sultanischer Herrschaft, so ziemlich aufgeteilt. Und England hatte über zwei der letzteren bereits seine Hand gelegt: Gibraltar und Suezkanal (Aktienankauf 1875), um seinen direkten Seeweg nach Indien zu sichern.

2. Flottenrivalität.

Kaiser Wilhelm II. sah ein, dass zum Eintritt Deutschlands in die Reihe der Weltmächte eine grössere Flotte erforderlich sei. Leider ging er in seinen diesbezüglichen Bestrebungen zu weit, indem er darnach trachtete, die englische Marine zu überflügeln. Zu diesem Zwecke wurde jedes von England vorgeschlagene proportionell geregelte Rüstungsprogramm von Deutschland abgelehnt. (Verhältnis 10 : 16; ferner das sog. Schonjahr. Vgl. die deutsche pazifistische Literatur.)

Dem englischen Inselreich aber, dem die Flotte bedeutet, was dem Kontinentalstaat das Landheer, bestände die Gefahr der Einkreisung permanent und zwar in schärfster Form, sobald eine Flotte grösser ist als die seine. Während es ungeheuer schwer ist, einen kontinentalen Staat infolge seiner vielen Nachbarn wirksam einzukreisen, ist England dem Staat mit grösserer Flotte auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Das Reich aber, das darnach strebt, die englische Flotte zu überflügeln, betreibt England gegenüber nichts anderes, als Einkreisungspolitik, und würde nach heutiger deutscher Auffassung dem englischen Volke das moralische Recht geben, einen Weltbrand zu entfachen.

3. Das europäische Gleichgewicht.

Diese Sonderstellung Englands bringt es mit sich, dass es auf dem Kontinent keine ausgeprägte Vorherrschaft irgend eines Reiches dulden darf. Je mächtiger nämlich ein Kontinentalstaat ist, um so lüsterner blickt er nach Englands Weltbesitz; das kleine England wird aber alleine mit einer übermässigen Kontinentalmacht nicht fertig.[1])

[1]) Anmerkung: Sehr niedlich und volkstümlich wird die Notwendigkeit der Parteinahme Englands für die militärisch schwächere Gruppe

Es muss daher das Bestreben Englands sein, das europäische Gleichgewicht möglichst zu verteilen, in seinen kontinentalen Bündnissen jedoch derart locker zu bleiben, dass es seine Freundschaft je nach den Verhältnissen der einen oder der andern Gruppe bieten kann.

Worte Sir Grey's zur Zeit der deutsch-englischen Annäherung: „Alte Freunde schliessen neue Freundschaften nicht aus.“

Auf alle Fälle muss aber England, sobald eine hochstrebende Gruppe losschlägt, sich der schwächeren aktiv zugesellen.

Diese „polizeiliche Aufsicht“ Englands über Europa gereicht namentlich den kontinentalen Kleinstaaten zum Heil. Denn es ist selbstverständlich, dass ein übermächtiger Grossstaat auf den kleinen nur Rücksicht nimmt, wenn dieser in dem europäischen Gleichgewicht, das den Status quo ante bestmöglichst garantiert, einen Rückenschutz findet.

Andererseits würde ein Versuch Englands, seine Weltmachtstellung in Friedenszeiten dem Festland gegenüber zu missbrauchen, auf diesem eine anglophobe Koalition hervorrufen, durch welche England mit grosser Leichtigkeit zertrümmert werden könnte.

4. Welthegemonie.

Europas grösste Seemacht, England, würde der Allgemeinheit erst dann gefährlich werden, wenn sie sich mit

---

auf dem Kontinent durch die Worte eines mir bekannten Reichsdeutschen illustriert. Wir unterhielten uns bei Kriegsbeginn über die mutmassliche, horrende französisch-russische Kriegsentschädigung (hundert Milliarden), wobei sich der Berliner äusserte: „Aus diesem Gelde bauen wir uns eine Flotte, da soll England rüsten!“

der stärksten Kontinentalmacht vereinigen sollte. Dass Deutschland, der mächtigste Territorialstaat, dieses Ziel angestrebt hatte, steht heute unumstösslich fest, denn Herr von Bethmann hat das „Europa nervös machende“ englische Gleichgewichtsprinzip bekämpft, um, wie er in seiner Rede vom 2. Dezember 1914 zugibt, England zu einer britisch-deutschen Einigung zu zwingen.

Dieses Ziel hoffte er durch die militärische Vormacht Deutschlands zu erreichen:

„... Verhältnismässig am freiesten stand England da. Hier konnte am ehesten der Versuch zu einer Verständigung gemacht werden, die tatsächlich den Weltfrieden garantiert hätte ... Ich hoffte niemals, diesen alten englischen Grundsatz (des Gleichgewichtprinzips) durch Zureden zu brechen. Was ich für möglich hielt, war, dass die wachsende Macht Deutschlands und das wachsende Risiko des Krieges England nötigen könnten, einzusehen, dass dieser alte Grundsatz unhaltbar und unpraktisch und ein friedlicher Ausgleich mit Deutschland vorzuziehen sei.“[1])

Das Kanzlerblatt, „Nordd. Allg. Ztg.“, schrieb hierüber (B. N. 172):

„Käme eine feste, loyale Verständigung zwischen Deutschland und England zustande, dann werde damit die Gefahr eines europäischen Krieges nach menschlicher Voraussicht überhaupt beseitigt. Dann werde Frankreich es seinerseits nicht wagen, zum Kriege zu provozieren, und und es würden auch sonstige europäische Kriegsgefahren durch das Gewicht einer englisch-deutschen Einigung im Keime erstickt. England schloss sich, wie bekannt, diesen Erwägungen nicht an.“

Dass diese übermächtige englisch-deutsche Welthegemonie für alle übrigen Staaten eine Gefahr bedeutet hätte,

[1]) Die Tendenz der deutschen Politik zur Vormacht war auch aus den späteren Kanzlerreden ersichtlich.

ist selbstverständlich. Als daher solche Absichten Deutschlands im heutigen Weltkrieg zuerst durch England enthüllt worden waren, beeilte sich der Kanzler, den mächtigsten Neutralen, Amerika, zu beruhigen, indem er sich einem Pressevertreter der Union gegenüber äusserte:

> „...Ich erinnerte den englischen Botschafter an meine jahrelangen Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen England und Deutschland, ein Bemühen, das, wie ich ihm vorhielt, einen allgemeinen europäischen Krieg unmöglich gemacht und den Frieden Europas vollauf gewährleistet hätte. Eine solche Verständigung hätte die Grundlage gebildet auf der wir an die Vereinigten Staaten als dritten Teilhaber herangetreten wären. Allein England ging nicht auf diese Absichten ein, und indem es in den Krieg zog, vernichtete es auf immer die Hoffnung auf ihre Erfüllung."

Wenn England das verlockende Angebot Deutschlands ausschlug, so geschah dies sicher nicht aus reiner Liebe zur Gerechtigkeit. Es war dem weitsichtigen Briten klar, dass selbst die grösste Flottenmacht zum Vasallen des übermächtigen Kontinentalfreundes herabsinken muss, sobald dieser auf dem Festlande die unumstrittene Vorherrschaft inne hat.

Der Kanzler vermochte nicht die feste Einigung mit England zu erzwingen; dagegen gab seine Politik „der wachsenden Macht Deutschlands und des wachsenden Risikos des Krieges" den Ansporn zu der unheilvollen europäischen Wettrüsterei.

5. Kanzler, Kronprinz und Volk.

Wir würden allerdings Herrn von Bethmann Unrecht tun, wenn wir den Ursprung der Begierde nach deutscher Vormachtstellung und somit die Verantwortung hierfür nur ihm und seiner Epoche zuschieben wollten. Denn

Fürst Bülow, der sich die Ehre zuschreibt, Gründer der deutschen Weltpolitik zu sein, rief schon 1904 als Kanzler in eine Herrenhaussitzung hinein: „Der König in Preussen voran, Preussen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran!“

Anmerkung: Dass solche Worte auf den heutigen, damals 22jährigen Kronprinzen Eindruck machten, ist begreiflich. Eine bekannte Schweizer Zeitung bemerkt jedoch sehr richtig dazu: „Urbi hat das damals sehr gut gefallen, aber orbi, z. B. aufmerksamen Hörern, wie Eduard VII., wurde die Behauptung sehr leicht gemacht, der Störenfried Deutschland strebe die Weltherrschaft an.“

Schlimmer als solche Worte sind allerdings Herrn von Bethmanns Taten. Zwar scheiterten die russisch-englischen Vorschläge betreffs erweiterten Völkerrechts, Schiedsgerichts und geregelter Rüstung schon unter Herrn von Bülow am Widerstand Deutschlands,[1]) doch wurde das allgemeine Wettrüsten erst unter Herrn von Bethmann zum Fieberwahn. Bis Herr von Bethmann versuchte, die deutsche Vormacht durch eine Weltkatastrophe auf Generationen hinaus sicher zu stellen: Sind doch die Eröffnung des Weltbrandes und das Fingieren eines fremden Überfalles (Belege Kap. „Kriegseröffnung“) so schwerwiegende Handlungen, dass sie nur unter der Voraussetzung eines ganz gewaltigen Machtzuwachses nach dem Kriege, zur Unterdrückung der Revanche, begreiflich erscheinen.

Während uns nun die beiden letzten Kanzler den unzweifelhaften Willen, Deutschland „allen voran zu stellen“, zeigen (der erste äussert die Worte, der zweite befolgt gar die Politik), so führt uns eine dritte Persönlichkeit nicht minder in die deutschen Ziele ein: Kronprinz

---

[1]) Ich beziehe mich hier auf die deutsche pazifistische Literatur. Der Autor.

Wilhelm! Er ist zwar noch nicht verantwortlicher Redaktor aber ein um so gefährlicherer Propagandist. Wie schreibt er in seinem bekannten Buche „Deutschland in Waffen"? Wir lesen unter gleichwertigen schönen Dingen:

> „Das Deutsche Reich hat vor allen andern Völkern unserer alten Erde die heilige Pflicht, Heer und Flotte auf der grössten Höhe der Schlagfertigkeit zu halten. Nur so, auf das gute Schwert gestützt, können wir den Platz an der Sonne erhalten, der uns zusteht, aber nicht freiwillig eingeräumt wird."

Der vielgelesene alldeutsche Propagandist Dr. Paul Liman kommentiert die Worte in seinem bekannten Buch „Der Kronprinz" richtig:

> „Es klingt uns daraus die Erkenntnis entgegen, dass ein Volk auf den Gütern, die ihm die Vergangenheit schuf, nicht ruhen darf, wenn anders es sich nicht aufgeben will, dass auch der Deutsche das Recht der freien Bewegung fordern darf, dass er aber den Platz der ihm zusteht, nur erhalten wird auf Grund gesicherter Machtmittel." (Siehe unten Anmerkung des Autors.)[1]

Er kommentiert vollkommen richtig; in der Tat sind die Worte des Kronprinzen von Grund auf aggressiv: es handelt sich hier nicht um Verteidigung bestehenden Besitzes, sondern um Neuerwerb.

Der Hunger gewisser Kreise Deutschlands vor Kriegsausbruch nach vermehrter Macht und Grösse und der Neid auf Englands Weltbesitz wird uns in interessanter Weise u. a. von Liman geschildert:

---

[1]) Ich greife unter den vielen imperialistischen Schriftstellern speziell Liman heraus, weil mich ein persönlicher Freund dieses Autors schon in Berlin auf das erfolgreiche Buch aufmerksam machte. Das Buch, das übrigens einen gewissen offiziösen Anstrich hat, weil es die militaristisch-imperialistischen Tendenzen des Kronprinzen und diesen selbst verteidigt, erschien in grosser Auflage einige Monate vor Kriegsausbruch und wirkt daher brühwarm.

„... Und hat der Kronprinz nicht, als er die unheimlichen Wirkungen der ewigen Hungersnöte (in Indien) sah, als er den wilden Hass spürte, der unter dünner Erdschicht lagert, auch eine Ahnung davon erhalten, dass auch der scheinbar so unerschütterliche Bau der englischen Macht doch einst zusammenbrechen kann?..."

„... Denn der Kronprinz weiss es, dass wir an einer Wendung der Geschichte stehen. Wir fühlen es ja alle, dass die Morgenschauer einer neuen Weltendämmerung heraufzuziehen begannen und dass die Geschichte der künftigen Jahrzehnte, in denen der Kronprinz der Führer sein will, einen anderen Inhalt gewinnen muss, als die Vergangenheit. Gewiss wird eine Universalmonarchie des früheren Mittelalters niemals wieder erstehen, und wenn wir dennoch heute im engeren Sinne von einer Weltherrschaft reden wollten, so müssten wir auf England weisen, dessen Flagge auf allen Meeren die Herrschaft führt, dessen Kolonien einen gewaltigeren Besitz bedeuten, als die Cäsaren jemals unter ihrer Herrschaft vereinten ..."

„... Das deutsche Volk lechzt ja nach einer neuen Periode der Taten, nach der Möglichkeit im erweiterten Raume erweitertes Recht zu gewinnen. Es ist nicht „saturiert", wie die Philister unter Berufung auf ein für den Augenblick geprägtes Wort, für einen begrenzten, europäischen Zweck bestimmten Ausdruck des Fürsten Bismarck sagen. Es will auch nicht eine Politik des Friedens, sondern Machtpolitik. Noch sind die Traditionen der heroischen Zeitalters nicht so völlig zerflossen, noch ist der alte Stolz nicht so völlig erloschen, dass man auf dem Altenteil im Austragsstübchen ausruhen möchte ..."

„... Wir brauchen etwas mehr Egoismus und etwas mehr Entschlossenheit, wie sie dem Brunnen eines sicheren Selbstbewusstseins entsteigt. In unserer Heimat schwimmt nicht die Lotusblume auf dunklem Teiche, hier wird auch das Wunderbare der Frau Nora niemals erscheinen, wenn wir ihm nicht mit eigener Faust die Türe aufstossen. Wird es möglich sein, dass die Zukunft noch rettet, was dieses Vierteljahrhundert versäumte? Wird es abermals heissen: Die Welt ist weggegeben; der Herbst, der Markt, die Jagd ist nicht mehr mein ..."

So hetzte Liman, so ermunterte der Kronprinz, so schürten eine Menge anderer Autoren in Büchern, Zeitschriften, Vorträgen und dergl. Der Erfolg blieb nicht aus! Wer in Deutschland die Volksstimmung genau beobachtete, der konnte in den gebildeten Kreisen, insbesondere seit der Marokkokrisis, eine bedeutende Wandlung zum Imperialismus wahrnehmen. Nicht umsonst brach gleich nach Kriegsausbruch die deutsche Machtgier mit einer Plötzlichkeit und Selbstverständlichkeit zum Vorschein, die jeden Fernstehenden verblüfften und manchen neutralen Deutschenfreund erschreckten.

Beispiele: Die Redaktion des offiziösen „Berl. Lokalanzeigers" schrieb am Tage der Kriegseröffnung: „Wir führen heute den Endkampf, der unsere Weltstellung, die wir niemals missbraucht haben, für immer befestigen soll, und wenn das deutsche Schwert wieder in die Scheide gleitet, wird alles das sich vollzogen haben, was wir hoffen und wünschen. Wir werden dastehen als das mächtigste Volk der Erde ..." Ferner dasselbe Blatt am selben Tage: „Wir werden siegen, wir werden das mächtigste Volk werden auf dem Erdenrund ..."

Es sei ausdrücklich betont, dass weder „Temps", „Times", noch „Nowoje Wremja" sich einer Sprache bedienen durften, gleich derjenigen des offiziösen „Lokal-Anzeigers". Auch erlaubten sich in keinem Lande der Entente die Gelehrten bei Kriegsausbruch so ungezählte Entgleisungen, wie es in Deutschland der Fall war:

Beispiele: „Und wenn es notwendig erscheint, dass wir unseren Länderbesitz ausweiten, damit der grössere Volkskörper Raum bekomme, sich zu entfalten, so werden wir so viel Land an uns nehmen, als uns notwendig erscheint. Wir werden auch unseren Fuss dorthin setzen, wo es uns aus strategischen Gründen wichtig dünkt, um unsere unantastbare Stärke zu erhalten: wir werden also, wenn es unserer Machtstellung auf der Erde frommt, Flotten-

stationen anlegen etwa in Dover, in Malta, in Suez." (Universitätsprofessor Werner Sombart, Berlin. B. N. 407.)

„Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte. Aber der Tag des deutschen Volkes soll die Ernte sein der ganzen Welt!" (Geheimrat Professor Dr. v. Wilamowitz-Möllendorf, Berlin; B. N. 431.)

Solche Worte dürften von der Nation, welche den Krieg selbst inszenierte und eröffnete (Kap. „Kriegseröffnung") nicht gebracht werden, da hierdurch der sogenannte „Präventivkrieg" zum vornherein als Eroberungskrieg gekennzeichnet wird.

Zumal wenn die Beweise zur Notwendigkeit eines Präventivkrieges nicht erbracht werden können (Beweise: drittes und viertes Kapitel), und wenn dem Volke nach den ersten Erfolgen seiner Waffen von seiner Weltmission erzählt wird, nicht nur von Gelehrten, sondern auch halbamtlich und amtlich.

Diese Deutschland durchsetzende imperialistische Strömung hat selbst unsern in Berlin lebenden Schweizerdichter, Jakob Schaffner, dergestalt erfasst, dass er sein Glaubensbekenntnis, „Nur im Wachstum liegt Gesundheit", auch der Schweiz empfiehlt. (B. N. 442.)

Trotzdem wurde die Sucht nach vermehrter Macht und Grösse zur Zeit der Kriegseröffnung von der grossen Menge des deutschen Volkes nicht gebilligt. So erzählt uns z. B. Liman, natürlich in tadelndem Sinne, wie anfeuernde Worte des Kronprinzen vom Volke teilweise schlecht aufgenommen worden waren. Wir lesen:

„Da wurde nicht nur höhnisch erklärt, dass der Drang des Gefühls dem Autor sogar die Herrschaft über die Sprache erschüttert habe und dass ihm die einfachsten Sprachregeln der Schule entglitten seien, sondern, dass hier auch ein Ausbruch von Kriegslust sichtbar werde. Und mit einem Blick auf vergangene Tage wurde

hinzugefügt, dass ja der eigene Vater (der Kaiser) dem Sohne gute Lehren darüber geben könnte, wie viel Mühe es kostet, den Eindruck solcher Äusserungen in Europa zu verwischen. Ein deutscher Kaiser mit so überschwellender Kriegslust werde in ganz Europa als Gefahr eingeschätzt werden und fordere die Koalition aller Staaten gegen das Deutsche Reich heraus. Denn ein fast absoluter Herr über die formidable deutsche Heeresmacht, der so kriegslustig sei, müsse allen Staaten, auch den Verbündeten, als eine persönliche Bedrohung des Friedens erscheinen, usw."

In diesen Worten Limans sehen wir, dass es auch unter den Germanen weitsichtige Menschen gab, die infolge des späten Einsetzens der deutschen Weltpolitik lieber kleine, aber sichere Fortschritte gesehen hätten, als ein abenteuerliches Vorgehen gleich auf's Ganze!

6. Politische Anarchie.

Pangermanistische Kreise stossen sich daran, dass der Neutrale den gewaltigen Länderbesitz der Ententemächte natürlich findet, während er die deutsche Expansionslust mit Misstrauen betrachtet. Man vergisst dort, dass die deutsche Kolonialpolitik viel zu spät einsetzte, um gleichwertig mit den Rivalen auftreten zu können. Denn jede Expansion — wirtschaftspolitische Vormacht oder Annexion — wird unmoralisch, sobald sie rücksichtslos über fremde, bestehende Interessen hinweggeht. Es ist einleuchtend, dass Russland keine Vorherrschaft irgend einer europäischen Grossmacht an den Dardanellen (dem Ausfluss des südrussischen Exportes) dulden darf, und dass Frankreich, wie England, sich aus strategischen Gründen einem fremden Eindringling im Bereiche des Gibraltars widersetzen musste.

Nun aber zeigt uns die Politik Deutschlands und

Österreichs, dass diese Mächte, insbesondere seit 1913, auf die Vorherrschaft an den Dardanellen und auf dem Balkan hinzielten (näheres Kap. „Balkanpolitik").

In gleicher Weise bewiesen uns die Verläumdungsprozesse der Presse („Die Post", „Die Grenzboten", „Rheinisch-Westphälische"), dass Herr von Kiderlen-Wächter mit dem Gedanken umging, Deutschland neben Frankreich und Spanien in Marokko politisch festzusetzen, ehe er sich, eingedenk der Überlegenheit der englischen Flotte, dazu entschloss, mit Kompensationen im französischen Kongogebiet vorlieb zu nehmen. Die Veränderung des Status quo ante in der Gegend des Gibraltars erschien ihm offenbar ursprünglich nicht als Bedrohung der dort bereits ansässigen europäischen Mächte.

Ferner schielten die Alldeutschen mit immer deutlicherer Offenheit nach den portugiesischen und den belgischen Kolonien. Die „Nordd. Allg. Ztg." musste beispielsweise zugeben, Herr von Jagow habe zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen Herrn Cambon ein Spezialabkommen bezüglich des belgischen Kongos (insbesondere seiner Bahnen) vorgeschlagen, und dabei erwähnt, „dass die Verwaltung so grosser Kolonien, wie des Kongo, die Finanzkraft Belgiens übersteige".[1])

Diese Ellenbogenpolitik — mag sie direkte Eingriffe in nachbarliche Wirtschaftsgebiete anstreben, oder Vorherrschaftsgelüste unter Missachtung bestehender fremder

---

[1]) Die „Nordd. Allg. Ztg." stellt die Äusserungen Herrn von Jagows als „persönliche Idee" dar. Ohne hieran zu zweifeln, müssen wir doch feststellen, dass die letzten Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes in ihren „persönlichen Ideen" dem alldeutschen Gedanken sehr nahe kamen. Auch ist es interessant, beiläufig zu erwähnen, dass der Minister des Äussern und die deutsche Militärverwaltung über die Finanzkraft Belgiens sehr verschiedene Auffassungen hatten, wie uns die horrende belgische Kriegskontribution zeigt.

strategischer und wirtschaftlicher Interessen —, bleibt immer „politische Anarchie“, sobald sie ihre Ziele durch die Gewalt der Waffen erreichen will. Das Streben nach einer gewalttätigen Herstellung von „Gleichgewicht und Gerechtigkeit“ ist in der Politik ebenso eine Utopie, wie im sozialen Leben. Denn die „gerechte Verteilung“ der Ländereien unter die Völker ist ebenso unmöglich, wie die des Kapitals unter die einzelnen Individuen. Können wir doch die Entwicklung der Kolonien (Absatzfähigkeit) und den Wert ihrer ungehobenen Bodenschätze nur sehr ungenau zum voraus bestimmen. Es wäre aber unmoralisch, die Gleichheit durch periodische, europäische Hinschlachtungen zu regulieren.

Die Schweiz soll, auf die Kopfzahl gerechnet, eines der reichsten Länder sein, obwohl sie jeglicher Kolonien entbehrt. Und ihre romanischen Bürger fühlen nicht die geringste Lust, dem Vaterlande untreu zu werden, um sich dem *länderreichen* Frankreich anzuschliessen. Der Hinweis, dass Deutschland als Grossmacht andere Ansprüche stellen dürfe als die kleine Schweiz, ist unlogisch: der *wirtschaftliche Druck* ist ausschlaggebend, und nicht die *Grösse des Landes!* In ersterem waren wir Schweizer nicht günstiger gestellt, als unsere deutschen Nachbaren. Doch solange uns die Nachbarn nicht verwehren, unser Kapital und unsere Arbeitskraft im Auslande zu verwenden, *sind wir nicht berechtigt, unser Brot mit Pulver und Schwert zu holen.*

War denn die rücksichtslose Expansionspolitik dem deutschen Reiche wirklich notwendig? Die neuere Mentalität des deutschen Volkes bejaht diese Frage:

> „. . . Es ist unmöglich und auch unsittlich, einem grossen Volk, das jährlich um fast 900,000 Köpfe wächst, den Raum den es braucht in der Welt draussen für seine Menschen und

seinen Überschuss an Kraft, absperren zu wollen. Bei aller Anerkennung der Tüchtigkeit des englischen Volkes besteht für es kein sittliches Recht dazu, dass ein Volk von 46 Millionen $^{1}/_{3}$ der Erde in alle Ewigkeit für sich mit Beschlag belegt und den andern nach seinem Belieben davon gibt, aber einem aufstrebenden tüchtigen Volk von 70 Millionen die Welt absperrt und ans Leben geht." („Zuschrift" aus Süddeutschland; B. N. 112.)

Diese Auffassung steht jedoch in absolutem Widerspruch zu der offiziellen Rede des Herrn von Mühlberg, welche dieser im Jahre 1907 in Vertretung des Reichskanzlers zur Beruhigung Englands über die deutschen Rüstungen hielt:

„... Skeptiker würden dem vielleicht entgegenhalten, die deutsche Armee und Flotte seien gefährliche Instrumente, deren man sich eines Tages zu bedienen versucht sein könnte, um der stetig anwachsenden Bevölkerung Raum zu schaffen. Deutschland hat aber neue Gebiete nicht nötig, wiewohl die Zahl seiner Einwohner sich jährlich um 800,000 bis 900,000 Seelen vermehrt, da die Auswanderung unbedeutend geworden ist; es fehlt überall an Arbeitskräften für Landwirtschaft und Industrie." (Belg. Akt. Nr. 31.)

In der Tat hatte Deutschland vor Kriegsausbruch seinen immerhin beträchtlichen Kolonialbesitz schlecht ausgenützt. Das Interesse für Kolonialpolitik musste dem deutschen Volke durch eine künstlich organisierte Propaganda eingeimpft werden. Denn die breiten Schichten des deutschen Industriestaates waren eigentlich mehr auf ein gutes Auskommen mit den kultivierten, absatzfähigen Nachbaren angewiesen. Die Kolonialpolitik brachte dagegen nur einem verhältnismässig kleinen Teil der Bevölkerung Nutzen, sei es durch Vermehrung der Militär- und Beamtenposten, oder durch den sicheren Verdienst gewisser kaufmännischer Konzessionen.

So bietet dio deutsche Propaganda amüsante Paradoxen: wo es sich um die Rechtfertigung neuer territorialer Erwerbungen handelt, da jammert sie über „Bedrängnis“ und „Erstickung“; wo es sich dagegen darum handelt, den Neid Englands zu belegen, da weist sie auf die deutsche „Blüte“ hin. Einerseits spricht sie von „Übervölkerung“; andererseits wirft sie dem russischen Nachbarn vor, er stelle sich der Zuwanderung billiger Arbeitskräfte aus Polen entgegen! Der objektive Neutrale aber ist berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob nicht gerade für Deutschland eine Verständigungspolitik vorteilhaft gewesen wäre, wie sie der russische Zar bereits im Jahre 1898 vorgeschlag.n hatte?

Rücksicht auf die Allgemeinheit ist die Grundbedingung für ein gutes Auskommen; der Staat aber, der sich „an die Spitze“ der Völker stellen will, der schafft sich Feinde!

DRITTES KAPITEL

RUSSISCHE UND PREUSSISCHE GEFAHR

Der Neutrale las in der deutschen Propaganda häufig von der „russischen Gefahr". Ernsthafte Gelehrte stellten die Deutschen als Erretter Europas hin und überraschten den Kenner Russlands durch ein neues Phantom, das diesem fremd war.

1. Die Entwicklung Russlands.

Es wurde darauf hingewiesen, dass das räumlich ausgedehnte Russland allmählich durch seine fortschreitende Entwicklung zum mächtigsten Staate Europas werden müsse. Gewiss mag auch mancher russische Patriot gehofft haben, ein sehr langer Friede werde Russland dermassen ausbilden, dass es einst ohne Schwertstreich die erste Violine im Weltenkonzert spielen könne (Graf Witte). Aber vom ersten Auftreten dieses frommen Wunsches bis zu dessen Erfüllung liegt eine so ungeheure Spanne voller Hindernisse, dass präventive Massregeln von Seiten Europas unbegründet erscheinen. Bedenken wir der vielen Hindernisse, die der Entwicklung entgegen treten:

1. Innere Krisen, welche auch die grössten Staaten schwächen oder gar zertrennen können;
2. Stagnation infolge Sättigung (China);
3. Demokratisierung der Völker, welche weniger auf Machtzuwachs als auf friedliche Beilegung europäischer

Konflikte hinzielt (der Liberalismus ist in Russland seit dem japanischen Krieg stark im Wachsen).

Denken wir daran, dass gegen die Gefahr einer friedlich zunehmenden Macht immer Koalitionen der bedrohten Nachbarn wirksam auftreten können. England, welches sich durch ein zu mächtiges Russland in Indien bedroht fühlen würde, Japan, Deutschland, Österreich, Schweden, die Balkanstaaten, Italien und die Türkei — sie alle haben ein Interesse daran, dass einem zu mächtigen Russland das entsprechende Gegengewicht geboten würde, und wären im nötigen Moment zu einer Koalition bereit.

Unmoralisch ist es aber zweifellos, wenn ein übermächtiger Grossstaat, aus Furcht, sein Nachbar könne sich durch einen langen Frieden zu sehr entwickeln, diesem den Schädel einschlägt, unter dem naiven Hinweis: „Erschlage ich ihn heute nicht, so könnte er mich morgen vielleicht erschlagen!" Die Befolgung einer solchen Lehre müsste logischerweise im heutigen Kriege die sofortige Intervention der ganzen Welt gegen Deutschland nach sich ziehen, da der Kanzler kein Hehl daraus macht, dass er zugunsten seines „dauernden Friedens"(!?) das europäische Gleichgewicht zerstören wollte. Das wäre eine ewige Kette von Kriegen, gestützt auf blosse Hypothesen!

2. Die russische Habgier.

„Sie wollen Galizien ... Konstantinopel ...!"

Die deutsche Propaganda hat viel von der Befreiung der Ostseeprovinzen gesprochen, trotzdem deren Urbevölkerung, die Letten und Esten, ausgesprochene Deutschenhasser sind. Sie möchte die später zugewanderten, in der Zahl natürlich weit nachstehenden Deutschen

(Balten), von denen übrigens ein guter Teil auch nicht mehr deutschfreundlich ist, der russischen Herrschaft entheben. Trotzdem wird niemand glauben, dass Deutschland den Weltbrand entfacht hätte, wenn nicht grössere Ziele, als die Besitzergreifung dieser Gebiete, ihm vorgeschwebt hätten. In einem ähnlichen Verhältnis steht auch Galizien zu Russland.

Manchem russischen Patrioten mag es eine Wunde sein, dass ein Teil seiner slavischen Brüder unter germanischer Herrschaft steht; zumal „wir Deutschen das Schwert im Munde führen", wie Herr von Bethmann selbst zugab: denn der Russe weiss, dass der unter germanischer Herrschaft stehende Slave meistens ungern gegen Russland zu Felde zieht. Und doch wird kein ehrlicher Kenner Russlands behaupten, dass dieses wegen Galizien den Krieg eröffnet hätte.

Ebenso stand es mit Konstantinopel. Der russische Diplomat war bis in den Weltkrieg hinein an den Gedanken gewöhnt, dass die Hoffnung gewisser Russen auf den Besitz Konstantinopels stetsfort an dem Veto fast ganz Europas, insbesondere Englands, scheitern werde. (Näheres Kap. „Balkanpolitik"). Wenn seit 1915 die Verhältnisse sich geändert haben, so waren die entsprechenden Zugeständnisse Englands und Italiens widerwillig und der Not entsprungen (russischer Munitionsmangel und Separatfrieden). Der in den Berliner alldeutschen und militärischen Salons sehr heimische, und daher zu optimistisch urteilende Enver Pascha, konnte den Russen keinen grösseren Dienst erweisen, als er es durch seine Kriegspolitik getan hatte. Denn die Sperrung der Dardanellen zeigte dem westlichen Europa, dass die defensiven Kräfte Russlands ohne eine Sicherung der Meerengen nicht voll ausgenützt werden können. Wo aber bleibt die russische

Habgier, wenn die neuen Zustände erst durch die deutsche Kriegseröffnung und den Eingriff der Türkei in den Weltkrieg geschaffen wurden?

3. Russischer und preussischer Militarismus.

Wohl auf keinem Gebiete findet man so irrige Auffassungen, wie auf diesem: während die deutsche Propaganda den russischen Militarismus zur Entschuldigung des eigenen in übertriebener Weise schildert, werfen Neutrale, ja selbst Engländer, den Militarismus aller Staaten häufig in einen Tiegel. Wer aber Russland und Preussen gleich gut kennt, der fasst ob solcher Lehren bestürzt nach seinem Kopfe; denn wie der Mond sich zur Sonne verhält, so verhält sich der russische Militarismus zum preussischen! Natürlich war der Russe bestrebt, sein Militär quantitativ und qualitativ nach Möglichkeit immer auf die erforderliche Höhe nachzurücken; wurde er doch auch von Frankreich hierzu aufgefordert. Aber was dem Preussen infolge von Erziehung und System eine Lust, ein Stolz ist, das ist dem Russen ein notwendiges Übel.

Der Reichskanzler hoffte durch das wachsende Risiko des Krieges, England zu einem deutsch-englischen Block zu zwingen, um, wie er sagte, den Frieden zu erhalten; doch selbst deutsche Offiziere bestätigten, dass die Rüsterei in dem angeschlagenen Tempo zum Kriege führen musste, da weder Deutschland noch das Ausland fähig waren, die unermesslichen Lasten auf die Dauer zu tragen (ähnliche Äusserungen waren nicht vereinzelt). Man kann sich die Offenheit, mit welcher der Kanzler die voranschreitenden deutschen Rüstungen zugibt, nur insofern erklären, als es sich hier um eine feststehende, auf die Dauer nicht zu verschleiernde Tatsache handelte, die früher oder später begründet werden musste.

Zur Beleuchtung des deutschen Militarismus erscheint mir eine Äusserung des militärischen Sachverständigen vom „Berliner Tageblatt" interessant, die wir in Nr. 386, am Tage der Kriegseröffnung, zu lesen bekamen:

> „Es ist ganz natürlich, dass in Deutschland eine gewisse Sorge besteht angesichts der Zahlen, welche die russische Kriegsmacht aufweisen kann. Diese Sorge ist genährt durch allerlei Pressenachrichten, die im Rüstungsinteresse seit Jahr und Tag in unserem Vaterlande verbreitet wurden. Man versuchte die gegen den Dreibund verfügbare Kriegsstärke Russlands ins Ungemessene zu treiben, erwähnte der Hemmungen, welche der vollen Verwendung im Wege stehen gar nicht, usw."

Ähnlich schrieb auch das „Deutsche Militär-Wochenblatt" kurz vor Kriegsausbruch:

> „Hier sei eingeschaltet, dass die kürzlich in der (deutschen) Presse aufgetauchte Nachricht der stattgehabten Aufstellung von fünf neuen russischen Armeekorps unrichtig ist. Diese Armeekorps existieren nicht."

All diese Irreführungen der öffentlichen Meinung zwecks Anspornung der Rüstungen entsprechen dem preussischen Militarismus mit seiner Sehnsucht nach erneutem Austrag, sowie der „Friedenspolitik" des Kanzlers. Der giftige Geifer der alldeutschen Presse („Kreuzzeitung", „Deutsche Tageszeitung", etc.) stellte jede vorsorgliche Massnahme der Nachbarn als Herausforderung dar, während die eigenen Vorbereitungen, trotz ihres voranschreitenden Charakters, als zur Verteidigung nötig geschildert wurden. Und doch trat gerade die alldeutsche Partei schon vor Eröffnung des Weltkrieges in ihren Vormachts- und Eroberungsgelüsten am offensten hervor.

Weniger gehässig, aber durch die grosse Verbreitung ihrer Auflagen um so wirkungsvoller, hetzte die semitische

Presse. Dasselbe Blatt, das bei Kriegsausbruch die oben erwähnten Beruhigungen seines militärischen Sachverständigen veröffentlichte, empfahl 5 Monate früher „im Hinblick auf das übermächtige, bis an die Zähne gerüstete Russland“ den Präventivkrieg, „um nicht dem Feinde noch die Wahl des ihm am günstigsten scheinenden Momentes zum Gnadenstoss zu lassen“.

In der Tat war Russland zur Zeit der Kriegseröffnung im Begriff, den Vorsprung, den Deutschland in der materiellen Rüstung hatte, einzuholen. Man war sich der materiellen Überlegenheit der Zentralmächte über die russisch-französische Allianz im Sommer 1914 in beiden Lagern wohl bewusst.[1]) Das offizielle Organ der Militärpartei in Wien, die „Militärische Rundschau“ schrieb einige Tage vor Übergabe des österreichischen Ultimatums an Serbien:

> „Der Augenblick ist uns noch günstig. Wenn wir uns nicht für den Krieg entscheiden, wird der, den wir spätestens in zwei oder drei Jahren führen müssen, unter viel weniger günstigen Umständen begonnen werden. Gegenwärtig liegt die Initiative in unserer Hand: Russland ist nicht gerüstet; die moralischen Faktoren und das gute Recht sind auf unserer Seite, ebenso die Macht.“

Die Frage, ob die Zentralmächte in zwei bis drei Jahren „den Krieg hätten führen müssen“, ebenso ob „die moralischen Faktoren und das gute Recht“ 1914 auf ihrer Seite lag, behandeln wir eingehend in den folgenden Kapiteln; hier stellen wir lediglich fest, dass zur Zeit der Kriegs-

[1]) Nur unser militärischer „Sachverständige“, Oberst Egli, glaubt ein materielles Gleichgewicht bei Kriegsbeginn konstatieren zu dürfen. Oberst Egli — ein Ignorant russischer Verhältnisse — schöpft seine Wissenschaft jedoch bekanntlich nur von deutschen und österreichischen Militärattachés. In Berlin und Wien aber ist Russland bald der bis an die Zähne gerüstete Riese, bald der Zwerg mit der leeren Tasche; je nachdem es gerade passt!

eröffnungen die Zentralstaaten die Übermacht auf ihrer Seite wussten.

Die Befürchtung, dass Russland in zwei bis drei Jahren das Gleichgewicht der Kräfte zugunsten der Alliance franco-russe überschritten hätte, war unverständlicher Irrtum, oder nur Vorwand zur endgültigen Festlegung der eigenen Vormacht. Denn man braucht keineswegs gewiegter Kenner russischer und preussischer Verhältnisse zu sein, um einzusehen, dass in zwei bis drei Jahren Schlagkraft und Macht der Zentralstaaten immer noch grösser gewesen wären, als die der Gegner. Wir dürfen nicht vergessen, dass Deutschland bei Ausbruch des Krieges bis ins Kleinste vorbereitet und gerüstet war, trotzdem erst $1/3$ der Einmilliardensteuer eingezahlt gewesen war, und $2/3$ noch ausstanden. Die noch freien 666 Millionen hätten ihren Weg zum Eisenhammer auch gefunden.

Wir dürfen ferner nicht vergessen, dass ein dünn bevölkertes, räumlich ausgedehntes Land ungeheurer Werte bedarf, um seine Schlagkraft möglichst auf der Höhe zu halten. Während Deutschland infolge des grossen Transitverkehrs, der gewaltig entwickelten Industrie und der dichten Bevölkerung, seine Strassen- und Bahnanlagen in Friedenszeiten leicht amortisieren kann, ist Russland gezwungen, den entsprechenden Ausfall durch das Militärressort zu decken. Es ist daher widersinnig, zahlenmässig Vergleiche zwischen den deutschen und russischen Militärausgaben zu ziehen; zumal die Gegenwerte für eine bestimmte Menge Goldes in beiden Ländern sehr verschiedene sind. So beispielsweise im Strassenbau, wo in Russland die Bodenbeschaffenheit meist ungünstig ist und das Material oft tageweit hergeschleppt werden muss. Mit Unrecht suchen Pangermanisten eine Parallele

zwischen der französisch-russischen Anleihe, die viele Milliarden Franken umfasste, und der deutschen Einmilliardensteuer zu ziehen: die erstere verteilte sich auf eine sehr grosse Spanne von Jahren und diente auch der dringend nötigen, aber kostspieligen wirtschaftlichen Erschliessung; die letztere dagegen war absolute Kriegssteuer im vollen Frieden!

Artillerie, Flugpark u. dergl. wären vermutlich bis 1916 russischerseits auf die den deutschen Rüstungen entsprechende Höhe gebracht worden; die Verkehrsmittel (Bahnkörper und Wagenpark) wären jedoch weiterhin ein wunder Punkt der russischen Kriegsbereitschaft geblieben. Verhältnismässig schlechte Rentabilität bedingt einen billigen Bahnkörper, der schnelles Fahren nicht zulässt. Der verhältnismässig geringe Wagenpark aber braucht ausserdem infolge der grossen Strecken eine besonders lange Zeit von Ladung zu Ladung. Durch diese Nachteile kann der Russe seine Truppen nicht so leicht hin und her werfen und konzentrieren, wie der Deutsche.

Anmerkung: Der Mangel an Verkehrsmitteln wurde im Laufe des Weltkrieges von den Russen möglichst behoben. Auch Deutschland suchte ihm durch Abtransport belgischer Schienen nach Osten zu begegnen.

Russland hätte das besprochene Manko indes dadurch wettmachen können, dass es einen bedeutenden Überschuss an Truppen über das numerische Gleichgewicht der Mächtegruppen hinaus unterhalten hätte, um im Kriegsfalle allenthalben Reserven gegen feindliche Durchbrüche in Bereitschaft zu haben. Was der russischen Armee an Beweglichkeit fehlt, müsste sie durch Zahl ersetzen. Da aber Deutschland sich das Übergewicht an Zahl, trotz der offenbaren Nachteile Russlands, nicht bieten liess, indem es jeder Vergrösserung zuvorkam (selbst unter Verbreitung

unwahrer Nachrichten über die Stärke des Gegners, um das Risiko des Krieges auf seiner Seite zu behalten), so kann die russische Regierung wegen schlechter Bereitschaft nicht getadelt werden. Der deutsche Industriestaat hat geeignetere Schultern, seine Überrüstung durch die Friedensjahre hindurch zu schleppen; dagegen erfordert die Kultivierung unerschlossener Gebiete gewaltige Mittel, deren Ausgabe fruchtbarer erscheint, als absolute Kriegsrüstungen.

Trotzdem der „Lokalanzeiger" schrieb: „Frevelhaft ist der Krieg von Frankreich und Russland im Vertrauen auf ihre Übermacht heraufbeschworen worden"; trotzdem Herr Bassermann auch später in den Reichstag rief: „Wir sehen bewundernd auf die Waffentaten unserer Armee gegenüber der russischen Übermacht", konnte bei Kriegsausbruch weder in Militär- noch in Zivilkreisen Berlins irgendwelche Furcht vor dieser Übermacht konstatiert werden. Man wies im Gegenteil darauf hin, dass die Russen im letzten Türkenkrieg wie auch im japanischen Krieg nicht leistungsfähig waren. Man liess ausser Acht, dass dieser letzte Krieg am Ende einer vieltausend Kilometer langen einspurigen Bahn mit wenig Ausweichstellen versehen, geführt wurde. Man ignorierte, dass Russland seit 1905 auf allen Gebieten gewaltige Fortschritte im Sinne der westeuropäischen Kultur gemacht hatte.

Anmerkung: Über die Qualität der russischen Truppen wurde inzwischen auch deutscherseits manche Anerkennung verlautbar. So berichtet ein Schweizer in seinen „Münchner Kriegseindrücken" (Basl. Nachr. S.-Bl. 46): „Ein Beurteiler, dessen Worten ich auf Grund seiner Beziehungen Wert beilege, erklärte offen, in militärischen Kreisen sei man erstaunt über die militärische Leistungsfähigkeit der Russen und geradezu erschreckt über die Fort-

schritte, die sie in Organisation, Ausbildung, Taktik und Strategie seit dem mandschurischen Kriege gemacht hätten."

Sicherlich hat Russland gewaltige natürliche Reserven, insbesondere an Menschenmaterial, die in einem langen Kriege zur Geltung kommen. Es ist aber wirtschaftlich zu wenig entwickelt, um diese Kräfte permanent in konzentrierter Form herauszuholen und durch Vermehrung seiner Schulden die entsprechenden Kosten zu tragen. Daher bleibt die Vorspiegelung einer russischen Gefahr leeres Gerede!

4. Deutsche Gefahr.

Die deutsche Propaganda suchte den Neutralen so häufig durch den Hinweis auf die slavische Gefahr zu gewinnen, dass er sich die Gegenfrage erlauben darf: „Liegt denn in euch Deutschen nicht auch eine Gefahr, wenn schon die Slaven, die uns von den im Osten lebenden Fremden immer als besonders gutmütig und friedliebend geschildert worden sind, eine solche bedeuten? Ist etwa euer Militarismus erst seit der aufgeworfenen Frage zur Bildung einer Trippelallianz als Gegengewicht zu euerem Dreibund berüchtigt? Hat nicht bereits Bismarck zugegeben, dass er durch seine Depeschen-Verstümmelung den deutsch-französischen Krieg provoziert hatte („Gedanken und Erinnerungen")? Habt nicht auch Ihr den heutigen Weltkrieg inszeniert und eröffnet? (Kap. „Kriegseröffnung".) — Bestätigt nicht Bismarck, der Deutsche, das imperialistische Ziel von Fürsten als eine Selbstverständlichkeit? Er sprach:

„Das Hauptziel dieser Gewaltigen auf Erden ist, ihr Herrschaftsgebiet auszudehnen, ihre Grenzen zu erweitern. Ich bin der Meinung, dass wir

auch noch eine Zeit bekommen werden, wo das Königreich Preussen einen bedeutenden Zuwachs erhalten wird.“ (R. von Thadden-Trieglaff, Deutsche Revue, B. N. 125.)

Solche Bestrebungen sind berechtigt, wo sie nicht auf Hindernisse stossen, d. h. zum Bruderkampf zwischen christlichen Völkern führen. Doch Bismarck lehrt uns, dass das deutsche Volk noch vor kurzer Zeit sogar bereit war, ohne verständlichen Kriegsgrund sich gegenseitig selber zu zerfleischen:

„... Welches immer der Ursprung dieser partikularistischen Zusammengehörigkeit ist, so bleibt das Ergebnis doch immer die Tatsache, dass der einzelne Deutsche leicht bereit ist, seinen deutschen Nachbarn mit Feuer und Schwert zu bekämpfen und persönlich zu töten, wenn infolge von Streitigkeiten, die ihm selbst nicht verständlich sind, der dynastische Befehl dazu ergeht.“ (Gedanken und Erinnerungen.)

Erinnern diese Worte nicht an die Gutgläubigkeit, welche das deutsche Volk im August 1914 der Vorspiegelung eines fremden Überfalles entgegengebracht hatte?

Liegt nicht Gefahr darin?? — —

VIERTES KAPITEL

URSPRUNG UND WESEN DER ENTENTE-POLITIK

1. Dreibund und Zweibund.

Schon im Jahre 1875 wollte eine Kriegspartei in Preussen die unerwartet rasche Erholung Frankreichs durch einen erneuten Feldzug verhindern, um gleichzeitig weitere Eroberungen in Ostfrankreich vorzunehmen. Es wurde eine entsprechende Propaganda in der Presse eingeleitet. Kaiser Wilhelm I. aber und die russische Regierung stellten sich einem erneuten deutsch-französischen Kriege entgegen, und Bismarck musste abwickeln.

Beiläufig: Diese Episode wird in deutschen Geschichtsbüchern gern totgeschwiegen; trotzdem ist sie historisch und wird auch von ausgesprochen deutsch-freundlichen Neutralen anerkannt. Der Streit, ob dem persönlichen Einfluss Kaiser Wilhelms I. oder der Intervention Russlands mehr Verdienst beizumessen sei, bleibt müssig. (B. N. 88.)

So gab Preussens gefürchtete Kriegspartei schon 1875 Veranlassung zu einer flüchtigen, vorerst temporären Annäherung der zwei grundverschiedenen Völker Frankreich und Russland!

1879 entstand das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich, ein reines Defensivbündnis, als Schutzwehr gegen Angriffe Russlands. Denn die Slaven fühlten sich durch den Berliner Kongress, den Bismarck kurz zuvor auf Veranlassung Österreichs einberufen hatte, vergewaltigt,

da Österreich sich auf dem Kongress Bosnien und die Herzegowina aneignete, trotzdem es die erbetene Hülfe zum vorangegangenen Türkenkrieg abgelehnt hatte. (Belege: Kap. „Wie Österreich zu Bosnien kam".)

Anfang der 80er Jahre folgten die beiden Defensivbündnisse Deutschland-Italien und Österreich-Italien zum Schutze gegen Frankreich (Revanche und Kirchenstaat). So entstand der Dreibund, — eine natürliche Folge der Annexionen von Lothringen und Bosnien.

Bismarck beruhigte Russlands Unbehagen vor dieser neuen Koalition durch den sogenannten Rückversicherungsvertrag von Skjernevize (1884), der jedoch nach Bismarcks Rücktritt nicht erneuert wurde. Logischerweise erfolgte nun die endgültige Russisch-Französische Annäherung (Entente cordiale 1891; Alliance franco-russe 1894). Das europäische Gleichgewicht war, ohne Englands Zutun, so ziemlich hergestellt.

2. Ungleiche Entwicklung,

Diese für den europäischen Frieden günstige Konstellation hatte leider zu ihrem dauernden Bestande ungünstige Vorbedingungen: das Anwachsen der Kräfte der beiden Gruppen war ein ungleiches.

Deutschland nahm durch den Aufschwung seiner Industrie unverhältnismässig stark an Menschen und finanziellen Kräften zu. Seine Auswanderung nahm frappierend ab. Dabei war es bestrebt, diese Vorteile militärisch stets voll auszunützen.

Frankreich dagegen vermehrte sich in der Bevölkerung nicht. So fiel denn das Gegengewicht zu dem deutschen Kräftezuwachs logischerweise hauptsächlich auf Russland. Doch hier haperte es am

Beutel. Nicht etwa, dass Russland ein armes Land sei, im Gegenteil; aber unerschlossene Gebiete saugen Geld, wie leere Schwämme Wasser. Gewiss amortisieren sich alle Ausgaben für Entsumpfungen, Bahnen, Strassen u. dergl., doch die enorme Ausdehnung Russlands erfordert entsprechend grosse Investierungen, während die zu dünne Bevölkerung und die verhältnismässig rückständige Industrie eine *rasche* Amortisation ausschliessen. So erging es Russland wie einem grossen Kaufmann, der sich stark engagiert. (Fremde Anleihen ändern die Verhältnisse nicht, sintemal sie kein Geschenk sind.) Wo aber einträgliche Ausgaben dringend vorliegen, vergeudet ein Staat seine Mittel nicht gern in Armeen, — zumal, wenn er nicht mit der Absicht umgeht, einen Austrag herbeizuführen.

In Anbetracht dieser ungünstigen Verhältnisse des Zweibundes (hie Geld, hie Menschen) erschien die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes auf die Dauer unmöglich, es sei denn, dass Deutschland bereit gewesen wäre, in ein proportionell geregeltes Rüstungsprogramm einzuwilligen. *Dies sind die Motive, die den russischen Zaren*, abgesehen von seiner allseits anerkannten persönlichen Friedensliebe, *zu den berühmten Friedensbestrebungen von 1898 veranlassten* (Schiedsgericht und Abrüstung.)

3. Ursprung deutscher Weltpolitik.

Die Bedrohung des europäischen Gleichgewichtes brauchte England nicht zu beunruhigen, so lange Bismarck am Ruder war. Dieser Staatsmann zeigte für Kolonialpolitik kein Interesse und schien auch seit der Schaffung des Dreibundes (zum Schutz von Elsass und Bosnien) wirklich saturiert zu sein. Die Verhältnisse änderten sich

jedoch unter dem „Gründer der deutschen Weltpolitik“, dem Fürsten Bülow. Als Wendepunkt darf das Todesjahr Bismarcks (1898) bezeichnet werden.

In dem merkwürdigen Jahre 1898 — Bülow war seit 1897 Minister des Äussern — geschahen drei Ereignisse, die England aufhorchen liessen:

1. Der Kaiser unternahm seine Reise nach Syrien.
2. Das offizielle Deutschland verhielt sich gegen die Abrüstungsvorschläge Russlands (August 1898) ablehnend.
3. Deutschland gründete seinen Flottenverein (April 1898).

Die Reise des Kaisers nach Syrien war allerdings ein blosses Symptom der Annäherung Deutschlands an die Türkei, nachdem schon früher — gleich nach der Schaffung des Dreibundes — das Osmanenreich durch die Mission von der Goltz-Pascha (1884) nach deutschem Vorbild militärisch reorganisiert worden war. In Damaskus hielt der Kaiser jedoch die berühmte Rede, in welcher er die Mohammedaner in ihrer Gesamtheit seiner dauernden Freundschaft versicherte. Eine Versicherung, die in allen denjenigen Staaten Beunruhigung hervorrufen musste, welche mohammedanische Untertanen besassen (England, Frankreich, Russland).

Noch gravierender erachte ich den zweiten Punkt! Die ablehnende Haltung, welche das offizielle Deutschland den Bestrebungen des Zaren gegenüber einnahm, enttäuschte die friedliebenden Kreise selbst in Deutschland. Der negative Erfolg der auf das folgende Jahr einberufenen Friedenskonferenz war vorauszusehen. Ein guter österreichischer Patriot, Dr. A. H. Fried, der Führer der deutschen Pazifisten, schreibt darüber: „Deutschlands Klage über die Delcassés und Lansdownes ist

unberechtigt. Es hat die Situation, unter der es leidet, selbst geschaffen. Es hat 1899 im Haag seinen Feinden das moralische Machtmittel des Misstrauens in die Hand gegeben, es hat damit versäumt, den grossen Moment festzuhalten und sich das Ansehen einer den Frieden mit modernen Mitteln sichern wollenden Macht zu geben." Diese Tatsache ist ausserordentlich wichtig, da durch das Verhalten der deutschen Machthaber die „Politik König Eduards" gezeugt wurde, welche wiederum der deutschen Kriegspartei als Rückenschutz zur Eröffnung des heutigen Weltbrandes diente (Präventivkrieg).

Am gefährlichsten für den Weltfrieden war die Gründung des Flottenvereins. Hier wurde mit Hochdruck gearbeitet. Schon nach verhältnismässig kurzer Zeit hatte der Verein bereits rund eine Million Mitglieder, darunter einen Drittel Einzelpersonen und zwei Drittel körperschaftliche Mitglieder. Das heisst: Der Einfluss der Propaganda des Vereins (Vorträge und Herausgabe von Zeitschriften) breitete sich über viele Millionen Menschen, ja über fast ganz Deutschland aus. Natürlich wurde nicht darauf hingewiesen, dass beispielsweise das Einnisten Deutschlands in Marokko für Frankreich und England eine gefährliche Verletzung des status quo bedeute; dass die deutsche Vorherrschaft in Konstantinopel Russland notgedrungen — infolge des südrussischen Handels — auf den Plan bringen müsse. Natürlich wurde das Volk nicht, wie es in Anbetracht des späten kolonialen Erwachens Deutschlands hätte sein sollen, zur Bescheidenheit gemahnt, indem man ihm klarlegte, wie sehr es sich durch Fleiss in fremde Wirtschaftsgebiete eingesaugt habe, aus denen es nicht mehr zu vertreiben sei. Im Rüstungsinteresse wurde vielmehr ein neues Phantom geschaffen: die aus-

ländische Gefahr; und friedliebende Bestrebungen anderer Völker wurden vielfach verschwiegen oder auf den Kopf gestellt. Anstatt in Dankbarkeit der freundlichen Aufnahme zu gedenken, welche uns Germanen allenthalben zuteil geworden war, wurde durch Ansporn zur Überrüstung, zum Selbstbewusstsein und zur Begehrlichkeit Furcht und Hass vor dem Deutschen erzeugt.

Ich stütze den Ausspruch „Begehrlichkeit" auf einen deutscherseits zitierten Zeugen. Die „Post" brachte 1913 einen Artikel, welcher von der freiwilligen oder erzwungenen Abtrennung der belgischen Kolonien an Deutschland als einer ganz natürlichen Sache, und von einer eventuellen diesbezüglichen Einwilligung Englands, sprach. Baron Beyens, Gesandter Belgiens in Berlin, schrieb seiner Regierung hierüber (Belgische Aktenstücke Nr. 106): „Wie gross auch immer die Begehrlichkeiten der deutschen Kolonialkreise und der Alldeutschen sein mögen, so ist doch nicht anzunehmen, dass England sich dazu bereit finden sollte, sich im Herzen Afrikas einen Nebenbuhler zu schaffen, dessen expansive und wirtschaftliche Kraft die englischen Kolonien bedrohen würde."

Denn rasch und sicher wurde das Volk, wenn auch nicht zur aggressiven Kriegslust (eine solche ist unnötig, da man sich immer Kriege „aufzwingen" lassen kann), so doch zum Imperialismus erzogen und zwar so gründlich, dass die Wogen der Belehrung selbst über die Reichsgrenze schlugen.[1]) Damit war der Boden für den kommenden Weltkrieg geebnet, der Deutschland aus der Grossmachtstellung in die

[1]) Schweizer Aussprüche bei Kriegsbeginn: „Warum gab die Entente den Deutschen ihren gerechten Anteil in Marokko nicht zu"; „Das kommt davon, wenn man die Entwicklung der Germanen auf dem Balkan hemmen will". Neu-Schweizer (Österreicher): „Warum soll England in Indien alles haben?!"

erste Weltmachtstellung führen sollte (vgl. die Propaganda vor der Marneschlacht, wo auf die Karte der Stauffen hingewiesen wurde usw.). Damit war aber auch der Moment gekommen, wo die alten Mittelmeerinteressenten an die Liquidierung der nordafrikanischen Gebiete gehen mussten, ehe sich ein neuer, ebenso kräftiger, wie begehrlicher Geselle zu ihnen setzte. Müssen denn Frankreich und England einen fremden Eindringling in der Gegend vom Gibraltar dulden? Kann man es ferner Italien verübeln, wenn es sich das Stück Afrika, seinem Mutterlande gegenüber und daher strategisch wichtig, aneignete, ehe die Macht Deutschlands auf das noch freie Gebiet ausgriff? Trat doch die deutsche Expansionslust seit 1898 mit steigender Macht zutage, bis Herr von Bethmann 1911 offen erklärte, „die Expansion Deutschlands sei eine Tatsache, mit der die andern Nationen rechnen müssten. Nichts könne sie aufhalten" (Belgische Aktenstücke, Nr. 85). Vgl. Fussnote [1].)

4. Ursprung der Entente.

So entstand, ganz folgerichtig, der französisch-italienische Vertrag bezüglich Marokko und Lybien aus dem Jahre 1902. Es ist nicht festgestellt, und auch nicht absolut nötig, dass England hierbei der Schiebende gewesen sei.

Im Gegenteil: einer der bekanntesten alldeutschen Publizisten, Prof. Schiemann, nennt als Urheber die Herren

[1]) Die „präventive Besitzergreifung" wird auch von deutschfreundlicher Seite verteidigt, wo es sich um Massnahmen der Zentralmächte handelt. So versucht Prof. Hünerwadel in seiner Broschüre „Die geschichtlichen Vorbedingungen des europäischen Krieges" (Verlag Orell Füssli) die Annexion Bosniens dadurch zu entschuldigen, dass er bemerkt, „dass ein Übergang Bosniens an Serbien die Lage Österreichs in Istrien und Dalmatien fast unhaltbar machen würde".

Camille Barrère und „Delcassé, den wir hiermit als den ersten Organisator des Weltkrieges vorstellen". Das hindert allerdings nicht, dass im allgemeinen dem geduldigen Volke König Eduard als der Sündenbock und Frankreich als das bedauernswerte Opferlamm hingestellt wird.

Erst zwei Jahre später folgte der berühmte Vertrag vom 8. April zwischen England und Frankreich bezüglich Marokko und Egypten und im Oktober desselben Jahres das französisch-spanische Abkommen betreffend Marokko. Der Kaiser beantwortete auf Anraten des Grafen Bülow (seit 1900 Reichskanzler) diese ohne Zustimmung Deutschlands getroffenen Abmachungen durch seine Reise nach Tanger. Die entschiedene Politik brachte dem Kanzler zwar wohl den Fürstentitel ein, doch steigerte sie die seit 1898 bestehende Beunruhigung der Mittelmeermächte und führte diese noch mehr zusammen. Insbesondere war die marokkanische Frage die logische und direkte Ursache der Annäherung Frankreichs und Englands, was wiederum eine gewisse Annäherung Russlands (als des alten Defensivfreundes Frankreichs) an England zur Folge hatte. Russland stand übrigens damals noch im Hintergrunde, aus dem es erst zur Zeit der Balkanereignisse hervortrat.

5. Defensiver Charakter der Entente.

Germanophile Publizisten schreiben gern von der „Angriffsspitze" der neuen Gruppierung gegen Deutschland. Das ist absolut falsch; denn die Mittelmeermächte, Frankreich, Italien, England und Spanien bezweckten durch ihre damaligen Verträge den status quo im Mittelmeere zu schützen; sie hatten aber keine aggressiven Intentionen gegenüber Deutschland. Muss doch

Herr A. Leghait, der bereits erwähnte Gesandte Belgiens in Paris, trotz einer gewissen persönlichen und, wie wir feststellen werden, unbegründeten Unsicherheit in Betreff der Absichten Englands, zugeben, dass die Konstellation deutlich defensiven Charakter zeigte (Belgische Aktenstücke, Nr. 33):

> „Paris, Juni 1907. — Die freundschaftlichen Beziehungen und das Einvernehmen, die seit etwa zwei Jahren zwischen Frankreich, England und Spanien bestehen, sind neuerdings in einer Weise gefestigt worden, die deutlich die Gruppierung der Mächte und ihr Bestreben kennzeichnet, sich durch friedliche Abmachungen vor andern Eventualitäten zu sichern."

Herr Leghait lässt Russland ausser Spiel, da dieses mit der neuen Gruppierung, die sehr locker und zur Verteidigung von Sonderinteressen geschaffen war, nur durch Frankreich in Beziehung stand.

6. Bedrohung Russlands.

In den gemeinsamen Mittelmeerinteressen hatte die Entente, wie uns die Verträge zeigen, ihren Ursprung; diese Interessen waren das Band, das sie zusammenhielt. Sie waren das Band, das 1911 zwei wunde Stellen der europäischen Politik beseitigte (Libyen, Marokko) und uns trotzdem mit dem Weltkriege verschonte. Je mehr sich aber dem deutschen Reiche die Türe im Südwesten schloss, um so offener wandten sich die deutschen Imperialisten dem südlichen Orient zu (näheres: Kap. „Balkanpolitik"). Während die Bedrohung des Gibraltars durch das junge Deutschland England und Frankreich vereinigt hatte, so führte die Furcht vor Deutschlands Vormacht in der Türkei (Dardanellen und Suezkanal) in beschränkterem Masse auch Russen und Briten zusammen.

Nun wird wohl mancher einseitig orientierte Leser behaupten, diese Furcht sei grundlos gewesen. Das mag, vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, vielleicht richtig erscheinen. Doch nicht vom Standpunkt des bedrohten Russen. Denn dieser konnte schon 1884 die Mission von der Goltz-Pascha, d. h. die Instruktion der türkischen Armee durch Deutschland, als einen Umfassungsversuch ansehen. Braucht er doch keineswegs zu glauben, dass die Mission defensiven Charakter trug, denn Deutschland hatte damals ohnehin das Übergewicht: Der Dreibund war eben erst gegründet worden, der französisch-russische Zweibund bestand noch nicht, und von einer Freundschaft mit England war damals nicht die geringste Spur vorhanden! Die Missstimmung der Russen in den 80er Jahren war nicht lediglich eine Folge des Berliner Kongresses (Vergewaltigung Bosniens); vielmehr entsprach sie auch dem Unbehagen, welches durch die Schaffung des Dreibundes im Westen und die Umfassung im Süden hervorgerufen wurde. Diese Bedrohung erschien um so ungerechtfertigter, als Russland sich im Türkenkriege keineswegs als militärischer Löwe erwiesen hatte. Die von Bismarck geschaffene Konstellation zwang das an und für sich reaktionäre Russland zu einer formellen Annäherung an das demokratische Frankreich, was naturgemäss in Russland auch gewisse reaktionäre Kreise gegen Preussen verstimmen musste (Kotkoff, „Mosk. Wjedomosty" usw.). Das Misstrauen bekam 1898 frische Nahrung: denn die Gründung der Wehr- und Flottenvereine, sowie die Verweigerung einer proportionellen Abrüstung vermehrte die Gefahr für Russland im Westen, während die Orientreise des Kaisers (Rede in Damaskus) den Umfassungsversuch vom Süden zu bestätigen schien. Selbstverständlich würde kein wahrhaft Neutraler einen russisch-franzö-

sischen Präventivkrieg auf Grund der geschilderten Beunruhigung Russlands gutheissen; andererseits begreift aber jeder Objektive, dass die deutsche Politik seit 1878 Russland den Briten in die Arme trieb. Es brauchte keineswegs der entgleisten Worte Bülows (vgl. S. 21) oder der Offenheit Bethmanns, um Russland zu beunruhigen; es brauchte hierzu auch des Marokkokonfliktes nicht, in welchem die wachsende Expansionslust des deutschen Volkes unverkennbar zutage trat. Das Misstrauen war schon seit 1878 begreiflich,[1]) seit dem Tode Bismarcks (1898) vollauf berechtigt,[2]) und musste durch die Annexion Bosniens (1908) an Intensität noch zunehmen, da diese den für das Slaventum ohnehin peinlichen Kompromis des Berliner Kongresses zerstörte und einen effektiven „Schritt vorwärts" der deutschen und österreichischen Orientpolitik bedeutete.

Wer die europäische Politik nicht einseitig verfolgte, der begreift vollauf, dass einige russische Kreise schon die Annäherung Englands an Frankreich auf Grund der Mittelmeerverträge recht gern sahen (seit 1904), und dass sie, insbesondere seit der Annexion Bosniens, auch für eine direkte Annäherung an England plädierten:

1) einerseits erschien es notwendig, dass die Bedrohung des europäischen Gleichgewichtes durch das rapide Anschwellen der Kräfte Deutschlands und durch die volle Ausnützung dieser Kräfte, in der englischen Flotte ein ausgleichendes Gegengewicht erhalte;

---

[1]) Berliner Kongress; Gründung des Dreibundes; Mission von der Goltz-Pascha; Nichterneuerung des Vertrages von Skjernevize. Auf diese Momente basierte die Gründung der Alliance franco-russe.

[2]) Rede in Damaskus; Gründung des Wehr- und Flottenvereins; Antritt Tirpitz; Absage zur Regelung der Rüstungen und zum Schiedsgericht usw. Hierauf basierte der Wunsch vereinzelter, weitsichtiger Politiker zur Erweiterung der Alliance franco-russe in eine Tripelallianz.

2) andererseits deutete die Entwicklung des deutschen Imperialismus darauf hin, dass Deutschland über kurz oder lang sich in der Türkei die wirtschaftliche und hernach folgerichtig auch die politische Vorherrschaft sichern werde, was einer Bedrohung der Russen an den Dardanellen gleichkommt. (Näheres: Kap. „Balkanpolitik".)

7. Natürliche Logik.

Die Neugestaltung der europäischen Konstellation ergab sich im Grunde von selbst:

Hier Romanen, Briten und Slaven, länderreich, weil an der Peripherie gelegen, doch ohne entsprechenden militärischen Geist; bereit, ihren Vorsprung in der Kolonialpolitik durch eine das alte Mächteverhältnis möglichst wahrende Festlegung strategischer Punkte (Libyen und Marokko), sowie durch defensive Verträge, zu schützen; beseelt von einem fortschreitenden Pazifismus, der die Rüstungen nach Möglichkeit zu hemmen suchte, und der bezweckte, im christlichen Europa blutige Händel zu vermeiden....

Dort die eingeengten Germanen (mit einigem fremdrassigen, im allgemeinen unzufriedenen Anhang), tüchtig, hoch industriell, reich, dicht bevölkert, trotzdem nach neu einwandernden, billigen Arbeitskräften lechzend, durch und durch militarisiert, Moltke-Alpha und Häseler-Omega, enorm schlagkräftig infolge des aussergewöhnlich grossen Bahnmaterials; selbstbewusst, unzufrieden mit ihren diplomatischen Erfolgen und ihrem territorialen Besitz! **Ob da der König von England eingriff oder nicht, die Herren Delcassé, Lansdownes und Iswolsky mussten sich auf alle Fälle finden!**

FÜNFTES KAPITEL

ZERFALL DER ENTENTEPOLITIK

Wie seinerzeit Bismarck durch die Gründung seines Bundes und die Militarisierung der Türkei über Russland ein Damoklesschwert gehängt hatte, so wurde neuerdings durch die aufgeworfene Frage der Tripelallianz Deutschland beunruhigt. Doch während der eiserne Kanzler, infolge des deutschen Prestiges von 1866 und 1870 seinen Willen rücksichtslos durchsetzen konnte, **mussten die Machthaber der Ententeländer,** wie wir gleich feststellen werden, **infolge der demokratischen und pazifistischen Mentalität des englischen Volkes sehr bald abwickeln.**

1. Anfeindungen.

Übrigens hatte die Ententepolitik in allen Ländern Feinde: teils wegen der erwähnten Schattenseite (Beunruhigung des mächtigen Deutschland), teils auch infolge der zu schroffen Rassendifferenzen der einzelnen Ententestaaten.

Da gab es Russen, die nicht begreifen konnten, weshalb sich ihr konservatives Vaterland für die kulturfremden Länder Frankreich und England in Gefahr begeben solle. Wäre es doch vernünftiger, sich Deutschland an Marokko sättigen zu lassen und es von den Dardanellen abzulenken! Die Verfechter dieser Theorie liessen ausser Acht, dass der Appetit eines gesunden Magens nicht zum voraus bestimmt werden kann; sie vergassen auch, dass eine

Deutschland befriedigende Marokkokrisis nur dieses eine Reich, infolge der Änderung des maritimen status quo, für gewisse Zeit saturiert hätte, nicht aber auch Österreich! Die Balkangefahr wäre durch eine Deutschland günstige Marokkokrisis nicht aus der Welt geschafft worden. Später, als diese Balkangefahr akut wurde (1913), bat man allerdings auch in Russland energisch um die Hilfe Englands! (Näheres: Kap. „Balkanpolitik".)

Da gab es andererseits Franzosen, die in ihrer demokratischen und pazifistischen Auffassung nicht einsahen, weshalb man einer neuen Seemacht wehren müsse, sich in der Nähe vom Gibraltar einzurichten; weshalb man dem Nachbarn den Finger nicht geben dürfe, so man die Hand noch behalte! Und wieder andere hätten gern den deutschen Imperialisten zu ihrer Orientpolitik gratuliert, sofern Deutschland die Unantastbarkeit des Status quo im Westen garantiere (Caillaux; Bündnis mit Deutschland). Auch in Frankreich hatte der Ententegedanke seine Feinde. So konstatiert Herr Leghait, Gesandter Belgiens in Paris, am 24. Oktober 1905, dass „die Wiederaufnahme der allgemein verurteilten Politik Delcassés unmöglich sei" (Belg. Akt. Nr. 11). Später, am 4. Februar 1907 (Belg. Akt. Nr. 21) meldet der Gesandte weiter: „Recht viele Anzeichen lassen darauf schliessen, dass die öffentliche Meinung in Frankreich die Vorteile der Entente cordiale mit Misstrauen betrachtet und den Wunsch zu hegen beginnt, Frankreich von der britischen Einmischung zu befreien." Erweckte doch die neue Konstellation den Zorn des schlagkräftigen Deutschland, während England als Äquivalent nur seine mächtige Flotte bot, die nicht imstande ist, Paris vor einer Zerstörung zu schützen! Wohl war es den französischen Diplomaten gelungen, die Marokkokrisis mit Hilfe Englands

glücklich unter Dach zu bringen, doch blieb der Gedanke an einen neuen Dreibund in vielen Kreisen unpopulär.

Da waren auch neutrale Staaten! Ich nenne vorerst unsere Schweiz. Als ich in Zürich noch zur Schule ging, sah man bei uns in dem Prinzip des europäischen Gleichgewichtes das einzige Heil für kleine Länder. Denn es ist logisch, dass ein übermächtiger Grossstaat Bissen um Bissen verschlingen kann, und dass er auf Kleine nur Rücksicht nehmen wird, wenn er das Veto anderer Grosser fürchtet. Allmählich aber kam diese Theorie in Misskredit: der seit 1898 im deutschen Nachbarstaate ungeheuer anschwellende Nationalismus färbte auch bei uns ab. Er zeitigte eine gewisse Verbrüderung mit Deutschland und trübte unser Urteil über Charakter und Absichten der Ententeländer. Die Antipathie gegen ihre Bündnispolitik wurde wohl auch gestärkt durch eine seit dem Burenkrieg datierende allgemeine Abneigung gegen England.[1])

Ich nenne Belgien! Hier lag der Fall anders. Ich muss an dieser Stelle wiederholen, dass Belgien auf dem direkten Wege zwischen den Herzen Frankreichs und Deutschlands liegt. Die macchiavellistischen Theorien der deutschen Kriegsliteratur, gelegentliche persönliche Äusserungen, sowie die Menge strategischer Bahnen, die Deutschland gegen Belgien vorschob, bedeuteten dem Lande eine Beunruhigung, sobald die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich verschlimmerten. Es ist daher einleuchtend, dass der belgische Patriot d i e Politik befürworten musste, welche ein deutsch-französisches Bündnis erstrebte

---

[1]) Wir liessen hierbei ausser Acht, dass die von Frankreich und Russland angeregte Intervention zugunsten der Buren an dem Widerstand der deutschen Regierung scheiterte; auch vernahmen wir zu spät, dass der deutsche Kaiser den Engländern einen Feldzugsplan gegen die Buren eingesandt hatte.

(Caillaux). Schon die „Alliance franco-russe" von 1894 durfte in Belgien keine freundliche Aufnahme erwarten, weil sie zu den deutsch-französischen Reibungen die deutsch-russischen hinzufügte. Jede Massnahme aber, die zur Stärkung dieser Allianz dienen sollte — der eventuelle Beitritt Englands, die dreijährige Dienstzeit in Frankreich usw. — erhöhte in Belgien das Missbehagen. Der Belgier kannte die anwachsende Kraft Deutschlands an Reichtum und Menschen; er kannte auch den Drang des deutschen Nachbarn nach Expansion, von welchem der Kanzler gesagt hatte, nichts könne ihn aufhalten! Durch die Ententepolitik (Bündnispolitik) würden aber alle hieraus resultierenden lokalen Konflikte zu europäischen auswachsen, wodurch sie wiederum alle für den belgischen Pufferstaat zur Gefahr geworden wären. Ich wiederhole: aus diesem Grunde konnte Deutschland eine Anzahl belgischer Diplomatenbriefe veröffentlichen, aus denen hervorgeht, dass die Belgier, im Gegensatz zur deutschen Behauptung anlässlich der Neutralitätsverletzung, entschiedene Gegner der Allianzpolitik gewisser Diplomaten der Entente gewesen waren. In diesem Sinne interpretiere ich unter anderen Äusserungen der „Belgischen Aktenstücke" auch die Worte des Gesandten Belgiens in Paris, Baron Guillaume (Belg. Akt. Nr. 110):

> „Wäre ich Franzose, so glaube ich wohl, dass meine Sympathien der von Briand erdachten Gruppierung gehören würden, die im Vergleich zu den jetzigen Zuständen einen Fortschritt bedeuten würde; doch ich bin Belgier und daher gezwungen, die Dinge, die sich vor meinen Augen abspielen, unter einem anderen Gesichtswinkel zu betrachten. Es scheint mir sicher, dass wir mehr Interesse daran hätten, die Politik des Herrn Caillaux — der Radikalen und radikalen Sozialisten erfolgreich zu sehen."

Die Stellungnahme anderer neutraler Staaten zur Ententepolitik ist mir unbekannt; doch darf ich mit Sicherheit annehmen, dass „König Eduard" allenthalben seine Widersacher gehabt haben wird.

2. Der Rückzug.

Denn es traten selbst Engländer auf's Tapet, und nicht gering an Zahl und Bedeutung. Lord Courtney of Pentrit, Lord Newton, Lord Weardale, Lord Rosebery und viele andere Honoratioren! Dazu kam die breite Schicht der Opponenten im Volke! So vernehmen wir aus der Feder des belgischen Gesandten in London, Graf Lalaing, „es ist interessant festzustellen, wie unbeliebt Sir E. Grey bei dem äussersten linken Flügel seiner Partei geworden ist" (Febr. 1912; Belg. Akt. Nr. 89). In demselben Schreiben weist der Gesandte ferner auf die Opposition der „Daily News" hin:

> „Die Zeitung nimmt heute eine Rede Lord Roseberys in Glasgow als Veranlassung zu weiteren Angriffen auf Sir E. Grey. In dieser Rede kritisiert Lord Rosebery die auswärtige Politik Grossbritanniens mit ihrem verwickelten Ententesystem, das schwere Verantwortlichkeiten mit sich bringe. Das Blatt beklagte das Ergebnis der Politik des Ministers, der dem Dreibund den Dreiverband entgegensetze, die Entwicklung Deutschlands behindere und im vergangenen Sommer das Land (England) bis dicht an den Rand des Krieges gebracht habe" (Marokkokrisis).[1])

Andererseits suchten die britischen Pazifisten das englische Volk in bezug auf die deutsche Expansionslust zu beruhigen, welch letztere, infolge des zu späten Erwachens, logischerweise eine Gefährdung gewisser Schlüsselpunkte

---

[1]) Hier wiederhole ich nebenbei meine Auffassung, dass die Gründung grosszügiger Defensivbündnisse nur möglich ist, wenn der Gründer sich auf ein überlegenes Schwert stützen kann (Bismarck-Moltke).

bedeuten würde. Auch deutscherseits geschahen Versuche, den Engländer in Sicherheit zu wiegen. Ich wiederhole als Beispiel die Ansprache des Herrn von Mühlberg, welche dieser Herr in Vertretung des Kanzlers, vor englischen Journalisten hielt (Belg. Akt. Nr. 31):

„... Skeptiker würden dem vielleicht entgegenhalten, die deutsche Armee und Flotte seien gefährliche Instrumente, deren man sich eines Tages zu bedienen versucht sein könnte, um der stetig anwachsenden Bevölkerung Raum zu schaffen. Deutschland habe aber neue Gebiete nicht nötig, wiewohl die Zahl seiner Einwohner sich jährlich um 800,000 bis 900,000 Seelen vermehre, da die Auswanderung unbedeutend geworden sei; es fehle überall an Arbeitskräften für Landwirtschaft und Industrie."

Solche Äusserungen hörte das englische Volk gern; sie klangen anhaltend nach, wenn sie auch im Widerspruch zu anderen, nicht minder wertvollen Offenbarungen stehen. Sie waren wohl geeignet, die Strömung im englischen Volke gegen eine Politik der starken Hand zu unterstützen, zumal da das Volk in einer glücklich überstandenen Krisis zur Überzeugung kam, dass unter Umständen eine straffe präventive Politik die Kriegsgefahr geradezu vermehren kann: durch die Marokkokrisis wurde der europäische Status quo ante am Gibraltar zwar endgültig festgelegt, doch ging Europa damals hart am Kriege vorbei! Das englische Volk wollte die Verantwortung für einen sogenannten „aufgezwungenen Krieg" Deutschlands nicht auf sich nehmen; es war der falschen Verdächtigungen, denen der Engländer auf dem Kontinent so häufig ausgesetzt ist, gründlich satt. Daher „zwang die Volksstimmung", wie Herr von Bethmann zugibt, „die englischen Machthaber zu einer Annäherung an Deutschland". **Somit wurde die Ide weitsichtiger Politiker, die**

Tripelallianz, zum spanischen Luftschloss, und selbst ihr Schatten, die Triple-Entente, krachte in allen Fugen. Sie verlor ihre Wärme zusehends und langte schliesslich, im Juni 1914, auf dem Gefrierpunkt an: England schützte sein zweites Sorgenkind, den Suezkanal, nicht durch den russisch-französischen Rückenschutz, sondern durch das direkte Abkommen mit Deutschland betreffend Vorderasien und Afrika.

Die russischen Hilferufe seit der Einmilliardensteuer seit der Annäherung gewisser bulgarischer Kreise an Österreich während der Balkankriege, und seit der Mission Liman von Sanders blieben von England unbeantwortet, sofern das eben erwähnte deutsch-englische Abkommen nicht als negative Antwort bezeichnet werden darf.

Der aufmerksame Leser findet in den „Belgischen Aktenstücken" trotz der vom deutschen Auswärtigen Amt einseitig getroffenen Wahl der Dokumente genügend Anhaltspunkte, um einzusehen, dass es mit dem in Deutschland so gefürchteten Gespenst der „Ringpolitik" seit 1911 stetig rückwärts ging. Beispiele:

Der sehr deutschfreundlich gesinnte Vertreter Belgiens in Berlin, Baron Greindl, schreibt im März 1911 zu einer Rede Sir E. Grey's, die als Eröffnung der englischen Annäherung an Deutschland bezeichnet werden kann, folgendes:

> „Die Enttäuschung des „Temps" beweist, dass die öffentliche Meinung in Paris in der Rede bedeutend mehr sieht, als in Berlin. Nach der Art zu urteilen, wie die französische Zeitung sich ausspricht, möchte man meinen, dass sie in der Triple-Entente nur noch eine leere Formel ohne Bedeutung erblickt." (Belg. Akt. Nr. 65.)

Im Januar 1912 schreibt Graf Lalaing, der Gesandte Belgiens in London (Belg. Akt. Nr. 87):

„Diese Ereignisse werden von denjenigen englischen Publizisten ausgenutzt werden, die den Wert der Entente cordiale in Zweifel ziehen und deren Zahl jetzt grösser ist als einst (in den letzten Nummern der „Fortnightly" und der „Contemporary Review" erscheinen bereits Artikel in diesem Sinne); sie werden der kleinen Gruppe von Schriftstellern neue Beweismittel liefern, die beweisen wollen, dass es für England vorteilhaft wäre, ohne mit Frankreich zu brechen, freundschaftlichere Beziehungen mit Berlin zu unterhalten."

Derselbe Autor sagt einen Monat später (Belg. Akt. Nr. 88):

„Fest steht, dass das Ziel, das man (in England) im Auge hat, ein friedliches ist. Man möchte die Spannung, die zwischen den beiden Ländern (England und Deutschland) besteht, um jeden Preis vermindern. Dies ist die gegenwärtige Politik des (englischen) Kabinetts und von allen Ministern der Krone ist der Kriegsminister der deutschfreundlichste."

Im nächsten Briefe stellt der Gesandte fest, wie unbeliebt Sir Edward Grey bei seiner Partei geworden war und weist auf entsprechende Presseäusserungen hin.

3. Zerfall.

Dann aber wird das gänzliche Bersten der zur Zeit der Marokkokrisis noch so siegesstolzen Entente vernehmbarer. Baron Beyens, Gesandter Belgiens in Berlin (früher in Bukarest), schreibt am 26. Mai 1913 (Belgische Aktenstücke Nr. 106):

„Jedenfalls kann man — ohne Gefahr zu laufen, sich zu irren — sagen, dass der Besuch des englischen Herrscherpaares in Berlin in den Augen Europas als Bestätigung und Bekräftigung der Annäherung erscheint, die sich ganz unbestreitbar während des Balkankrieges, wo die beiden

Staaten zur Erhaltung des Friedens zusammengearbeitet haben, zwischen Deutschland und England vollzogen hat."[1])

Am 24. April 1914 schreibt derselbe Gesandte (Belg. Akt. Nr. 113):

„Er (Iswolsky) wird sich dort (in England) davon überzeugen können, dass die öffentliche Meinung nichts dafür übrig hat, England seine Aktionsfreiheit durch einen formellen Vertrag einbüssen zu sehen, der sein Schicksal an das Frankreichs und Russlands ketten würde. Es ist seltsam, feststellen zu müssen, dass es die englische radikale Partei ist, die den meisten Widerwillen dagegen empfindet, sich mit Frankreich zu verbünden. Ihre unversöhnliche Richtung und ihr soziales Reformprogramm sollte sie im Gegenteil den französischen Radikalen näher bringen, die auf der anderen Seite des Kanals dasselbe politische Ziel verfolgen. Ihre Sympathien gehören jedoch vornehmlich Deutschland, trotz dessen konservativer und eher reaktionärer Regierung."

Und schliesslich lesen wir eine vielsagende Äusserung des Pariser Gesandten, Baron Guillaume, vom 8. Mai 1914 (Belg. Akt. 115):

„Der Trinkspruch des Königs Georg war übrigens offenkundig weniger herzlich als der des Herrn Poincaré. Welcher Art sind die Verbindlichkeiten, die beide Staaten miteinander verknüpfen? Haben sie eine Militärkonvention geschlossen? Ich weiss es nicht, aber ich vergesse nicht, dass überlegte und ernsthafte Köpfe etwas daran zweifeln, ob Frankreich am Tage eines europäischen Brandes bei den Engländern Hilfe finden würde. Es gibt sogar Leute, die nicht einmal an eine ernsthafte Unterstützung durch England zur See glauben."

Konnte Baron Guillaume seiner Regierung ein besseres

[1]) Dieses deutsch-englische Zusammenarbeiten hat damals wohl den Frieden gerettet, jedoch auf Kosten der Slaven, insbesondere der Serben (vgl. Kap. „Balkanpolitik").

Präludium zu dem einen Monat später (Juni 1914) stattgefundenen deutsch-englischen Vertrag einsenden? Haben nicht die Ereignisse bei Kriegsbeginn gezeigt, dass die Militärkonvention in der Tat nicht bestanden hatte, da Herr Poincaré nach der deutschen Kriegseröffnung ernstlich um die Unterstützung Englands besorgt war?! Also stand es im Sommer 1914 um den Dreiverband recht schlecht, wie uns die von deutscher Seite veröffentlichten „Belg. Aktenstücke" beweisen —; wer aber das Kunststück vollbracht hat, die Tripelallianz trotzdem zu schmieden, und auf welche Weise dieses Kunststück zustande kam, das soll uns der Schluss des Kapitels erläutern!

4. Ein stummer Zeuge.

Vorher will ich den Leser darauf aufmerksam machen, dass die „Belgischen Aktenstücke" neben den genannten positiven Belegen für die Annäherung Englands an Deutschland, auch ein stummes Zeugnis enthalten. Die Briefe sind, um den Eindruck der Vollkommenheit zu erwecken, unverkürzt veröffentlicht worden, jedoch enthält die Brieffolge stellenweise grosse Lücken. Nun würden uns naturgemäss die Briefe des Londoner Gesandten den besten Einblick in den effektiven Stand der Ententepolitik geben, weil der Schwerpunkt der Ententepolitik in dem Verhältnis Englands zu dem Zweibund liegt. Diese Briefe werden aber in den „Aktenstücken" um so seltener, je mehr sich der Zusammenbruch der Ententepolitik aus der Pariser- und Berliner Korrespondenz erkennen lässt. Beweis:

1912	Gesamtzahl der Briefe: 10;	Londoner Briefe:	5
1913	„ „ „ : 13;	„ „ :	3
1914	„ „ „ : 10;	„ „ :	1

In der Tat umgehen die „Aktenstücke" die Stellungnahme Englands zur Ringpolitik in steigendem Masse und befassen sich seit der Balkankrisis fast ausschliesslich mit Frankreich. Hier, wie in Russland, erweckten die deutsche Einmilliardensteuer und die Mission Liman von Sanders opfervolle Gegenmassregeln und riefen daher eine vermehrte Tendenz nach einem Bündnis mit England wach. Während also vor Erledigung der Marokkokrisis, zur Zeit König Eduards, die Idee einer Tripelallianz mehr Anhänger in England als im Zweibund zu haben schien, so war in den letzten Jahren das Verhältnis entschieden umgekehrt. England bremste mit allen Kräften!

5. Weitere Beweise.

Die „Belgischen Aktenstücke" genügen vollkommen, um dem objektiven Neutralen zu beweisen, dass die politische Konstellation vor Kriegsausbruch dem Deutschen Reiche keineswegs bedrohlich war; dass demnach der heutige Weltkrieg kein deutscher Präventivkrieg ist.

Wer aber gewohnt ist, Dokumente aufmerksam zu lesen, der findet in der deutschen Propaganda noch weitere Belege dafür, dass die angebliche Besorgnis der deutschen Regierung wegen einer Bedrohung durch die Ententepolitik in Wahrheit nicht bestehen konnte, und auch nicht bestand. So lesen wir im Kanzlerblatt „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (B. N. v. 6. Aug. 1915):

> „Als im Frühjahr 1914 Verhandlungen über ein afrikanisches Kolonialabkommen zwischen Deutschland und England geführt wurden, fragte der Botschafter Cambon bei Jagow an, ob dadurch französische Rechte verletzt würden. Jagow erwiderte, wenn es französische Rechte tangiert, würde Deutschland Frankreichs Zustimmung einholen. Infolge wiederholter An-

regung Cambons auf ein deutsch-französisches Spezialabkommen zwecks Verbesserung der allgemeinen Beziehungen, wies Jagow nunmehr darauf hin usw. ..."

Dieser Passus der deutschen Propaganda zeigt uns, dass der französische Botschafter Cambon im Frühjahr 1914 anlässlich deutsch-englischer Verhandlungen, eine Verletzung französischer Rechte für möglich hielt. Demnach musste aber auch die deutsche Regierung wissen, dass die französisch-englische Freundschaft nur sehr locker und keineswegs bedrohlich war, eine Tatsache, die sicherlich von den meisten Diplomaten, besonders auch von den deutschen Vertretern in London, Paris und Petersburg, beobachtet worden war.

Dass die Botschaftsberichte der letzteren mit der deutschen Propaganda, und auch mit den Worten des Kanzlers, nicht immer übereinstimmen, beweisen uns die sogenannten „Enthüllungen des Grafen Pourtalès" (deutscher Botschafter in Petersburg).

Ich werde diese eigenartigen Berichte, deren Veröffentlichung inmitten des Krieges offenbar bezwecken, dem russischen Gegner die Wege zu einem Separatfrieden zu ebnen, in einer späteren Arbeit eingehend behandeln. Hier möchte ich nur kurz erklären, dass diese Berichte des deutschen Botschafters die politische Lage zur Zeit der bosnischen Annexionskrise (1909) so darstellen, als ob Russland die Annexion Bosniens durch Österreich leichten Herzens zugegeben, England aber „schon damals" zum Kriege gedrängt hätte. Der uns aus der deutschen Propaganda als „internationaler Mordbrenner" bekannte Herr von Iswolsky erscheint plötzlich als weisses Lämmchen. Und die russische Hofgesellschaft erweist sich als einwandfrei deutschfreundlich und englandfeindlich.

> Beispiel: „Die Ausdrucksweise des englischen Botschafters über die serbischen Ansprüche wurde von den Russen und deren Diplomaten als hetzerisch bezeichnet. Nach einem Diner auf der deutschen Botschaft äusserte sich Nicolson derartig, dass ein Mitglied aus der Umgebung des Zaren bemerkte, Nicolson scheine eine friedliche Lösung des Konfliktes beinahe zu bedauern usw."

Desgleichen behaupten die Berichte, Russland habe sich in der allerwichtigsten Frage von 1909 (Bosnische Annexion) zu einer friedlichen Lösung entschlossen, „ohne sich vorher mit Frankreich und England zu verständigen". Alle diese Behauptungen wären recht schön, wenn sie nur nicht in bedauerlichem Widerspruch zu früheren Worten des Herrn von Bethmann stünden. Denn der Kanzler äusserte sich früher, in seiner Rede vom 2. Dezember 1914, über dieselbe Zeit (1909), wie folgt:

> „Als ich vor fünf Jahren auf diesen Platz berufen wurde, stand dem Dreibund festgefügt die Tripelentente gegenüber ..."

Welchem der beiden sich widersprechenden deutschen Dokumenten soll der Neutrale Glauben schenken? —

Wer die Geschichte jener Zeit gewissenhaft studiert hat, der weiss, dass keines der beiden Dokumente absolut richtig ist! Weder „war die Entente im Jahre 1909 festgefügt", noch „sah Russland leichten Herzens der Annexion Bosniens zu". Die Gefahr der Ententepolitik wurde eben dem deutschen Volke und den Neutralen dort als Schreckgespenst hingestellt, wo es galt, die eigene Kriegseröffnung zu entschuldigen; sie verschwand, sobald der Sieg und somit die Vormacht in Europa durch Separatfrieden mit einem der Gegner erreicht zu sein schien.

6. Deutsche Missgriffe.

Trotzdem steht heute die Tripelallianz so fest gefügt, wie es sich ihre eifrigsten Verteidiger nie hätten träumen lassen! Wie geschah dieses Wunder?

Wir wissen, dass England am 15. Juni 1914 mit Deutschland einen Vertrag zum Schutze seiner Interessen in Vorderasien und in Afrika (Suezkanal) abschloss. Hierdurch trat England als Interessent an den Balkanereignissen zurück, vorausgesetzt, dass es auf diesen Vertrag mit Deutschland bauen konnte. Anderthalb Monate später eröffneten Deutschland und Österreich den Weltkrieg. Hierbei brach Deutschland einen für England wichtigen Vertrag, indem es die Neutralität des deutsch-englischen Pufferstaates Belgien verletzte. Naturgemäss durfte England nach diesem Vertragsbruch auch auf die Innehaltung des Abkommens vom 15. Juni 1914 von Seiten Deutschlands nicht mehr rechnen und musste, so lange es noch Zeit war, zum Schutz eines alten und bewährten Prinzipes zurückkehren: zum Schutz des europäischen Gleichgewichtes. Nur dieses konnte nunmehr dem „Fetzen Papier" zum Recht verhelfen und England Garantie dafür bieten, dass Deutschland den alten Status quo in der südlichen Türkei bei passender Gelegenheit nicht breche!

Und ferner! Als die deutsche Regierung vor Kriegsausbruch sich der Neutralität Englands versichern wollte, bat Herr von Bethmann den englischen Gesandten zu sich und garantierte ihm, sofern England neutral bleibe, die Integrität Frankreichs. Auf die Frage des Gesandten, ob diese Integrität sich auch auf die französischen Kolonien beziehe, entgegnete der Kanzler, dass er eine diesbezügliche Versicherung nicht geben könne. Hierdurch hat Herr von

Bethmann den alten Marokkokonflikt wieder aufgeworfen; er traf England an der empfindlichsten Stelle und zwang es somit zur aktiven Teilnahme am Weltkrieg. Gewiss wäre die englische Intervention vielleicht auch ohne diese Vorfälle erfolgt — denn die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes ist für England ein Lebensinteresse — doch ersparte das Vorgehen Deutschlands der Londoner Regierung einen unliebsamen und sehr unsicheren Kampf mit dem allmächtigen englischen Parlament. Es bleibt denn auch sehr fraglich, ob die rein doktrinären politischen Momente (Interesse Englands am europäischen Gleichgewicht) genügt hätten, um das aktive Eingreifen Englands in seinen Parlamenten rechtzeitig populär zu machen.

Nun aber war der Ring um Deutschland geschlossen! Dasselbe Deutschland, das sich heute Mühe gibt, seinen Weltkrieg durch das Schreckgespenst der „Einkreisungspolitik" zu entschuldigen, hat den Ring von der ersten Arbeit bis zur letzten alleine geschmiedet: Herr von Bülow traf die vorbereitenden Arbeiten (1898, 1899, 1905, 1908) und Herr von Bethmann schmiedete den Reif zusammen (1914). Wer nur die neueste Weltgeschichte ernsthaft und unparteiisch durchstudiert, der kommt zu dieser unumstösslichen Erkenntnis!

7. Schlussfolgerung.

Der von Deutschland eröffnete und von der amtlichen deutschen Propaganda als Defensivkrieg hingestellte Weltkrieg 1914 ist entgegen der Behauptung deutscher Intellektueller kein Präventivkrieg, weil keinerlei Deutschland gefährdende Momente zur Zeit der Kriegseröffnung vorhanden waren. Trotzdem die Nachbarn Deutschlands zu einer Erweiterung des alten Zweibundes mindestens dasselbe Recht

gehabt hätten, wie seinerzeit Bismarck zur Gründung des Dreibundes, so bestand diese an und für sich berechtigte Erweiterung effektiv in keiner bindenden, Deutschland bedrohenden Form. Es wäre auch, infolge der Opposition Englands, zu einer solchen nicht gekommen. An dieser Tatsache ändert die Feststellung nichts, dass infolge gemeinsamer englisch-französischer Interessen zur Erhaltung des maritimen Status quo eine Annäherung Englands an Frankreich während der Marokkokrisis natürlichermassen bestanden hatte, und dass diese Annäherung daraufhin in absolut unverbindlicher Form, welche die Kraft Bismarck'scher Bündnisse bei weitem nicht erreichte, für die Zukunft festgelegt wurde. Ebenso wird die Tatsache dadurch nicht beeinflusst, dass der weitblickende König Eduard aller Wahrscheinlichkeit nach persönlich ein Freund der Bündnispolitik gewesen war. Deutschland eröffnete den Weltkrieg nachweisbar zu einer Zeit, da es mit grosser Sicherheit auf die Neutralität Englands glaubte rechnen zu dürfen. Nur Deutschlands Begehrlichkeit nach den französischen Kolonien und seine Hoffnungen auf einen militärischen Nutzen aus der belgischen Neutralitätsverletzung zwangen England zur Aktivität.

Sechstes **Kapitel**

BALKANPOLITIK

I. „Berlin—Bagdad".

Seit der russischen Niederlage in den Karpathen im Jahre 1915 und dem hierauf erfolgten offenen Anschluss Bulgariens an die Zentralmächte ist der „Berlin—Bagdad Block" ein geistiges Gemeingut aller deutschen Publizisten geworden. Trotzdem ist der deutsch-österreichische Gedanke an eine wirtschaftspolitische Einigung mit der Türkei, über den Balkan hinweg, weit älter als der Weltkrieg. Muss doch der durch seine deutschfreundlichen Schriften bekannte Historiker Dr. Bächtold (Universitätsprofessor in Basel), in einem zu Anfang des Weltkrieges erschienen, prodeutschen Verteidigungsversuch folgendes zugeben:

„. . . Die Inauguration der weltpolitischen Phase des deutschen Reiches in den neunziger Jahren fand, abgesehen von der Flottenpolitik, ihren für England beunruhigendsten Ausdruck in dem Verhältnis zu den Mohamedanerländern im allgemeinen und zur Türkei im besondern, wie es der Welt weithin zum Bewusstsein gebracht wurde durch die Orientreise des deutschen Kaisers; zur Türkei, speziell der asiatischen, die von Deutschland nicht als Objekt politischer Okkupation, sondern als grosses Zukunftsfeld wirtschafts- und kulturkolonisatorischer Betätigung ins Auge gefasst wurde. Es handelt sich um die Konsolidierung und Regenerierung des türkischen Staates und Staatsgebietes — **militärisch, administrativ, wirtschaftlich, finanziell usw. — mit wesentlich deutschen Mitteln.** Das Ziel dieser Po-

litik im einzelnen und die Art ihrer Durchführung nimmt in den Köpfen der deutschen Politiker verschiedene Formen an.“ (B. N.)

Bächtold führt dann einzelne grosse Züge auf, z. B. das Eisenbahnproblem (Bagdadbahn und Anatolische Bahn), die Kolonisierung der Euphrat- und Tigrisgebiete und fährt dann fort:

„Diese Bestrebungen liegen in einem grossen geographisch-politischen Zusammenhang. Es hat sich immer deutlicher und schärfer als ein wesentliches Ziel weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Betätigung Deutschlands und Österreichs die Vorstellung einer von der Nordsee bis zum persischen Meerbusen, also bis zum Indischen Ozean reichenden Zone herausgebildet, die Einigung der hier liegenden mitteleuropäischen Reiche **über befreundete Balkanstaaten hinweg** mit der Türkei zu einem mächtigen Gebiet wirtschaftlicher Ergänzung, **vielleicht auch wirtschaftlicher Einigung, verkehrspolitischen Zusammenhangs (Berlin—Bagdad) und politischer Verbündung, von der Elbe bis zum Euphrat.**“

So sprach der Verteidiger deutscher Politik über deren Bestrebungen vor dem Kriegsausbruch. So sprach er zu einer Zeit, da in Bulgarien die russenfreundliche Partei Genadiew die Ausführung der deutschen Ideen noch in Frage stellte, Bulgarien also noch neutral war. So musste er sprechen; denn seine Behauptungen waren schon vor Kriegsausbruch durch deutsche Presseäusserungen und in Büchern belegt.

Beispielsweise: in seinem sensationellen Buch „Der Kronprinz“ schrieb Liman im Winter 1913/14: „Auch der Südosten Europas (Balkan), **nach dem wir heute in steter Hoffnung blicken,** gewinnt neue Gestalt usw. (Veränderungen als Folge der Balkankriege.)

Die Feststellung der deutsch-österreichischen Tendenz nach dem nahen Orient — vor Kriegsausbruch — ist

aber wichtig, trotzdem die neueste Propaganda der Zentralmächte hierüber schweigt. Denn diese Tendenz gab der gesamten internationalen Balkanpolitik seit 1908 den Unterton.

2. Südrussland — Mittelmeer.

Die Schliessung der Dardanellen durch die Türkei erweckte in Russland den alten Wunsch nach dem Besitz der Meerengen zu neuem Leben. Erfuhr der Russe doch zu seinem eigenen Nachteil, wie recht jene Politiker gehabt hatten, die in vergangenen Zeiten auf den strategischen Wert der Dardanellen im Kriegsfalle hingewiesen hatten. Ein Hinweis, der jedoch an dem steten, entschiedenen Veto fast ganz Europas zerschellte und daher schliesslich in Vergessenheit geriet!

Beleg: In der gesamten, gewaltigen deutschen Propaganda finden wir nicht einen einzigen Beweis dafür, dass die „heisse Sehnsucht" der Russen nach dem Besitz der Dardanellen in den letzten Dezennien (vor der deutschen Mission Liman von Sanders) irgendwie zum Ausdruck gekommen wäre.

Trotzdem liegt die Wiege der russischen Religion, die Agia Sophia, in Konstantinopel; sie erscheint dem Russen so wertvoll, wie dem Katholiken die Peterskirche. Mehr noch: die grösste Ausfuhr Südrusslands geht über diese Stadt. Wenn wir nun in Betracht ziehen, dass ein gewaltiges Bahnnetz, die ganzen Hafenanlagen des Schwarzen Meeres sowie die russische Handelsflotte, durch den Schlüssel der Meerengen jederzeit mehr oder weniger abgedreht werden können, dass demnach viele Hunderte von Millionen Rubel und das materielle Wohlergehen von Millionen Menschen in fremden Händen liegen, so erscheinen die Wünsche der alten Russen begreiflich. Ist doch ein mächtiger Besitzer der Meerengen

imstande, einen der wichtigsten Lebensnerven im inneren Leibe Russlands zu durchschneiden. Daher mussten auch die jüngeren Politiker Russlands, welche bis zu Kriegsbeginn die Besitzergreifung Konstantinopels als eine zu hohe Frucht erachteten, dennoch über jede Machtverschiebung an den Dardanellen eifrig wachen. Es musste ihnen daran gelegen sein, dass die Meerengen, wenn nicht schon in eigenen, so doch in möglichst schwachen fremden Händen liegen. Die grösste Gefahr drohte ihnen durch die deutsch-österreichische Orientpolitik, welche den Handel Südrusslands in die Abhängigkeit von dem mächtigen Berlin—Bagdader-Block bringen würde. Daher waren die Russen bis zu einem hohen Grade an den Balkanereignissen interessiert und mussten jede Veränderung des Status quo zugunsten der Zentralmächte (Vergewaltigung Serbiens im Jahre 1914) so weit wie irgend möglich zu verhindern suchen.

3. England.

Auch England sah mit Unruhe den deutschen Einfluss in der Türkei wachsen. Es fühlte sich durch die mitteleuropäische Blockpolitik in seinen Interessen am persischen Golf und am Suezkanal bedroht. Doch während die deutschen und die russischen Interessen sich in ein- und demselben Punkte kreuzten (Konstantinopel), wodurch die Lage eben kritisch wurde, ging das Trachten Deutschlands für's Erste mehr nach den nördlichen, dasjenige Englands mehr nach den südlichen Gebieten der Türkei. Daher kam es, anderthalb Monate vor Kriegsausbruch, zwischen Deutschland und England zu einer Verständigung über die beidseitigen Interessensphären in Afrika und Kleinasien.

4. Der Balkanbund.

Im Jahre 1912 vereinigten sich die Kleinstaaten des Balkans zu einem Bund und drängten die Grenzen der europäischen Türkei gegen Konstantinopel zurück. Die Propaganda der Zentralmächte vermutet hinter diesem Bündnis Ententepolitik:

> Agence Ottomane: „England bereitete mit Hilfe der Brüder Buxton und anderer die Vereinigung der Balkanstaaten vor und entfaltete nach Beendigung des Krieges allen Eifer, um die Abtretung aller Gebiete der europäischen Türkei an die Balkanstaaten zu sichern."
>
> Prof. Bächtold: „Es ist keine Frage, dass hinter dem Balkanbunde auch Ententepolitik, insbesondere russische Politik, gestanden hat."

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die englische Regierung früher, zur Zeit König Edwards, an eine Sicherung des Suezkanals durch einen gestärkten Balkan gedacht hatte. Doch ist die angebliche Agitation der Gebrüder Buxton nicht massgebender als beispielsweise diejenige reichsdeutscher Angehöriger in Marokko (Mannesmann usw.). Die spätere Haltung der englischen Regierung lässt die Vermutung eines englischen Ansporns zur Gründung des Bundes fraglich erscheinen.

Dagegen dürfte Russland, das ein dringendes Interesse an einer Schutzwehr gegen die deutsch-österreichische Orientpolitik hatte, das Bündnis protegiert haben. Denn ein geeinigter Balkan hätte den Gedanken an den Berlin—Bagdader Block im Keime ersticken müssen. Und wenn auch Russland im Jahre 1909 Serbien bewogen hatte, die Annexion Bosniens anzuerkennen, so musste ihm dennoch daran gelegen sein, dass einem weiteren Eindringen der germanischen Macht in slavische Gebiete endgültig ein Riegel vor-

geschoben werde. Österreich erklärte sich allerdings nach der Annexion Bosniens „saturiert"; aber die alldeutsche Propaganda behauptete stets, dass solche Äusserungen nur „für den Moment berechnet" seien (z. B. Liman).

Im Gegensatz zu den Bismarck'schen Saturitätserklärungen äussert sich Bethmann-Hollweg klipp und klar (1911): „Die Expansion Deutschlands ist eine Tatsache, mit der die andern Nationen rechnen müssen; nichts kann sie aufhalten."

Nötig war jedoch auch Russlands Ansporn nicht. Denn die deutsche Expansionslust, die während und nach der Marokkokrisis mit steigender Selbstverständlichkeit zutage trat, ferner auch das deutsch-österreichische Bruderverhältnis, welches die Annexion Bosniens durchzwang, und schliesslich die rasselnde deutsche Kriegspartei, waren für die Balkanstaaten eine offene Bedrohung.

Beleg der Kriegspartei — Prof. Hans Delbrück: „Hätten wir, sei es 1908 oder 1911 oder wann sonst, **denn unsere Heisssporne haben das ja schon wer weiss wie lange gefordert,** einen Präventivkrieg geführt usw." (Voss. Ztg. August 1914; ferner „Das grössere Deutschland" vom 19. September 1914.)

Gesinnung des Kaisers — Der alldeutsch orientierte Baron Greindl schreibt schon 1905: „Aus sicherer Quelle erfahre ich, dass seine Majestät kürzlich in einer Privatunterhaltung Ansichten äusserte, die im schroffen Gegensatz zu den Friedensgedanken stehen, die man bei ihm bis jetzt angenommen hatte." (Belg. Akt. Nr. 9.)[1])

[1]) Wenn es 1905 — Tangerfahrt — trotzdem nicht zum Kriege kam, so geschah dies:

1. weil die imperialistische Mentalität des deutschen Volkes hierzu damals noch nicht reif genug erschien;
2. weil der zu langsame Rücktransport der russischen Truppen nach dem japanischen Kriege und die Schwächung Russlands durch die Revolution es der deutschen Kriegspartei damals verunmöglichten, den Krieg durch einen vorgetäuschten Überfall populär zu gestalten;

Der wirtschaftliche Expansionsgedanke, sowie auch die präventive, strategische Sicherung wiesen nach dem „einzig noch offenstehenden Ausfalltor", dem Weg nach Bagdad hin; war es da zu verwundern, wenn sich die Kleinstaaten des Balkans in einem Bunde zu schützen suchten?

5. Unbegründete Sorgen.

Der Bund war wohl begründet. Trotzdem ist er auseinandergefallen, und zwar, wie der germanophile Dr. Bächtold zugibt, nicht ohne österreichisches Dazutun. Bächtold sucht die österreichische Handlungsweise zu rechtfertigen, indem er feststellt, dass „nachdem nun die Ablösung der Balkanstaaten von der Türkei zu Ende gediehen war, sich diese Staaten mit einer gewissen Folgerichtigkeit gegen Österreich wenden mussten!" Österreichs private Propaganda geht noch weiter:

> „Russland wollte den ganzen Balkan gegen uns hetzen; Russland hat gehofft alle Staaten des Südostens, auch Rumänien gegen Österreich aufwiegeln zu können u. a. m."

Belege zu diesen Behauptungen fehlen jedoch überall! Auch das deutsche Weissbuch verkündet, ohne jegliche Begründung für Russlands aggressive Absichten, folgenden Gedankengang:

> „Die russische Idee war, dass Serbien gegen die auf Kosten der Donaumonarchie gehende Einverleibung Bosniens und der Herzegowina die im letzten Balkankrieg erworbenen Teile Mazedoniens an Bulgarien abtreten sollte. Zu diesem Behufe sollte Bulgarien durch Isolierung mürbe gemacht, Rumänien durch eine mit Hilfe Frankreichs unternommene Propaganda an Russland gekettet, Serbien auf Bosnien und die Herzegowina gewiesen werden usw."

3. weil Deutschland auf der folgenden Algeciras-Konferenz auch ohne kriegerisches Einschreiten einen vollen diplomatischen Erfolg davon getragen hatte.

Es ist möglich, dass diese „Idee" als Defensivgedanke schon 1913 bei russischen Politikern zu treffen war. An bedrohlichen Symptomen für Russland fehlte es, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden, wahrlich nicht! Dagegen boten die serbischen und rumänischen Gebiete Österreichs den Russen ein gutes Unterpfand zur Wiedervereinigung des zerstörten Balkanbundes, falls die Zentralmächte ihre Orientpolitik gewalttätig durchführen wollten. Nach einem Beweis dafür, dass Russland beabsichtigte, sein gutes Pfand aggressiv zu missbrauchen, suchen wii in der prodeutschen Propaganda umsonst. Im Gegenteil: ein amtliches österreichisches Mémoire vom 29. Juli 1914 gibt sein Erstaunen über den russischen Protest gegen das schroffe österreichische Ultimatum an Serbien kund und weist auf das bisherige gute Einvernehmen mit Russland hin. (B. N. 61.) Da es im ferneren Russland der subversiven Propaganda in Serbien, lediglich auf diesen Protest hin, verdächtigt, gibt es zwar indirekt, doch einwandfrei zu, dass wirkliche Beweise fehlen!

Auch das deutscherseits vorgebrachte Argument, „durch die Annäherung des Balkans an die Ententemächte werde der Ring König Eduards geschlossen und die Angriffslust der Ententemächte infolge Isolierung Deutschlands gesteigert", ist insofern unrichtig, als die Kraft der Isolierung nicht im Balkan, sondern in der englischen Flotte liegt. Nun trat aber der Balkanbund erst in sichtbare Aktion (Oktober 1912), nachdem das Absterben der Ententepolitik in England längst hatte konstatiert werden können (vgl. S. 60; Rede Greys März 1911). Somit war das Hauptwerkzeug der Isolierung — die englische Flotte — dem Zweibunde zu problematisch, als dass er nicht berechtigt gewesen wäre, neue Schultern für ein Mittragen

der immer zunehmenden Rüstungslasten zu suchen.

6. Zuspitzung der Blockpolitik.

Das Jahr 1913 brachte der deutsch-österreichischen Orientpolitik ungeahnte Erfolge. Es gelang Österreich zeitweise, im Rücken Serbiens zwei Freundesburgen zu erbauen: Bulgarien und Albanien. Desgleichen wurden die deutsch-türkischen Beziehungen durch die Mission Liman von Sanders in bisher nie gesehener Weise geschürt und besiegelt. Endlich brachte die deutsche Einmilliardensteuer den Zentralmächten die Möglichkeit, ihre Aspirationen, so erwünscht, bei dem ersten geeigneten Anlass gewalttätig durchzuführen.

Albanien. Auf Veranlassung der Zentralmächte entstand das autonome Albanien mit deutschem Fürstenhaus. Serbien und Griechenland mussten hierzu neueroberte Gebiete abtreten. Allerdings trafen die österreichischen Erwartungen bezüglich Albaniens nicht in vollem Umfang ein, da der Fürst bald abdanken musste.

Bulgarien. Glücklicher waren die Zentralmächte mit ihren Erfolgen in Bulgarien. Es ist bekannt, dass Russland für die nationale Einheit dieses Staates eintrat, als es ihn im Jahre 1878 gründete. Österreich aber erachtete damals die Schaffung eines Gross-Bulgariens als bedrohlich, weshalb dessen Gebiete bedeutend reduziert wurden. Auffallenderweise befürwortete nun gerade Österreich im Jahre 1913 die bulgarischen Aspirationen nach nationaler Einheit. Russland dagegen, dem das Schiedsrichteramt anvertraut worden war, erklärte sich auf dem Friedenskongress von Bukarest für ein Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan. Es fand die Anwendung des Nationalitätenprinzips für Bulgarien ungerecht, solange dieses Prin-

zip nicht auch für Rumänien und Serbien in Anwendung gebracht werden konnte. Da sieben Millionen Serben unter österreichischem Zepter stehen, fand es der Schiedsrichter gerecht, den Serben eine Million Bulgaren zuzuteilen. Desgleichen war er der Ansicht, dass bei Koalitionen die Beute den kriegerischen Erfolgen der einzelnen Glieder nicht absolut entsprechen müsse, und dass Bulgarien infolge seiner übermässigen, angeblich durch Österreich geschürten Ansprüche, teilweise selbst an der Verringerung der Beute Schuld war (Rückgewinnung Adrianopels durch die Türken). So entstand zwischen Bulgarien und Russland eine Disharmonie, welche Österreich geschickt auszunutzen wusste, um im Zentrum des Balkans, anschliessend an die Türkei, sich Freunde zu schaffen. (Besuche des österreichischen Thronfolgers im bulgarischen Hauptquartier und König Ferdinands in Wien, 1913.)

Türkei. Während die Mission von der Goltz-Pascha lediglich instruktiven Zielen gedient hatte, bezweckte die Mission Liman von Sanders im Herbst 1913 die Besetzung der höchsten türkischen Militärposten durch deutsche Offiziere. Der aussergewöhnliche Charakter dieser Massnahme, der bereits an Kriegszustand erinnert, musste Russland äusserst beunruhigen. Als logische Folge trat in Petersburg eine vermehrte Tendenz nach einer Annäherung an England ein, und Russland traf im Vorgefühl des kommenden Krieges präventive Massnahmen (Winter 1913/14: Verstärkung der polnischen Festungen, Verlegung aktiver Truppenbestände nach Westen usw.). Zu diesen Massnahmen war es umso mehr berechtigt, als die

Deutsche Einmilliarden-Steuer (Beschluss Sommer 1913) die Zentralmächte in aussergewöhnliche Kriegsbereitschaft versetzte, während Russland durch seine sehr langsame Mobilisation benachteiligt war. Jeder Fried-

liebende wird diese horrende Anleihe, trotzdem sie durch die Entstehung des Balkanbundes motiviert erschien, als übereilt, unbegründet und gefahrbringend bezeichnen:

Übereilt; denn gleichzeitig mit ihrem Beschluss ging der Balkanbund in die Brüche; fast gleichzeitig zeigte Russland sein Entgegenkommen in der albanischen Frage und entstand die Kluft zwischen ihm und seinem Schützling Bulgarien.

Unbegründet; da der aggressive Charakter des Balkanbundes äusserst unwahrscheinlich und keineswegs erwiesen war. Deutschland war in seiner Rüstung der Gegengruppe um vieles voraus, denn trotzdem erst ein Drittel der Anleihe kurz vor Kriegsbeginn eingezahlt worden war, erwies sich die deutsche Ausrüstung als vollkommen perfekt und der Gegengruppe weit überlegen. Die Anleihe war zwecklos, sofern sie nicht einem raschen Austrag dienen sollte, weil die Gegengruppe imstande war, eine entsprechende Nachrüstung vorzunehmen.

Gefahrbringend; da sie durch ihre unerhörte Grösse provozierend wirken musste, den Nationalismus in ganz Europa stärkte und den Hass der Gegengruppe schürte.

7. Russischer Hilferuf.

Die Wendung der Konstellation auf dem Balkan im Jahre 1913 erregte — wie schon gesagt — in Russland begreiflicherweise Besorgnisse, die u. a. in der Presse deutlich zum Ausdruck kamen. So schrieb die offiziöse „Nowoje Wrjemja“:

„Ist es Russland wünschenswert, dass sein traditionneller Freund Deutschland, an unserer Ostfront bis an die Zähne bewaffnet, diese Front bis zum Schwarzen Meere ausdehnt, indem er seinen diplomatischen Einfluss am Bosporus in eine wirkliche Macht über die Meerengen umändert? Was macht die Sänger-Brücke? Wie betrachtet Frankreich diesen neuen Umschwung in Konstantinopel? Und England, das im Jahre 1878 die türkische Hauptstadt so eifer-

süchtig bewachte, warum scheint es heute zu schweigen, wo es sich um das Schicksal des ganzen Türkenreiches handelt?

Dass solche Hilferufe Russlands nicht unbegründet waren, beweist uns Deutschland indirekt durch seine „Belgischen Aktenstücke". Denn es ist ausserordentlich verdächtig, dass das deutsche Auswärtige Amt zur Rechtfertigung des Weltkrieges die Berliner-, Londoner- und Pariserkorrespondenz der Belgier teilweise veröffentlichte, während es die Wiener und Petersburger Briefe, die uns Einblick in die Balkanereignisse hätten geben können, gänzlich weglässt. Dieses Manko ist um so auffallender, als die Klärung der Balkanverhältnisse gerade für die Schuldfrage des Weltkrieges von höchster Wichtigkeit ist, und als andererseits die Petersburger Briefe zur Beurteilung der Ententepolitik denselben Wert hätten, wie etwa die Pariser. War das neutrale Urteil der Belgier über die Balkanereignisse dem Deutschen unbequem?!

SIEBENTES KAPITEL

WIE ÖSTERREICH ZU BOSNIEN KAM

1. Türkische Bedrückung.

Die Bestrebungen der Serben nach nationaler Einigung reichen sehr weit zurück. Lange bevor Bosnien und die Herzegowina Österreich zur Verwaltung anvertraut wurden (1878), bestand in Budapest ein serbisch-nationaler Verein, über den wir im Brockhaus folgendes lesen:

> Omladîna (serb., „Jugend", „Nachwuchs"), serb. Verein, der von serb. Studenten in Budapest begründet wurde, um eine kulturelle, literarische und politische Bewegung zur Einigung des serbischen Volkes einzuleiten. Der Verein, der jährlich an verschiedenen Orten Kongresse abhielt, erhielt 1866 auf der Versammlung in Neusatz eine festere Gestaltung; er hatte auch Mitglieder im Fürstentum Serbien und wurde selbst vom Fürsten Michael unterstützt, von ihm aber bald aufgegeben, da die Omladina ohne Rücksicht auf wirkliche Verhältnisse und Bedürfnisse undurchführbare Ideen verfolgte und schliesslich die Opposition in Serbien unterstützte. In Ungarn stand die Omladina an der Spitze der serbischen Opposition gegen den Dualismus und wurde deshalb 1871 von den ungarischen Behörden aufgelöst.

Die schwache Seite der „Omladina" waren ihre „ohne Rücksicht auf wirkliche Verhältnisse und Bedürfnisse undurchführbaren Ideen". Im Grunde aber — vom nationalen Standpunkt aus betrachtet — waren diese Ideen nicht weniger berechtigt, als die Bestrebungen Bismarcks

zur Einigung des deutschen Volkes oder die heutigen Bestrebungen der Bulgaren. Wenn man Bismarck das Recht geben will, gewisse von Ludwig XIV. eroberte deutsche Volksteile zurückzuerobern (und bei diesem Anlass 373 rein französische Gemeinden mitzunehmen), so darf man auch die alte serbische Bestrebung nach Rückeroberung national-serbischer Gebiete nicht verurteilen. Der Serbenfürst musste aber die „Omladina" verwerfen; denn die Kräfte, welche ihm zur Verfügung standen, waren zur Erfüllung der Wünsche seiner Stürmer und Dränger zu gering. Trotzdem sorgte die Türkei durch ihre barbarischen Massnahmen dafür, dass die nationalen Gefühle der Serben stets frisch geschürt wurden und 1875/76 bot sie diesen Gelegenheit zu einem Versuche, echt serbisches Kernland zu befreien. In diesen Gebieten brach ein Aufstand gegen die türkische Herrschaft aus, worüber wir in Beckers „Weltgeschichte",[1]) Band 12, S. 193 folgendes lesen:

> „Die Bewohner der Herzegowina und einiger Distrikte von Bosnien ergriffen am 6. Juli 1875 die Waffen, durch die Erpressungen, Plünderungen und Mordtaten, welche an den Christen verübt und von den Behörden nicht gestraft wurden, zur Verzweiflung gebracht. Sie erhielten von den stammverwandten Nachbarn in Serbien und Montenegro heimliche Unterstützung. Es gelang den Türken nicht, des Aufstandes in dem gebirgigen Terrain Meister zu werden."

Im nächsten Jahre brach auch in dem damals der Türkei gehörenden Bulgarien der Aufstand aus. Darüber schreibt das erwähnte Geschichtswerk (Band 12, S. 195):

> „Bulgarien, wo am 1. Mai 1876 ein Aufstand ausgebrochen war, wurde durch die kannibalischen Baschi-

---

[1]) Ein populär und sehr preussenfreundlich geschriebenes Werk, das ich in meiner Schulzeit gierig verschlang. (Der Autor.)

Bozuks und Tscherkessen unter den fürchterlichsten, an Männern, Weibern und Kindern verübten Greueln verwüstet. Etwa 15,000 Menschen, meist Weiber und Kinder, wurden ermordet. Das Gemetzel in Batak am 12. Mai, in Klissura und anderen Orten gehört zum grässlichsten, was man kennt. Hunderte von bulgarischen Mädchen wurden in den Strassen von Philippopel und in anderen Städten zum Verkauf ausgeboten, junge Frauen in die türkischen Harems geschleppt, reiche Kaufleute, Geistliche und Lehrer massenhaft aufgegriffen und sofort ermordet oder in Kerker geworfen. Und die Regierung in Konstantinopel zeichnete die Führer dieser Raub- und Mordbuben durch Verleihung von Orden und hohen Ämtern aus.

Zwei Monate später erklärten Serbien und Montenegro der Türkei den Krieg, während die christlichen Grossmächte keinen Blutstropfen wagten. Die einzige Unterstützung bestand in russischen Freiwilligen. Becker schreibt hierüber, Bd. 12, S. 195:

> „Während in Bosnien und der Herzegowina der Aufstand noch fortdauerte, kündigten am 2. Juli 1876 Serbien und Montenegro der Pforte den Krieg an. Diese beiden Staaten konnten sich der offensichtigen Unterstützung der Aufständischen nicht mehr entziehen, beanspruchten für Bosnien die Vereinigung mit Serbien, für die Herzegowina die mit Montenegro und rückten in's Feld mit der Hoffnung, durch ihr kriegerisches Vorgehen alle christlichen Provinzen und das Königreich Griechenland zu einer gemeinsamen Bekämpfung der türkischen Herrschaft zu veranlassen."

2. Der russisch-türkische Krieg.

Die Serben fanden jedoch von keiner Seite Unterstützung und wurden geschlagen. Vergebens bemühte sich die russische Regierung, die Augen Europas auf die unerhörte Lage der Südslaven zu lenken. In England bestand zwar eine Partei unter der Führung Gladstones, welche

zugunsten der Südslaven in Versammlungen und Flugschriften heftig propagandierte. Das Kabinet Disraeli aber befürchtete bei „wirksameren Massregeln" eine zu grosse Schwächung der Türkei und beharrte bei der alten Politik Englands, über das Schicksal des Osmanenreiches möglichst zu wachen. (Hatte sich doch England ein Jahr zuvor durch Ankauf der Suezkanalaktien seinen direkten Seeweg nach Indien gesichert; es fühlte sich nun in dieser Neuordnung durch ein — selbst temporäres — Einschreiten der Mächte mehr bedroht, als wenn die Dinge beim Alten blieben.) Auch Deutschland war zu einem aktiven Eingreifen nicht zu bewegen; Bismarck fand die Balkanfrage „nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert". Selbst Österreich lehnte Russlands Vorschlag zu einer gemeinsamen Aktion ab:

> „Vergebens machte Kaiser Alexander den Vorschlag, durch eine gemeinsame österreichisch-russische Besetzung der Balkanländer und eine gleichzeitige englische Flottendemonstration vor Konstantinopel, den pazifikatorischen Arbeiten Nachdruck zu geben; weder Andrassy (Österreich) noch Lord Beaconsfield (England) wollten über eine diplomatische Intervention hinausgehen. Sollte aber Zar Alexander ruhig zuschauen, wie Serbien „ekrasiert", Bosnien und Herzegowina in ein Totenfeld verwandelt, die bulgarischen Christen hingemordet würden? Sollte er den Schmerzensschrei überhören, der von den Donauländern zu ihm schallte, den Hilferuf unbeachtet lassen, den Milan in seiner Angst und Verzweiflung an ihn richtete? (Weltgeschichte von Dr. Georg Weber, Bd. 15, zweite Abteilung, S. 1251.)

Russland intervenierte und rettete den Serben einen verhältnismässig günstigen Frieden. Inzwischen kämpfte das Bergvolk der Montenegriner, das über die Türken einige Erfolge errungen hatte, weiter. Ebenso verharrte die Türkei, was die Ausführung versprochener Reformen

betraf, in ihrer ausweichenden Politik (Verfassungskomödie in Konstantinopel; s. z. B. Weber, S. 1265). Da entschloss sich Russland, nachdem es sich die Neutralität der anderen Grossmächte gesichert hatte, allein vorzugehen. In dem nun folgenden russisch-türkischen Kriege (1877/78) leisteten die Rumänen späterhin den Slaven rühmlichen Beistand. Doch gelang es erst nach sehr schweren und verlustreichen Kämpfen und durch Heranziehung bedeutender Verstärkungen, die Türken zu besiegen. Als die Russen schliesslich vor Konstantinopel standen, hielt England die Expedition für erfüllt und intervenierte. Da es sich durch diesen Eingriff in eine gewisse Gefahr begab, erhielt es von der Türkei in einem Sonderabkommen die Insel Cypern. (Nicht auf dem Berliner Kongress! Vgl. Webers „Weltgeschichte", Bd. 15, Tl. 2, S. 1268.) Es kam zum Frieden von San Stefano mit folgenden Bedingungen:

„Die Türkei erkannte die völlige Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros an, gestand die Bildung eines autonomen, jedoch tributpflichtigen Fürstentums Bulgarien zu, das 5 Millionen Einwohner umfasste und von der Donau bis zum Ägäischen Meere sich erstreckte, und trat in Armenien die Festungen Ardahan, Kars und Bajazid und den Hafenort Batum ab. Rumänien sollte den 1856 von Russland abgetretenen Teil Bessarabiens an dasselbe zurückgeben und dafür die untere Dobrutscha erhalten." (Becker's Weltgeschichte, Bd. 12, S. 202.) Ferner:

„Serbien wird durch Altserbien mit Nisch und Sjenica vergrössert, Rumänien erhält von der Türkei eine Entschädigung für die aufgewendeten Kriegskosten. Kreta, Thessalien, Epirus, Bosnien und die Herzegowina erhalten durch eine europäische Kommission die erforderlichen Reformen der inneren Verwaltung, deren Ausführung von Seiten der Mächte dauernd überwacht wird." (Brockhaus: San Stefano.)[1]

---

[1]) Die meisten deutschen Geschichtswerke, insbesondere die populären, reduzieren die serbischen Erfolge von San Stefano in tendenziöser

Uns interessiert an dieser Stelle in erster Linie der Gewinn Serbiens, der, wie wir konstatieren können, trotz des vorzeitigen Friedensschlusses infolge Englands Intervention, nicht ungünstig war: neben einer ansehnlichen territorialen Vergrösserung durch historische Gebiete erzwangen die Sieger Garantien zum Schutz der bosnischen Bevölkerung vor türkischen Übergriffen durch eine dauernde Überwachung der Mächte.

> Dr. Georg Weber: „Bosnien und die Herzegowina sollten eine autonome Administration erhalten mit Reformen unter Garantie der Mächte." (Weltgeschichte Bd. 15, Teil 2, S. 1264.)

Die Abmachungen von San Stefano erregten aber den Protest Englands und Österreichs.

Schon während der russisch-türkischen Verhandlungen, die zum Vertrag von San Stefano führten, nahm England eine Rüstungsanleihe auf, um einen der Türkei günstigen Druck auf den Gang der Abmachungen auszuüben. Da aber „weder Russland, noch England grosses Verlangen zeigten, mit einander in kriegerische Aktion zu treten" (Weber), so gelang es dem Grafen Schuwalow, sich mit Disraeli zu einigen. England anerkannte russische Gebietsvergrösserungen auf Kosten der Türkei,[1]) während Russland auf eine Verkleinerung Grossbulgariens zugunsten

---

Weise, indem sie wichtige Errungenschaften (z. B. Nisch und Altserbien, ferner die Erledigung der bosnischen Frage) in der Aufzählung der „Präliminarien" (!) einfach verschweigen, und sie späterhin als ein Geschenk des Berliner Kongresses hinstellen. Ich füge dies bei, um zu erklären, warum ich die vorliegende Ergänzung aus dem Brockhaus (San Stefano) der Beckerschen Ausführung zufügte.

[1]) Da die Türkei finanziell zu schwach war, um die gesamten Kriegskontributionen zu bezahlen, so war ihr im Vertrag von San Stefano das Recht eingeräumt worden, einen Teil der Schuld durch Landabtretung in Kleinasien zu begleichen.

seines Feindes einwilligen musste. So schwand denn der englisch-russische Antagonismus durch das Londoner Sonderabkommen vom Mai 1878, etwa zwei Wochen vor Beginn des Berliner Kongresses.

Weniger glücklich war Russland mit Österreich! Zwar gab auch Graf Andrassy nach aussen hin die bulgarische Frage, die nur einen defensiven Charakter hatte, als den Kernpunkt des Protestes aus:

„Österreich, dessen Handel hauptsächlich auf den Orient angewiesen ist, sah seine Interessen bedroht, wenn Russland durch Schaffung eines gross-bulgarischen Vasallenstaates sich zum Herrn auf der Balkaninsel machte und seine Seehäfen bis zum Ägäischen Meere vorschob." (Becker: Bd. 12, S. 202.)

3. Zank um Bosnien.

Leider aber trug er sich unter der Decke schon vor Eröffnung der russisch-türkischen Feindseligkeiten auch mit aggressiven Plänen, welche die Empörung aller Slaven hervorrufen mussten: **Durch fremdes slavisches Blut wollte er sich fremde slavische Gebiete erobern lassen!** Daher seine abschlägige Antwort an Kaiser Alexander in Betreff eines gemeinsamen Vorgehens mit Russland! Serbien, Montenegro und Russland sollten die Türkei allein niederringen, und er wollte die Frucht, derentwegen der Befreiungskrieg seinen Anfang nahm (Herzegowina und Bosnien), hernach leichthin mit Beschlag belegen. Befreite Gebiete wollte er „befreien"!

„Andrassy liess sich weder durch die türkenfreundlichen Demonstrationen der Magyaren noch durch die Sympathien, die man in Prag, in Agram und in anderen Slavenstädten für die Russen aussprach, in seiner Politik bestimmen. Er

traf alle Vorbereitungen, um, wenn der russisch-türkische Krieg zum Ausbruch käme, die Interessen Österreichs zu wahren, die freie Schiffahrt der Donau zu erhalten und Bosnien für den Kaiserstaat der Habsburger zu gewinnen." (Webers Weltgeschichte, Bd. 15, Teil 2, Seite 1254.)

Diese Auffassung Webers, wonach die österreichische Regierung schon vor dem russisch-türkischen Kriege die Absicht hatte, Bosnien bei Friedensschluss zu annektieren, wird von den neuesten österreichischen Geschichtsforschern glatt und lückenlos zugegeben.[1]) Früher allerdings erlaubte es die österreichische Volksgesinnung nicht, die Andrassysche Politik in aller Offenheit durchzuführen. Interpellationen im Parlament und Presseäusserungen zeigen uns, dass das Volk, abgesehen von einer kleinen Partei, durch eine Mobilisationsanleihe beunruhigt, keine Vergewaltigungen dulden mochte. Deshalb verlegte sich Graf Andrassy bezüglich seiner Okkupationsabsichten solange wie nur möglich auf hartnäckiges Leugnen:

„So allgemein der Glaube an die bevorstehende Okkupation auch schon war und nach allem auch sein musste: Graf Andrassy meinte das Leugnen selbst jetzt noch fortsetzen zu müssen. Demgemäss erklärte der österreichische Ministerpräsident auf eine Interpellation des Abgeordneten V. Grocholsky noch am 14. Mai, alle Nachrichten von einer bevorstehenden Okkupation entbehrten tatsächlich jeder Grundlage. Erst am 31. Mai entschloss sich Andrassy, die so hartnäckig vorgehaltene Maske endlich zu lüften: Auf die Frage, ob die Monarchie gewillt

---

[1]) Vergleiche die Andrassy-Biographie von Dr. E. von Wertheimer, ferner A. Fournier, „Wie wir zu Bosnien kamen", und Theodor von Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866". — Alle diese Herren sehen in der vorgezeichneten Politik Andrassys absolut nichts Unmoralisches.

wäre, ihre Interessen, falls der Berliner Kongress sie nicht genügend wahren sollte, mit den Waffen zu vertreten, antwortete er mit einem energischen Ja. Es war das erste offene Wort, das man in dieser Sache von ihm vernommen hatte.“ (Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, Deutsche Verlagsanstalt Berlin, 1913, S. 178.)

Der schlaue Ungar ging noch weiter: er suchte sich für seine Pläne wohlwollende Vermittler, auf welche, wenn nötig, ein Teil der moralischen Verantwortung hätte abgewälzt werden können: Bismarck und Disraeli! Dann „zitierte er Russland vor ein internationales Tribunal“, wie Herr von Bethmann heute sich ausdrücken würde. Russland sagte zu, doch war ihm der Versammlungsort — Wien — nicht genehm. Da einigten sich die Mächte, wohl auf Österreichs Vorschlag, auf Berlin:

Brockhaus' Lexikon: „Österreich beantragte die Berufung eines europäischen Kongresses, zu dessen Beschickung sich auch England bereit erklärte, nachdem es sich mit Russland über die Hauptstreitpunkte vorher geeinigt hatte. Darauf lud Fürst Bismarck die Signaturmächte der Verträge von 1856 und 1871 ein, ihre Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden, woselbst am 13. Juni 1878 im Reichskanzlerpalais der Kongress eröffnet wurde.“

Meyer's Lexikon: „**Berliner Kongress**, die Versammlung von Vertretern der Grossmächte Deutschland, Österreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei, welche, von Österreich angeregt, auf Einladung der deutschen Reichsregierung 13. Juni 1878 unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck in Berlin zusammentrat.“

Grossbulgarien wurde tüchtig beschnitten; auch Serbien musste sich Reduktionen gefallen lassen. England aber, dessen semitischer Premier nicht als russenfreundlich galt, das aber trotzdem seine streitigen Punkte mit Russland geregelt hatte und demnach in geordneten Beziehungen

mit dem Zarenreiche stand, sollte die heikelste Frage des Kongresses, die der bosnischen Annexion, anschneiden:

> „Gewissermassen sich selber als die Macht anzutragen, die (in Bosnien und Herzegowina) diesen Wandel (zu geordneten Zuständen) besorgen wolle, hielt Andrassy für unpassend. Der Hinweis auf Österreich-Ungarn sollte von befreundeter Seite erfolgen, und zwar hatte er sich für England entschieden, weil er es vermeiden wollte, dass man ihm daheim vorhalte, er habe Bosnien sozusagen aus der Hand Bismarcks empfangen; ein sehr kluger Schachzug!" (Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866", Bd. I, S. 182.)

Dies steht geschrieben — schwarz auf weiss — in einem der ausführlichsten und neuesten deutschen Werke über österreichische Balkanpolitik! Früher allerdings musste das deutsche und österreichische Gewissen durch eine eifrig betriebene Propaganda beschwichtigt werden, der zufolge Österreich die neuen Gebiete „sozusagen aus der Hand Englands" empfangen habe; eine Version, die von älteren Germanophilen gelegentlich auch heute noch zur Anschwärzung Englands vorgebracht wird.[1]) Trotzdem trat England als wahrer „Vermittler" auf, denn, wenn es auch die österreichischen Prätentionen auf Bosnien nicht

[1]) Den amüsantesten Vogel schiesst der deutschschweizerische Gelehrte Herr Professor Hünerwadel ab, der in seiner Broschüre „Die geschichtlichen Vorbedingungen des europäischen Krieges", S. 9, wörtlich erklärt: „Russland" ersuchte Bismarck um die Veranstaltung eines Kongresses". Da sind denn die deutschen Lexika in dieser Frage trotz ihrer Kürze gründlicher und aufrichtiger! — Der Basler Gelehrte, Prof. Bächtold, hält an der alten Version fest, England habe den Kongress veranstaltet; er steht hierdurch im Widerspruch mit den neuesten und gründlichsten österreichischen Quellen der damaligen Balkanpolitik! Es macht mir Spass, die beiden prodeutschen Weisen gegeneinander auszuspielen. In der persönlichen Auffassung dürfen Gelehrte divergieren, in der Schilderung nackter Tatsachen sollten sie bei der Wahrheit bleiben, um sich nicht vor Laien blosszustellen.

glatt ablehnte, so machte es doch, im Interesse der Serben, aus der „Annexion" eine „Besetzung und Verwaltung". (Neuerdings erfahren wir gar, dass Österreich sich gezwungen fühlte, der Türkei gegenüber ein geheimes Protokoll zu unterzeichnen, demzufolge „die Souveränitätsrechte des Sultans über die Provinzen Bosnien und Herzegowina in keiner Weise durch die Okkupation berührt werden sollen" und „dass ferner die Okkupation als eine provisorische zu betrachten sei".)[1]) Für die Vermittlung auf dem Kongress liess sich England weder von Österreich, noch von der Türkei entschädigen, vielmehr hatte es sich schon vor dem Kongress für seinen aktiven Eingriff (Intervention und Flottendemonstration), welcher zum Stillstand der kriegerischen Operationen führte, von der Türkei Cypern vertraglich abtreten lassen. Auf dem Berliner Kongress glaubte England in seinem eigenen Interesse zu handeln, wenn es weder die Südslaven noch Österreich auf dem Balkan, zum Nachteil der Türkei, zu sehr erstarken liess.

Deutschland, das wie Österreich während des ganzen blutigen Ringens beiseite gestanden hatte, beanspruchte für seine Vermittlungsdienste (Einberufung des Kongresses und Unterstützung Österreichs) ebenfalls keinerlei Entschädigungen, weshalb sich Bismarck den Namen eines „ehrlichen Maklers" zulegte. Handelte er aber wirklich interesselos? Keineswegs: Wir wissen, dass er 1871 dem Deutschen Reiche ein übles Anhängsel ans Bein band, indem er in den Fehler Ludwig XIV. verfiel und — in Elsass-Lothringen zu weit ausholend — teilweise rein romanische Gebiete annektierte. Naturgemäss musste die schnelle

---

[1]) Vergleiche die Arbeiten von Th. v. Sosnosky und A. Fournier (Österreich).

Erholung Frankreichs auf Bismarck gleich einem Alpdruck lasten. Sein Versuch, Frankreich 1875 erneut zu schlagen, scheiterte an dem Protest Russlands und Kaiser Wilhelms I. Da musste sich Bismarck einen Bundesgenossen suchen, der bestmöglichst Verständnis für seine Sorgen hatte. Was konnte ihm nun willkommener sein, als Andrassys Politik, die Österreich auf lange Zeit hinaus mit Russland verfeindete, und welche dem vorwiegend deutsch fühlenden Österreich ein ähnliches Anhängsel verschaffte, wie er — Bismarck — es dem Deutschen Reiche angebunden hatte. Ein Jahr nach dem Kongress wurde denn auch das deutsch-österreichische Bündnis unterzeichnet: ein Bruderbund zweier Gleichgesinnter, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat! Die böse Tat aber — die Annexion fremder slavischer Gebiete durch fremdes slavisches und romanisches Blut — musste uns Germanen Feinde verschaffen und konnte nur Böses gebären.

Interessant ist die Feststellung, dass gleich nach dem Berliner Kongress die deutschliberalen Kreise Österreichs die Andrassysche Annexionspolitik scharf verurteilten. Ein polnischer Abgeordneter aber (Hausner) brachte folgende Erklärung vor:

> „... Ohne Eroberung, ohne Rechtstitel, ohne Kriegsfall und ohne Provokation durchgeführt, bedeutet die Okkupation ein schweres Unrecht, einen Länderraub, den ich als österreichischer Staatsbürger missbilligen müsste, den ich aber als Pole verabscheue. Auf dieselbe Art, ohne Rechtstitel, ohne Kriegsfall und ohne Provokation wurde mein Vaterland geteilt und vernichtet ..." (Sosnosky, Bd. 2, S. 9.)

4. Serbische Klage.

Zurück zu Serbien! Dieses erachtete sich mit Recht, auch abgesehen von der bosnischen Frage, durch den Ber-

liner Kongress als vergewaltigt. Zwar erhielt es Pirot und Vranja, Gebiete, die früher Bulgarien hätten zufallen sollen,[1]) doch wurde ihm der Novibazar abgenommen, welcher (lt. Brockhaus „Novibazar") das alte „Rassia, das Stammland des nachmaligen Serbenreiches" war. Ferner musste es „auf die alten historischen Stätten des Serbentums, das Amselfeld, Prizren usw. verzichten" (Brockhaus, Serbien). Auch das von Österreich annektierte Bosnien ist urserbisches Land, denn es gehörte zu dem Gebiet, welches sich von 1377 bis zu seiner Eroberung durch Mohammed II. das „Königreich Serbien" nannte (Brockhaus, Bosnien) und liegt mitten im serbokroatischen Nationallande (vgl. ethnographische Karte von Österreich im Brockhaus).[2])

Die Überwachung dieses Gebietes durch rivalisierende Mächte (Vertrag von San Stefano) hätte ihm naturgemäss mehr nationale Garantien geboten, als die Verwaltung durch einen einzelnen fremdrassigen Staat. Die österreichische Propaganda betont zwar heute, dass die in Bosnien gewährten nationalen Freiheiten einwandfrei seien, was wir in bezug auf die Gesetze auch nicht bezweifeln wollen. Aber im Brockhaus lesen wir unter „Bosnien":

---

[1]) ... und die — o Ironie des Schicksals! — Bulgarien heute mit dem Schwerte von den Serben wieder holen durfte; und zwar unter dem Beifall desselben Österreich, das die Gebiete früher den Bulgaren abnahm und den Serben zuwies!

[2]) Nichtsdestoweniger erklärt uns Professor Schiemann in seiner Antwort auf „J'accuse" („Ein Verleumder", Verlag Reimer, Berlin): „Aber bekanntlich haben Bosnien und die Herzegowina einen Teil der Türkei gebildet und nie zu Serbien oder gar Russland gehört." (Das Letztere hat niemand behauptet! Der Autor.) Dass aber Bosnien gerade ein Stammgebiet des alten Serbien war, scheinen die deutschen Gelehrten heute vergessen zu haben, was ich insofern bedaure, als das Prestige der deutschen Wissenschaft durch so offene Sophistik leiden muss.

„Ein 1885 mit Welschtirolern unternommener Kolonisationsversuch hatte keinen Erfolg; dagegen sind spätere gleichartige Unternehmungen mit württembergischen und österreichischen Bauern in bestem Gedeihen.“

Als Schweizer frage ich mich, was wohl die Italiener dazu sagen würden, wenn wir ähnliche Versuche mit Zürcher Bauern im Tessin unternehmen wollten. Jedenfalls sind künstliche Aufpfropfungen einer fremden Kultur das beste Mittel, sich verhasst zu machen und die fremde nationale Gegenströmung zu frischem Kampfe anzuspornen.

So begreift denn der objektive Neutrale, dass die Neugestaltung der Verhältnisse durch den Berliner Kongress den Serben schwer fallen musste. Vom rein nationalen Standpunkt aus betrachtet, flösst ihm der Tellengeist der Serben dieselbe Achtung ein, welche er dem sich einigenden Deutschland zollte. Vom Standpunkt der Vernunft und der Ordnung aber verwirft er trotzdem jeden Rest der serbischen Hoffnungen auf Bosnien; denn die serbische Regierung erklärte sich 1909 auf Anraten Russlands bereit, die Annexion Bosniens endgültig zu respektieren.

ACHTES KAPITEL

SERBIEN VOR KRIEGSAUSBRUCH

Es ist eigenartig, dass aus Serbien kommende Neutrale diese Nation als human und eher gutmütig bezeichnen, während wir auf Grund der österreichischen Propaganda glaubten, bei den Serben einen besonders blutrünstigen und habgierigen Charakter konstatieren zu müssen.

Dieser Widerspruch erklärt sich insofern, als Serbien — ein Vorposten Konstantinopels — in erhöhtem Masse zur Drehscheibe der europäischen Politik wurde, seitdem zu der alten österreichischen Balkanpolitik (Bosnien-Sandschak Novibazar-Saloniki) neuerdings die deutsche Orientpolitik (Berlin-Bagdad) offensichtlich hinzutrat.

1. Aggressive Politik Österreichs.

Der bedrohende Charakter der österreichischen Politik gegenüber Serbien ist klar genug: 1878 wird der dalmatische Adriakeil, der sich zwischen die serbischen Gebiete und die Adria einzwängt und selbst das kleine Montenegro vom Meere fast gänzlich abdrängt, durch die Politik Andrassy's erweitert, welche Politik 1908, trotz eines von Andrassy gezeichneten rückläufigen Revers (vgl. S. 92), besiegelt wird.

Der durch Ungarns Zollpolitik gedrückte kleine Agrarstaat Serbien wird 1912/13 neuerdings und endgültig vom Meere zurückgestossen, als ob er gezwungen werden sollte,

sich dem wirtschaftspolitischen Block deutsch-imperialistischer Streber anzuschliessen. Selbst ein Handelshafen wird ihm verweigert. Daneben betreibt Österreich (nach serbischer Aussage) eine subversive Propaganda zugunsten einer trialistischen Monarchie. (Österreich-Ungarn-Grossserbien). Die Früchte des serbischen Kampfes im Balkankrieg werden dem Sieger, wie 1878, vergällt, und schliesslich wiederum beschnitten. Und, nicht zufrieden hiermit, sucht Österreich, wie schon gesagt, im Rücken des Zwerges zwei Freundesburgen zu errichten, Bulgarien und Albanien. Wenn auch die eine der beiden zusammenbricht, so bleibt der bedrohende Eingriff Österreichs doch bestehen. Die sonderbare Mission Liman von Sanders und die deutsche Einmilliardensteuer erhöhen die Nervosität Serbiens, insbesondere da dessen Rückenschutz — der Balkanbund — durch Österreichs Dazutun in die Brüche geht. Wie uns der Deutschenfreund Giolitti, sowie auch Tittoni, später enthüllen, war Österreich seit 1912 mehrmals bemüht, in Serbien einzufallen, oder es auf andere Weise zu vergewaltigen. Dies alles musste im kleinen Nachbarstaate Angst und Hass erzeugen!

2. Die Narodna Obrana.

In Anbetracht der geschilderten Umstände war es der serbischen Regierung unmöglich, die Tätigkeit der patriotischen Vereinigung „Narodna Obrana" gänzlich zu unterdrücken. Der Versuch Österreichs, dieser Vereinigung die Tendenz nach Ablösung serbischer Gebiete von Österreich zuzuschreiben, ist misslungen. Desgleichen verfällt die österreichische „Denkschrift über die serbische Propaganda" in arge Entstellungen. Welcher objektive Neutrale wird sich beispielsweise darüber aufhalten, wenn er in der

Denkschrift liest, der von Serbien gewünschte (?!) Krieg gegen Österreich sei von der Narodna Obrana in sofern militärisch vorbereitet worden, als serbische Emissäre (Spione) im Falle des Ausbruches der Feindseligkeiten mit der Zerstörung von feindlichen Transportmitteln und dergleichen betraut wurden. Solche Sendlinge unterhielten auch die Zentralmächte! Wurde doch einer dieser Herren, ein Reichsdeutscher, in Genf arretiert und verurteilt, da er, an der Grenze wohnend, es übernommen hatte, bei Ausbruch von deutsch-französischen Feindseligkeiten die besagten Funktionen in Frankreich auszuführen.

Auch die Anschuldigung der Denkschrift, dass „die Komitatschis weiter im Schiessen und Bombenwerfen, im Minenlegen, im Sprengen von Eisenbahnbrücken usw. unterrichtet wurden" bleibt absolut kraftlos, da selbst das mächtige Deutschland in der „Jugendwehr" und Ähnlichem suchte, seine nationalen Kräfte voll herauszuholen. Ehre dem bedrohten Kleinstaat, der sich nicht feig — unter dem Vorwand seiner Schwäche — dem Mächtigen preisgibt! Gewiss gingen verschiedene Individuen der Narodna Obrana in ihrem nicht unbegründeten Hass gegen Österreich zu weit; ihr Vorgehen wurde auch allgemein, selbst von der serbischen Regierung, missbilligt. Aber darf man es dieser Regierung zumuten, dass sie jeglichen nationalen Drang der Serben ersticke, derweil die imperialistischen Triebe der Germanen mächtig auflodern und selbst ihre gemässigten Elemente, unter Hinweis auf die Absperrung Deutschlands zur See, seit dem Marokkokonflikt nach dem Orient schielen, die Politik Österreichs offenkundig serbenfeindlich wird, und die Konstellation auf dem Balkan für Serbien bedrohliche Formen annimmt?

3. Österreichs Propaganda in Russland.

Hat doch Österreich auch in dem benachbarten Russland eine subversive Propaganda unterhalten. Denn die „polnischen Legionen" wurden bereits vor Eröffnung des Weltkrieges im Hinblick auf dessen Möglichkeit gegründet. Ferner bringt ein österreichisch gesinnter Pole in einem neutralen Blatte („Basler Nachrichten" 1916, Nr. 304) folgendes Geständnis:

„... Österreich hat nämlich in seinen Abwehrplänen gegen Russland in Ostgalizien einen Herd der ruthenischen Irredenta geschaffen, um auf diese Weise durch die politische Idee einer freien Ukraina die reichsten Provinzen Russlands im Notfalle zu revoltieren. Der in Galizien gezüchtete Ukrainer sollte nun einmal die Kornkammer Russlands in Brand setzen, die Fackel einer nationalen Bewegung nach ganz Südrussland tragen und das russische Reich an seiner empfindlichsten Stelle der Gebiete des Schwarzen Meeres treffen ..."

Konstatieren wir, dass diese österreichische Propaganda in Russland keine gewalttätigen Auswüchse zeitigte, wie die serbische in Bosnien, so müssen wir andererseits berücksichtigen, dass Russland hierzu nie den geringsten Anlass gab. Seine Politik Österreich gegenüber war stets eine retirierende (Berliner Kongress 1878; Annexion Bosniens 1909; Albanien mit deutschen Fürsten 1913), bis der Versuch Österreichs, Serbien zu vergewaltigen, 1914 den Krug überlaufen liess.

4. Serajewo.

Als Motiv der Unterstützung des bedauerlichen Attentates durch serbische Elemente kann nur Hass, keineswegs aber der Wille zur Abtrennung Bosniens von Österreich,

angenommen werden. Denn kein Staat gibt auf Grund blosser Attentate Gebietsteile frei. Andererseits sagt uns die „Denkschrift“, dass die Mörder Zyankali bei sich trugen, um sich nach vollbrachtem Anschlage zu entleiben. Da nun hierdurch die rückwärtigen Spuren, die nach Serbien führten, hätten vernichtet werden sollen, so kann die frevelhafte Handlung unmöglich bezweckt haben, den Funken in's internationale Pulverfass zu schleudern, d. h. Bosnien durch den „gewünschten“ (!!) Weltkrieg abzutrennen.

Übrigens wurde Serbien vom Kriege überrascht, denn wir lasen am 26. Juli 1914 (z. B. „Basler Nachrichten“):

> „Der serbische Generalstabschef Putnik, der sich auf der Rückreise aus einem steirischen Kurort befand, wurde in Ungarn verhaftet.“[1])

Und später schrieb beispielsweise ein Kenner serbischer Verhältnisse in einem Schweizerblatt (B. N. 168):

> „In den zwei Kriegen 1912/13 wurde das Sanitätsmaterial (in Serbien) ziemlich aufgebraucht, und man war eben daran, die Vorräte wieder zu beschaffen, als man vom Kriege 1914 überrascht wurde. Es herrschte grosser Mangel an Sanitätsmaterial usw.“
>
> Ähnliche Äusserungen waren in der neutralen Presse nicht vereinzelt.

Muss ein politisches Attentat unbedingt zum Mord gestempelt und durch die Vergewaltigung eines ganzen Volkes gesühnt werden? Wir treten der Frage näher; hier sei nur bemerkt, dass auch auf Kaiser Wilhelm I. und auf Bismarck je zwei Attentate ausgeführt wurden. Wenn

[1]) Österreich hatte später so viel Einsicht, Putnik wieder freizugeben. Zum Glück! Denn diese rechtswidrige Handlung — Gefangennahme des gegnerischen Armeehauptes zwei Tage vor der Kriegserklärung — ist kompromittierend und erinnert zu sehr an Diebstahl!

diese vier Fälle auch nicht tötlich verliefen, so war doch der Wille zur Tötung vorhanden. Sollen wir deshalb über dem deutschen Volke den Stab brechen? Keineswegs, so wenig wie über den Serben! Denn wie sich die politischen Verbrechen in Deutschland gelegt hatten, nachdem geordnetere Zeiten eintraten, so wären auch die serbischen Gemüter wieder zur Ruhe gekommen.

5. Kragujewaz.

Die private Propaganda der Zentralmächte versuchte bei Kriegsbeginn in sehr naiver Weise, die serbische Regierung in das Attentat von Serajewo hineinzuziehen, indem sie auf die Verwendung von Kragujewazer Bomben hinwies. Gerade diese Bomben sprechen aber die Regierung von der Teilnahme frei. Die rückwärtige Spur hätte, wie die Denkschrift sagt, verwischt werden sollen, und da wäre es doch der serbischen Regierung ein Leichtes gewesen, zu diesem Zwecke spezielle, vom Schema abweichende Bomben anzufertigen. Anders verhält es sich dagegen bei Privatpersonen, die, sofern sie zu einer staatlichen Munitionsfabrik Beziehungen haben, weit leichter in den Besitz des Staatserzeugnisses gelangen können, als sie im Stande wären, eigene Fabrikate anzufertigen.

6. Der trialistische Gedanke.

Ich möchte noch, ehe ich mein serbisches Plaidoyer abschliesse, einer merkwürdigen Depesche kurz Erwähnung tun. Als die Zentralmächte glaubten, den Sieg erreicht zu haben, als sie die Russen nach dem Durchbruch in den Karpathen zurückdrängten, und als Bulgarien auf dem Sprung war, über Serbien herzufallen, da vernahm der Zeitungsleser aus Sofia folgende inoffizielle Depesche (B. N. 454):

„Hierher wird aus Nisch gemeldet, die serbische nationalistische Partei, die bei Kriegsausbruch sich mehr oder weniger freiwillig auflöste, hat sich wieder mit dem alten Programm konstituiert: Verwirklichung des grosserbischen Ideals im Rahmen einer trialistischen Monarchie mit Österreich-Ungarn. Die Partei gibt ein neues Organ unter dem Titel „Grosserbien“ heraus.

Es ist nun gänzlich ausgeschlossen, dass der Gedanke einer trialistischen Monarchie (Österreich-Ungarn-Serbien), welcher, laut der Depesche, schon vor dem Kriege auf serbischem Boden bestanden haben soll, wirklich serbischem Geist entsprossen ist. Daher liegt die Vermutung nahe, dass es sich hier um eine äussere Inspiration Österreichs zur Vollendung seiner Orientpolitik handelte, welche schon vor der Kriegseröffnung in vorbereitende Aktion getreten war. Eine Inspiration, welche zur Zeit der verweichlichten, vollkommen durchfaulten Obrenowitsch logisch berechtigt sein mochte, nicht aber seitdem die gut patriotische Dynastie der Karageorgiewitsch dem ebenso bescheidenen, wie heroisch-ruhmreichen Bauernvolk der Serben vorstand.

NEUNTES KAPITEL

KRIEGSERÖFFNUNG

Erster Teil: Der österreichisch-serbische Konflikt.

1. Die internationalen Dokumente.

In diversen guten Büchern, von denen ich als das beste dasjenige von dem hervorragenden amerikanichen Juristen Dr. James M. Beck erachte,[1]) ist auf Grund der internationalen Dokumente eingehend nachgewiesen worden, dass nicht nur Deutschland und Österreich den Weltkrieg 1914 gewollt und inszeniert haben, sondern dass die Ententemächte bis zum letzten Augenblick geradezu verzweifelte Anstrengungen machten, den Frieden zu erhalten. Da wird eingehend und einwandfrei geschildert, wie Österreich die Möglichkeit einer Aussprache über das Ultimatum an Serbien mit den Mächten, die am Status quo auf dem Balkan interessiert waren, umging, bis die Frist der Beantwortung für Serbien abgelaufen war. Es wird ferner darauf hingewiesen, wie auch späterhin Österreich, mit Deutsch-

---

[1]) „Der Tatbestand". Eine Untersuchung über die moralische Verantwortlichkeit für den Krieg von 1914 auf Grund der diplomatischen Urkunden Englands, Deutschlands, Russlands, Frankreichs und Belgiens von James M. Beck, Doktor beider Rechte, e hemaliger Assistent der Generalstaatsanwaltschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. Mit einer Einführung von Joseph Choate, ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Grossbritannien. — Der Autor hat deutsche, deutschschweizerische und britische Vorfahren und ist ein ebenso grosser Verehrer, als Kenner Deutschlands.

land vereint, jeder diesbezüglichen Aussprache auswich, bis Russland — durch die österreichische Mobilisation provoziert — seinerseits mobilisierte. Daraufhin erklärte sich Deutschland berechtigt, den Krieg mit Russland zu eröffnen und somit den Weltbrand zu entfesseln. Dies ist in kürzesten Worten die Entstehung des Weltkrieges, wie sie von der internationalen Geschichtsforschung bereits festgelegt ist.

Es wird auch nachgewiesen, wie Österreich noch kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten Russland und Frankreich durch unrichtige Aussagen in Sicherheit wiegte; gerade wie Deutschland, eine halbe Stunde vor Verletzung der belgischen Neutralität, in Brüssel durch seinen Militärattaché die beruhigendste Auskunft gab. Es wird ferner auf Grund dieser internationalen Dokumente übereinstimmend versichert, dass die Vertreter Deutschlands sich wiederholt geweigert, die Abschrift gewisser wichtiger Noten zurückzulassen, die sie im Auftrag ihrer Regierung vorgetragen hatten, ... eine Massnahme, die jedenfalls sich nicht vertrauenerweckend ausnimmt!

Es wird gezeigt, dass Russland für die Ruhe Serbiens Österreich gegenüber Garantie zu gewähren bereit war, wenn Österreich von einer kriegerischen Operation gegen Serbien absehen wollte. Von dieser Garantie scheint leider die deutsch-österreichische Propaganda nichts zu wissen!

Es wird desgleichen gezeigt, dass Russland sich verpflichtete, in seinen militärischen Vorbereitungen innezuhalten (ohne eine entsprechende Gegenversicherung von Deutschland und Österreich), sofern Österreich sich bereit erklären sollte, „in seinem Ultimatum jene Forderungen zu streichen, die dem Prinzip der Souveränität Serbiens zuwider-

laufen". Wiederum eine Garantie, von welcher die deutsch-österreichische Propaganda anscheinend nichts weiss!

Ferner sehen wir, wie die Ententemächte auch dann noch für den Frieden arbeiteten, als Österreich den serbischen Krieg bereits erklärt hatte: England machte den Vorschlag, Österreich möchte Nordserbien mit Belgrad besetzen und als Pfand für ein günstiges Resultat der Verhandlungen betrachten. Die serbische Armee sollte kampflos zurückweichen, bis sich die Mächte über die Garantien, die Österreich einerseits, Russland (und Italien) andererseits benötigten, geeinigt hätten. Auch ein Beleg der feindlichen Friedliebe, über dessen wichtige Einzelheiten sich das Weissbuch ausschweigt.

In Sachen Belgiens wird auf die Ungereimtheit hingewiesen, dass Deutschland im Jahre 1911 (Marokkokonflikt) sich geweigert hatte, eine öffentliche Neutralitätserklärung abzugeben, indem es motivierte, eine solche Erklärung würde im Ernstfall zum vornherein die französischen Truppen von der belgischen Grenze ablenken und sie an der deutschen Front stärken; drei Jahre später benutzte Deutschland gerade diese gewünschte Diffusion französischer Truppen an die belgische Grenze, um seinen verbrecherischen Akt der Neutralitätsverletzung zu begründen. Wie soll man es dem bösen Nachbarn recht machen?

Noch unendlich vieles von grösster historischer Wichtigkeit wird auf Grund der internationalen Dokumente erwiesen. Zu keinem Kriege sind die geschichtlichen Quellen so rasch und in so grosser Zahl veröffentlicht worden, wie zum heutigen Weltkrieg. Der Schuldbeweis ist längst genügend abgeschlossen, einwandfrei und kräftig!

Trotzdem aber wird er heute noch nicht allerseits anerkannt; es sind ja internationale Dokumente, die da sprechen, und ihnen fehlt nach Auffassung des beschränkten Pangermanisten die stärkende Seele: die deutsche Wahrheit!

So stützen wir uns denn im Folgenden rein auf deutsche Dokumente und stellen in Kürze dar, dass die deutsche Propaganda zu demselben Resultate führt, zu welchem der Verfasser von „J'accuse" und andere Autoren auf Grund der internationalen Dokumente gelangten!

2. Das österreichische Ultimatum.

Wiewohl Österreich wusste, „dass ein kriegerisches Vorgehen gegen Serbien Russland auf den Plan bringen könnte (Weissbuch)", sandte es an Serbien ein Ultimatum, das in Anbetracht der berüchtigten Punkte 4, 5 und 6 einer Kriegserklärung gleichkam. Denn die Annahme dieser drei Punkte durch Serbien hätte diesen Kleinstaat der absoluten Vergewaltigung durch Österreich wehrlos preisgegeben. Serbien antwortete in devotester Form, erlaubte sich aber in betreff der drei Forderungen gewisse Vorbehalte.

Der vergewaltigende Charakter der drei Punkte sei in folgendem kurz geschildert:

Zu Punkt 4: Das Ultimatum: „Die serbische Regierung soll sich verpflichten, aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich schuldig sind und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der serbischen Regierung bekanntzugeben sich die österreichische Regierung vorbehält."

Serbien antwortet: „Die serbische Regierung ist bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und

Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, dass sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie zuschulden kommen lassen; sie erwartet, dass ihr die österreichische Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten mitteilt, und die Tatsachen, welche denselben zur Last gelegt werden."

Österreich schliesst: „Indem die serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Umstand knüpft, dass diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, beschränkt sich ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahndendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfernung jener Offiziere und Beamten, verlangen, die monarchie-feindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheint unsere Forderung in diesem Punkte nicht erfüllt."

Hier begeht die österreichische Regierung eine Täuschung, indem sie geflissentlich die an anderer Stelle zugegebene serbische Bereitwilligkeit ignoriert, Ergänzungen in das Pressegesetz aufzunehmen,

„wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie, sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist." (Weissbuch, Anlage 1.)

Serbien verpflichtete sich sogar laut Weissbuch ohne österreichische Aufforderung zu entsprechenden Verfassungsänderungen und erklärte sich zu weiteren Verhandlungen bereit. Wo aber ein Staat in so einwandfreier Weise sein Entgegenkommen zu Verfassungs- und Gesetzesänderungen zeigt, da darf man, zur Begründung eines Immediatverfahrens,

nicht auf eventuell noch bestehende Gesetzeslücken hinweisen. Durch dieses mittelalterliche Verfahren wäre Österreich im Stande gewesen, jeden gutpatriotischen Beamten, der sich der österreichischen Orientpolitik widersetzt hätte, durch einen gefügigeren Menschen zu ersetzen. Serbien hätte die Schuldfrage der Angeklagten, sowie das Material, bedingungslos als richtig annehmen müssen. Wahrlich ein reaktionäres, pechschwarzes Begehren, das uns in einwandfreier Weise zeigt, wo Österreich hinaus wollte!

Zu Punkt 5: Das Ultimatum verlangt, die serbische Regierung solle sich verpflichten, „einzuwilligen, dass in Serbien Organe der österreichischen Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken".

Serbien antwortet, dass es bereit sei, die Mitwirkung der österreichischen Organe auf seinem Gebiet zuzulassen, welche „den Grundsätzen des Völkerrechtes und des Strafprozesses, sowie den freundnachbarlichen Beziehungen" entsprechen würde.

Österreich schliesst, es handle sich weder um Völkerrecht, noch um Strafprozessrecht, sondern „um eine Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen sei."

Während nun aber Österreich hier zugibt, dass seine Note wenigstens in diesem Punkte weitere Verhandlungen erfordert, macht es diese gleichzeitig durch den unmotivierten Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der brüsk folgenden Kriegserklärung unmöglich, trotzdem Serbien zu weiteren Verhandlungen in jeder Form sich bereit erklärt (Weissbuch). Ein Ultimatum, das vorbehaltlos angenommen werden soll, an welches aber noch besondere Vereinbarungen nach dessen Annahme zu

knüpfen sind, gleicht der Katze, die im Sack gekauft werden soll. Es ist einer Kriegserklärung gleichbedeutend!

Zu Punkt 6: Das Ultimatum verlangt, die serbische Regierung solle sich verpflichten „eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplottes vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden. Von der österreichischen Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen."

Serbien lehnt ab „da dieses eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozessgesetzes wäre".

Östereich schliesst: „Es ist uns nicht beigefallen, österreichische Organe an dem serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen; sie sollen nur an den polizeilichen Vorerhebungen mitwirken." Es weist sodann auf den Unterschied zwischen „Recherches" und „Enquête judiciaire" hin.

Auch hier also drückte sich Österreich für einen so wichtigen Eingriff zu kurz und zu ungenau aus; auch diese Forderung konnte nicht mit einem glatten „Ja" beantwortet werden und war daher mit der Form eines Ultimatums nicht vereinbar. — Alle anderen Punkte nahm Serbien an: korrekt, ja devot! Österreich kann nicht wegleugnen, dass es mit seinem Ultimatum zum vornherein darauf abzielte, den serbischen Krieg zu entfesseln. **Denn es stellte eine Note auf, die schlechterdings ohne weitere Verhandlungen nicht angenommen werden konnte, schnitt aber diese Verhandlungen durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Kriegserklärung ab.** Graf Tisza bereitete die Volksmasse auf die Härte der kommenden Ereignisse vor; denn noch ehe die serbische Antwort eingetroffen war, erklärte er, dass es zwischen Serbien und Österreich nur noch ein „Entweder-Oder" gäbe; weitere Verhandlungen seien ausgeschlossen (B. N. v. 25. Juli 14). „Entweder" war

die uferlose und zeitlich unbegrenzte Vergewaltigung Serbiens (das geht aus dem Inhalt der Note und dem Bestreben Österreichs hervor, jeder Konferenz auszuweichen); „Entweder“ war demnach der Schlussstein der deutschen Orientpolitik! Und „Oder“ war der Krieg — demnach dasselbe! — —

Das deutsche Weissbuch bestätigt den „kurzen Prozess“, indem es erklärt, dass Serbien

> „zwar in einigen Punkten (!) die Wünsche Österreich-Ungarns erfüllte, im Wesentlichen aber deutlich das Bestreben erkennen liess, durch Verschleppung und neue Verhandlungen sich den gerechten Forderungen der Monarchie zu entziehen.“

Es bestätigt sodann zustimmend, dass Österreich nach Empfang der Antwort unverzüglich seine diplomatischen Beziehungen zu Serbien abbrach. Und — sichtlich verlegen, umschreibend und knapp — schilderte es dann die Kriegserklärung des Riesen an den Zwerg als ein „fait accompli“:

> „Von diesem Augenblick an (Abbruch der diplomatischen Beziehungen) befand sich Österreich tatsächlich im Kriegszustand mit Serbien, den es dann noch durch die offizielle Kriegserklärung vom 28. ds. Mts. öffentlich proklamierte.“

Inwiefern jedoch die zeitlich unbegrenzte und absolute Vergewaltigung Serbiens, die zwangsläufig eine Bedrohung der am Status quo ante auf dem Balkan interessierten Grossmächte in sich barg, als „gerechte Forderung“ bezeichnet werden darf, bleibt dem Neutralen unverständlich. Dies um so mehr, als Österreich an dem Hass der Serben nicht schuldlos war.

3. Die erste Geschichtsfälschung.

Zeigte das deutsche Weissbuch bei der Wiedergabe der österreichischen Kriegserklärung an Serbien eine gewisse

Verlegenheit, so glaubte Österreich die Tatsachen dergestalt schildern zu müssen, als ob die Kriegserklärung erst erfolgt wäre, nachdem das kleine Serbien die Feindseligkeiten begonnen hatte. Denn auf einen englischen Vermittlungsversuch antwortete der deutsche Botschafter in Wien an den Reichskanzler:

> „Graf Berchtold bittet mich, Eurer Exzellenz seinen verbindlichen Dank für Mitteilung des englischen Vermittlungsvorschlages zu sagen. Er bemerkt jedoch dazu, dass nach Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und nach der inzwischen erfolgten österreichischen Kriegserklärung er den Schritt Englands als verspätet ansehen müsse."

Graf Berchtold getraute sich nicht, England eine glatte Absage zu geben, ohne die Schuld auf Serbien zu wälzen.[1]) Er hoffte offensichtlich, England durch Verstimmung gegen Serbien zur Neutralität zu veranlassen; desgleichen wollte er friedliebende Kreise Österreichs mit der Kriegserklärung an Serbien befreunden. In der Tat aber erfolgte die Eröffnung der Feindseligkeiten durch Österreich selbst, wie wir s. Z. der neutralen Presse entnahmen:

> „Die Feindseligkeiten an der österreichisch-serbischen Grenze sind durch Einmarsch der Österreicher bei Mitrowitz an der Save eröffnet worden. Die Serben weichen zurück." (B. N. v. 28. Juli 1914.)

Die analoge österreichische Behauptung, dass Serbien bereits die Mobilisation angeordnet hatte, ehe es seine

---

[1]) Die moralische Begründung der österreichischen Kriegseröffnung war ungenügend:

1. Österreich hatte die belastenden Dokumente weder der serbischen Regierung noch einer neutralen Stelle zur Einsicht vorgelegt;
2. die Dokumente belasteten nur serbische Individuen, nicht aber die Regierung;
3. die Beweisführung, dass diese Individuen eine Ablösung Bosniens im Auge hatten, ist misslungen.

Antwort auf das österreichische Ultimatum abgab, ist ebenfalls nie erwiesen worden. Gemäss der neutralen Presse vollzog sich die Mobilisation von Seiten Österreichs wie Serbiens nach Abbruch der Beziehungen, was allerdings nicht ausschliesst, dass seit Übergabe der österreichischen Note beiderseits Vorbereitungen getroffen worden waren.[1]) Auch diese Behauptung Österreichs muss als Täuschung angesehen werden, denn Österreich gab als Grund zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht die angebliche Mobilisation, sondern lediglich die „hinhaltende" Antwort der serbischen Regierung an. Übrigens bleibt die Frage der vorzeitigen Mobilisation auf alle Fälle belanglos (zumal wenn die Mücke im Vorgefühl des kommenden Schlages den Stachel gegen die Elephantenhaut wendet), denn Mobilisation bedeutet, wie Österreich selbst in der späteren Kundgebung seiner Gesamtmobilisation erklärte, nicht Kriegszustand.

4. Weitere Täuschungen.

Aus Presse und privaten Äusserungen wissen wir, dass weitaus der grösste Volksteil der germanischen Gebiete vor der Zuspitzung der österreichisch-serbischen Feindseligkeiten sich dagegen gesträubt hatte, diese in einen

[1]) So meldet der Berliner „Lokalanzeiger" im Anfange des Weltkrieges über aus Amerika eingetroffene österreichische und deutsche Militärpflichtige, die noch vor Schliessung der Häfen in Deutschland eintrafen. „Unter den Angekommenen befanden sich Kaufleute, die ihre guten Stellungen aufgaben ... Viele von ihnen, die drüben einen eigenen Hausstand haben, verliessen Frau und Kind." — Es ist einleuchtend, dass diese Militärpflichtigen ohne entsprechende Direktive der Konsulate sich zu den einschneidenden Massnahmen nicht entschlossen hätten, woraus wir sehen, dass die Zentralmächte schon frühzeitig Vorbereitungen trafen, wo solche erforderlich schienen.

Weltkrieg ausarten zu lassen. Einsichtige Kreise wussten zum voraus, dass der offenkundige Versuch Österreichs, Serbien zu vergewaltigen, und somit den Status quo ante auf dem Balkan zu brechen, notgedrungen den Protest dritter Grossmächte, insbesondere Russlands, hervorrufen musste. Auch das Weissbuch gibt zu, dass die Regierungen der Zentralmächte die Intervention Russlands im Auge gehabt hatten:

> „Wir waren uns hierbei wohl bewusst, dass ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte."

Es lag nun im Interesse der Zentralmächte, den russischen Protest als unberechtigt hinzustellen, wozu es nötig erschien, die russische Auffassung zu isolieren. Dementsprechend erklärte Herr von Bethmann in seiner Rede vom 4. August:

> „Vom ersten Augenblicke des österreichisch-serbischen Konfliktes an erklären und wirken wir dahin, dass dieser Handel auf Österreich und Serbien beschränkt bleiben müsse. Alle Kabinette, insbesondere auch England, vertreten denselben Standpunkt. Nur Russland erklärte, dass es bei der Austragung des Konfliktes mitreden müsse."

In der Tat aber wich Herr von Bethmann von der Wahrheit ab; denn der Protest Russlands, das durch die Verwirklichung der deutschen Orientpolitik am direktesten bedroht war (Dardanellen), wurde durch Frankreich unterstützt, da Frankreich an einer weiteren Erstarkung der Zentralmächte auf Kosten des Orients ebenfalls Anstoss nahm. So lasen wir in der neutralen Presse bereits am 25. Juli 1914:

„Viviani und Sasonow veröffentlichen ein Communiqué, in welchem die vollständige Übereinstimmung ihrer politischen Ansichten hinsichtlich des europäischen Gleichgewichtes und der Orientfragen festgestellt wird.“ (B. N.)

Des ferneren erfolgte auch, gleichzeitig mit dem Protest Russlands, der Protest Italiens. Der Kanzler und seine Organe verschwiegen diese Tatsache ganz besonders; denn Italien war absolut kein Serbenfreund, weshalb seine Verurteilung der österreichischen Handlungsweise hätte doppelt wirken müssen. Erst das 6 Monate nach Kriegsausbruch erschienene österreichische „Rotbuch“ sah sich veranlasst, infolge der italienischen Enthüllungen, die Tatsache zu bestätigen:

„Schon am 25. Juli erklärte der Herzog von Avarna (ital. Botschafter in Wien) die italienische Regierung behalte sich vor, ihr Entschädigungsrecht auf Grund des Bündnisvertrages in Anspruch zu bringen, und fordere, dass Österreich-Ungarn sich mit ihr vor der eventuellen Besetzung serbischen Gebietes ins Einvernehmen setze.“ (Wiener Auszug aus dem „Neuen Rotbuch“; N. Z. Z. 966.)

Und dieselbe Quelle lehrt uns weiter:

„Nun erfolgt das erste Zugeständnis der österreichisch-ungarischen Regierung, Graf Berchtold erklärt sich am 1. August auf Anraten der deutschen Regierung bereit, über Konzessionen an Italien zu verhandeln, selbstverständlich über Konzessionen, die nicht aus dem Besitzstande Österreich-Ungarns gemacht werden dürfen.“

Demnach ist die Äusserung des Herrn von Bethmann, derzufolge „nur Russland erklärte, dass es bei der Austragung des Konfliktes mitreden müsse“, durchaus falsch.

Warum aber verhüllte uns der Herr Reichskanzler die Wahrheit?

Antwort: Es macht sich schlecht, wenn Deutschland

den „Schacher mit fremden Territorien", den es später eventuell den Feinden vorwerfen kann, am ersten Kriegstage schon selbst eröffnet![1] Und dann: der Standpunkt Russlands erscheint gerechtfertigt, sobald der Antagonist Serbiens — Italien — (dem ein Vordrängen slavischer Macht auf dem Balkan nicht weniger gefährlich werden könnte, als den Österreichern) sich in der Beurteilung des Ultimatums dem russischen Misstrauen gegen Österreich anschliesst.

5. Die ausgeschlagene Konferenz.

Serbien hatte sich, wie wir im Weissbuch lesen, schon in seiner Antwort an Österreich bereit erklärt, sich den Beschlüssen der Friedenskonferenz im Haag zu unterwerfen, ein Vorschlag, der von allen Grossmächten — ausser von Deutschland und Österreich — zustimmend aufgenommen wurde.

Anmerkung: Die entsprechende Depesche des Zaren fehlt im Weissbuch, jedoch sah sich Herr von Bethmann später veranlasst, ihre Existenz zuzugeben.

Auch England unterstützte den zwischenstaatlichen Vermittlungsgedanken zu wiederholten Malen. Deutschland jedoch und Österreich erklärten den österreichisch-serbischen Zwist trotz seines aussergewöhnlichen internationalen Charakters als lokal und betrachteten es unter der Würde Österreichs, irgendwelche Einsprachen Dritter zuzulassen:

---

[1] Dieser Schacher wurde dann später auch von der deutschen Presse und leider ebenso von einem Teil der schweizerischen, der Entente und insbesondere dem englischen „Krämervolk" weidlich vorgeworfen. Nicht wissend, dass Deutschland, kurz bevor es durch die Beschiessung Libaus den Weltkrieg eröffnete, seinem Bundesgenossen als Erster die so geächtete „Krämerpolitik" empfohlen hatte!

„Vom ersten Anfang des Konfliktes an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit Österreichs handelte, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde. Wir haben daher unser ganzes Bestreben darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren..." (Wohlverstanden „zu lokalisieren", nicht zu „vermeiden"! Der Autor.)

„Wir haben nachdrücklich den Standpunkt vertreten, dass kein Kulturstaat das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Österreich in den Arm zu fallen und die Serben (also das ganze Volk, der Autor) ihrer gerechten Strafe zu entziehen ..." (Hätte Deutschland lieber schon früher den Standpunkt vertreten, dass auch ein Grossstaat — Österreich — sich dem kleinen Nachbarn gegenüber einer vergewaltigenden Politik enthalten sollte, da eine dauernd feindselige Politik Groll und unliebsame Zwischenfälle hervorrufen muss, die beim Kleinstaat um so mehr in Attentate ausarten können, als Ohnmacht Wut erzeugt! Der Autor.)

„Auf unsere Erklärung, dass die deutsche Regierung die Lokalisierung des Konfliktes wünsche und erstrebe ..." (Zur Durchführung des Berlin—Bagdader Blockes, von dem die deutschen Imperialisten schon vor der Kriegseröffnung träumten. Das Streben Österreichs seit 1913 (nicht 1914!) nach einem befreundeten Grossbulgarien, als Anschluss an die befreundete Türkei, setzt voraus, dass das serbische Bindestück früher oder später vergewaltigt werden musste. Diese Voraussetzung hat sich 1914 bestätigt, da die Zentralmächte jeder offenen Aussprache über ihr Vorhaben auswichen).

„Inzwischen sind wir bemüht geblieben, durch nachdrücklichste Einwirkung auf die Kabinette eine Lokalisierung des Konfliktes durchzusetzen ..." (Anstatt durch eine Aussprache mit den Nachbaren über die dringende Frage, wie weit Österreich in seiner Handlungsweise und der Dauer gehen wolle, die Nachbaren zu beruhigen. Die Aussprache war infolge der Gefährdung des Status quo dringend nötig!)

„Österreich-Ungarn hat versprochen, durch Erklärung

seines territorialen Desinteressements Rücksicht auf russische Interessen zu nehmen, ein grosses Zugeständnis seitens eines kriegführenden Staates. Man sollte deshalb die Doppelmonarchie ihre Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen." (Dass durch die Versicherung der territorialen Integrität die Unabhängigkeit nicht gewährleistet wird, wusste die deutsche Regierung sehr genau, denn im Falle Belgiens garantierte sie ausdrücklich „die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit" (Kanzlerrede vom 4. Aug.) Für Russland und Italien war die Unabhängigkeit Serbiens so wertvoll, wie die territoriale Integrität.)

„Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreichs, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen." (Die Interessen Österreichs waren vital und legitim, das geben auch Russland und Italien zu; der Weg aber, den die Zentralstaaten einschlugen, war kristallklar-imperialistisch, daher verwerflich! Es ist unverständlich, wie die deutsche Propaganda eine Nachgiebigkeit Österreichs im Interesse des europäischen Friedens als mit der Würde Österreichs unvereinbar erklärt, während in der Tat die Befolgung eines unsicheren, abenteuerlichen Weges eher unwürdig erscheint.)

„Zu diesem Vorschlag haben wir erklärt, wir könnten uns, so sehr wir seine Tendenz billigten, an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen, da wir Österreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren könnten." (Wiederum die falsche Auffassung Preussen-Österreichs über die Würde einer Grossmacht, oder besser gesagt, wiederum die Deckung imperialistischer Ziele durch einen unhaltbaren Begriff.)

Nur die absolute Zuversicht auf einen raschen und entscheidenden Sieg, auf die kommende eigene Weltmachtstellung, wie sie bei Kriegsausbruch in der führenden deutschen Tagespresse und in einer Unzahl geheimrätlicher

Elaborate zum Ausdruck kam, konnte die Entfachung des Weltbrandes auf so morsche Schlagworte, wie „Würde Österreichs“ und „Lokaler Charakter“ basieren. Die natürliche Opposition dagegen wurde vorerst durch die bekannte Vorspiegelung eines feindlichen Überfalles unterdrückt und später sollte der zuversichtlich erwartete Siegestaumel, die errungene Weltmacht, über die Mängel der Kriegsgründe hinweghelfen.

Was heisst „**lokal**“?

Haben England und Belgien ihr Kongo-Übereinkommen von 1894 als „lokal“ erklärt, als Deutschland und Frankreich intervenierten? Keineswegs, sie gaben nach; und doch war das Abkommen ein interner Handel! Haben die Russen im Jahre 1878 als Sieger über die Türkei die Regelung der Siegesfrüchte als „lokale Angelegenheit“ erklärt, als ÖsterreichRussland „vor das Berliner Tribunal zitierte“? Absolut nicht! vielmehr hielt es der Sieger nicht unter seiner Würde, auf dem Kongresse zu erscheinen, trotzdem die Mächte eine Beteiligung an der Befreiung der Balkanvölker vom Türkenjoche zum vornherein abgelehnt hatten und vorerst mit verschränkten Armen den russischen Opfern zusahen. Gestützt nun auf diese einseitig getragenen Lasten wäre Russland im Jahre 1878 viel mehr berechtigt gewesen, die Konferenz abzuschlagen, als Österreich im Jahre 1914! Richtig und neutral gesprochen verliert jeder Konflikt zweier Staaten seinen lokalen Charakter, sobald Nachbaren, insbesondere Grossmächte, ihr Interesse an der Angelegenheit kundgeben. Verbittet sich trotzdem einer der Streitenden die Einmischung Dritter, so bezeugt er entschieden Selbstüberhebung und Kampfgier! Zumal wenn er, wie im heutigen Falle die Zentralmächte, keine triftigen Belege für den bösen Willen der Nachbarn vorzu-

bringen vermag, andererseits aber selber an einer sehr imperialistisch orientierten Mentalität leidet (vgl. S. 18—30).

Was nennt sich „**Würde**"?

War es „würdevoll", als Österreich-Ungarn die Türken 1877 durch Russen, Serben und Rumänen niederringen liess, um den geschwächten Siegern Bosnien und die Herzegowina abzunehmen, d. h. also, um das ursprünglichste Ziel des Krieges — die Befreiung dieser Gebiete — zu vereiteln? Wo bleibt sodann die Würde einer kultivierten Grossmacht, wenn sie, infolge einer gewalttätigen Politik, in kritischen Tagen ihr Parlament nicht einberufen darf? Wenn sie sich genötigt sieht, in schweren Zeiten eine stattliche Zahl ihrer Abgeordneten dem Strang zu überliefern (Hinrichtung tschechischer, bosnischer und italienischer Volksvertreter und Patrioten)? Ist es ferner „würdevoll", wenn der Bevollmächtigte einer Grossmacht in neutralem Lande durch Bestechungen Gewaltakte hervorzurufen versucht, worauf ihm vom Gastgeber die Türe gewiesen wird (Dr. Dumba)? Und schliesslich: entsprach es der „Würde" Österreichs, selbst Neutrale unter einem Weltkrieg leiden zu lassen, wenn es die vorgesteckten, legitimen Ziele durch die Konferenz hätte weit zuversichtlicher erhoffen können? Denn weder die allgemeine politische Entwicklung, noch insbesondere die Haltung Englands oder Russlands gaben den Zentralmächten Berechtigung, einen illoyalen Ausgang der Konferenz zu befürchten. Muss doch das Rotbuch zugeben, dass Sassonow sich äusserte: „Das Ziel Österreichs sei vollkommen legitim, aber der Weg (Appell an die Waffen) sei nicht der Sicherste"

Da in jener Zeit kein Staat vorbereitende Massnahmen zur Mobilisation getroffen hatte, so wäre es möglich gewesen, die Unterhandlungen in aller Ruhe zu pflegen. Die Mächte, die sich durch das Vorgehen Österreichs be-

droht fühlten, hätten auf der Konferenz erfahren, wie weit Österreich gehen würde; und die Unterschrift Deutschlands — der Kernpunkt des Ganzen — würde ihnen eine Garantie geben, dass der militärische Druck auf Serbien zeitlich beschränkt bliebe, sofern er überhaupt in Anwendung kommen müsste. Wäre Serbien infolge der Konferenz dem drohenden „Strafgericht" diesmal entgangen, so hätte die serbische Regierung im eigenen Interesse ihr Möglichstes getan, die österreich-feindliche Stimmung in eine freundliche zu verwandeln, um der Eventualität eines späteren, von den Mächten zum vornherein autorisierten und zeitlich begrenzten militärischen Eingriffes auszuweichen.

Andererseits konnte die österreichische Regierung kaum im Ernste annehmen, dass ihre blutige „Strafexpedition", deren unbegrenzter Charakter den Hass Serbiens zwangsläufig vermehren musste, die Lage verbessern werde. Sie wusste, dass ihr unbestimmtes Vorhaben, ein ganzes Volk für Vergehen Einzelner zu züchtigen, selbst die Missbilligung Neutraler finden würde, die Serben aber zur blinden Wut aufpeitschen musste! Ein urwüchsiges Volk, dessen Temperament durch zwei Kriege und die bedrohende Politik eines übermächtigen Nachbarn aufgewühlt ist, bringt bei so krasser Ungerechtigkeit wohl Helden hervor, doch keine kühlen Vernunftsmenschen! Denn zum vermehrten politischen Hass gesellt sich als neues Moment die persönliche Rache; wer seinen nächsten Angehörigen in einem offensichtlich vergewaltigenden Kriege elend verschollen oder verkommen weiss, der findet die Tellsgeschosse und auch die Köpfe, welche er für die Schrecken verantwortlich macht. Nach jedem Kriege folgten Attentate; warum

soll der österreichisch-serbische Krieg das Gegenteil hervorrufen! Utopie!!

Somit hätte die Konferenz den Österreichern weit eher Ruhe gebracht, als der Appell an die Waffen!

Doch Österreich wollte offensichtlich nicht die Ruhe, sondern die Mehrung seiner Macht, — die Verwirklichung seiner Orientpolitik!

ZEHNTES KAPITEL

KRIEGSERÖFFNUNG

Zweiter Teil: Der deutsch-russische Konflikt.

1. Die fragwürdige Vermittlung.

„Kein Staat kann ehrlicher und energischer darnach gestrebt haben, den Frieden der Welt zu erhalten, als Deutschland!"

Um diesen Worten des Kanzlers zu entsprechen, war Deutschland genötigt gewesen, Handlungen im Sinne des Friedens vorzunehmen. Diese konnten nur in einer vermittelnden Tätigkeit zwischen dem auf eine Vergewaltigung Serbiens abzielenden Österreich und dem offen opponierenden Russland liegen. Demnach behauptet auch die deutsche Propaganda in häufiger Wiederholung, dass von deutscher Seite zur Errettung des Friedens „vermittelt" worden sei, insbesondere, dass der Kaiser die Vermittlerrolle übernommen hatte:

„Ungefähr zu derselben Stunde und vor Empfang des Telegrammes bittet der Zar seinerseits den Kaiser um seine Hilfe, er möge doch in Wien zur Mässigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle." (Kanzlerrede vom 4. August 1914.)

„Trotzdem setzten wir in Wien unsere Vermittlungsaktion fort, und zwar in Formen, welche bis an das Äusserste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis noch verträglich war." (dito.)

„Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln usw." (dito.)

„Die österreichisch-ungarische Regierung hat unter voller Würdigung unserer vermittelnden Tätigkeit zu diesem Vorschlag bemerkt, dass er nach Eröffnung der Feindseligkeiten zu spät komme. Trotzdem haben wir unsere Vermittlungsversuche bis zum Äussersten fortgesetzt und haben in Wien geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen." (Weissbuch.)

„Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, von dem wir die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes erhoffen zu können glaubten ... Während in der Zeit vom 29. bis 31. Juli diese unsere Bemühungen um Vermittlung von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden usw." (Weissbuch.)

Ähnliche Hinweise auf eine ernsthafte vermittelnde Tätigkeit sind im Weissbuch häufig zu finden; dagegen fällt dem objektiven Leser auf, dass jegliche Dokumentierung, die einen Einblick in die Art der Vermittlung geben könnte, fehlt. Das heisst, die so unendlich wichtigen entsprechenden Berichte der deutschen Regierung an die österreichische sind im Weissbuch nicht enthalten. Dieser Mangel ist ausserordentlich belastend! —

Die Bitte um Vermittlung ging von Russland aus, wie uns die Telegramme des Zaren an den Kaiser lehren:

„Um einem Unglück, wie es ein europäischer Krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir Mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen." (Weissbuch; Anl. 21.)

„Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt." (dito; Anl. 23a.)

Der Kaiser nahm die Vermittlung an, führte sie aber in einer Weise durch, die das Wort „Vermittlung" nicht im

geringsten rechtfertigt. Der Zar wünscht Garantien dafür zu haben, dass Serbien nicht vergewaltigt, und Russland durch Änderung des Status quo nicht bedroht werde; der Kaiser aber stellt sich vollkommen auf den Standpunkt Österreichs, gibt vor, zu vermitteln, während er in der Tat nur übermittelt! Folgende Stelle aus dem Weissbuch zeigt uns in bester Weise, dass die Zentralmächte glaubten, in einer Übermittlung eine vermittelnde Tätigkeit sehen zu dürfen:

„Wir haben uns aber auch bereit gefunden, nach Ablehnung der Konferenzidee einen weiteren Vorschlag Sir Greys nach Wien zu übermitteln, in dem er anregt, Österreich-Ungarn möchte sich entschliessen entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen. Die Österreich-Ungarische Regierung hat unter voller Würdigung unserer vermittelnden Tätigkeit zu diesem Vorschlag bemerkt, dass er nach Eröffnung der Feindseligkeiten zu spät komme."

Sofern aber jemand nur übermittelt, darf er sich keineswegs die Rolle eines „Vermittlers" zuschreiben. Ein berühmter deutscher Autor nennt diese Art der Dienste „Briefträgerdienste"!

Alle Grossmächte waren der Überzeugung, Österreich könne seine vitalen Interessen vor serbischen Angriffen schützen, ohne Unbeteiligte durch Änderung des Status quo ante zu gefährden; Deutschland aber teilte die österreichische Auffassung, dass die Vergewaltigung Serbiens dringlich war. Hier die Belege aus dem Weissbuch:

„Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, dass eine Aktion, die er für notwendig halte, um der gegen den

Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde..."

„Wir liessen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien."

So spricht gewiss kein Vermittler! Vielmehr stimmen diese Worte des Weissbuches absolut mit jener Präzisierung der deutschen Auffassung überein, wie sie uns schon vor Kriegsausbruch beispielsweise aus der Wiener „Neuen Freien Presse" bekannt war (Nr. 17932):

> **„Berlin,** 27. Juli. — Über den Standpunkt der deutschen Regierung zu Vermittlungsbemühungen wird Ihrem Korrespondenten an massgebender Stelle folgendes mitgeteilt: Vermittlungsbemühungen sind gewiss nicht von vornherein abzuweisen, doch sind für die deutsche Regierung die Fragen entscheidend:
>
> Wünscht Österreich-Ungarn überhaupt eine Vermittlung? Und wenn sie sie wünscht, in welchem Umfange?
>
> Die deutsche Regierung würde sich an einer Vermittlungsaktion nur beteiligen, wenn sie wüsste, dass das in Wien erwünscht wäre. An einer in Wien nicht gewünschten Vermittlung teilzunehmen, lehnt Deutschland entschieden ab, da die Teilnahme einer solchen Vermittlung einer Pression auf den Bundesgenossen gleichkäme.
>
> Wie Ihr Korrespondent weiter erfährt, handelt es sich bei der diplomatischen Aktion, die einzelne Mächte planen, in erster Linie um die Vermittlung zwischen Österreich und Russland, die aber doch in der Weise erfolgen soll, dass gewisse Schärfen der österreichischen Forderungen gegen Serbien gemildert werden."

Österreich wünschte, wie wir aus der amtlichen Propaganda der Zentralstaaten erfahren, diese Milderung gewisser Schärfen nicht; sondern diese Propaganda bezeichnet die von Österreich unternommenen Schritte lediglich als „Defensivmassregel gegenüber den serbischen Wühlereien", erklärt, „dass Österreich-Ungarn notgedrungen Garantien

für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens verlange" (Weissbuch), und geht auf die Frage der Möglichkeit anderer Wege nicht ein. Da nun Österreich die Milderung nicht wünschte, so konnte es auch keine Vermittlungsaktion gutheissen; was wiederum, laut Ansicht der zitierten „massgebenden Stelle", Deutschland veranlassen musste, von einer aufrichtigen und wirkungsvollen Vermittlung abzusehen. Wenn die deutsche Propaganda aber trotzdem mit auffälligem Eifer von einer Vermittlung spricht, so bestätigt sie damit allerdings, dass auch sie im Grunde das Attentat von Serajewo zur Rechtfertigung des Weltkrieges nicht für triftig genug erachtet; sie beweist aber nicht, dass sie die Vermittlung tatkräftig und ehrlich führte.

Die August-Thronrede des Kaisers spricht für das Gegenteil:

> „... Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht: Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen."

Wer etliche Tage nach Übernahme der Vermittlerrolle in so entschiedener Form das absolute Recht der einen Partei erklärt und sogar zufügt, dass er durch eigene Interessen an die Seite dieser Partei gerufen wird, gibt zu, dass er zum vornherein nicht als Vermittler in Betracht kommen konnte.

So lässt sich denn die deutsche Vermittlertätigkeit am Besten durch folgende Worte in Kürze illustrieren: „Du, Russland, erreichst bei mir, Deutschland, nichts; doch will ich gerne zusehen, dass Du mit meinem Freunde

Österreich reden darfst, denn dort erreichst Du — erst recht nichts!“

Dass Russland, nach deutscher Auffassung, dort nichts erreichen sollte, ersehen wir ebenfalls aus dem Weissbuch. Eine Depesche des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in St. Petersburg vom 28. Juli 1914 zeigt einwandfrei, dass Deutschland sich wohl herbeiliess, Österreich zu *Erklärungen* zu veranlassen, mit denen sich Russland zufrieden geben sollte; nicht aber zu *Verhandlungen*, zur Mässigung, zur Entgegennahme russischer Garantien, zur Preisgabe der serbischen Vergewaltigung und in letzter Linie der deutschen Orientpolitik. Die ungerechte und vergewaltigende Handlungsweise Österreichs sollte in vollem Umfang weiter rollen:

> „Wir bemühen uns unausgesetzt, Wien zu veranlassen, in Petersburg Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Russland befriedigenden Weise *klarzulegen*. Hierzu ändert auch die inzwischen erfolgte Kriegserklärung (an Serbien) nichts.“ (Weissbuch, Anl. 14.)

Zu dieser *Klarlegung* bedurfte es natürlich des deutschen Eingriffes nicht, denn die Klarlegung externer Handlungen gehört zu den elementarsten Selbstverständlichkeiten, sobald ein Nachbarstaat interveniert. Erfolgt sie nicht, so kommt das Schweigen einer groben Beleidigung, ja einer Kriegserklärung gleich! Die Erhaltung des Friedens forderte keine „Klarlegung“, sondern eine Besprechung zwischen den beiden Parteien (Österreich einerseits, Russland und Italien andererseits) über die Art, wie man der Gefährdung *aller* am zweckmässigsten begegnen könne.

Daher bleibt auch die deutsche Behauptung von Vermittlungsversuchen rein aus der Luft gegriffen!

2. Die provozierte russische Mobilisation.

Österreich mobilisierte gleich nach Abbruch der Beziehungen zu Serbien, d. h. am 26. Juli. Wie das Weissbuch sagt: gegen Serbien; doch wie Herr von Bethmann zugeben muss: auch zwei Armeekorps in Böhmen, also gegen Polen. Russland traf hierauf vorbereitende Massnahmen und erklärte am 27. Juli dem deutschen Militärattaché:

> „Wenn Österreich-Ungarn die serbische Grenze überschreitet, würden die auf Österreich gerichteten Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan mobilisiert.“ (Weissbuch.)

Trotz dieser Drohungen vernahmen wir durch die neutrale Presse am folgenden Tage, dass die Feindseligkeiten durch Einmarsch der Österreicher in Serbien eröffnet worden seien.

Bis zu diesem Moment waren in Russland nur vorbereitende Massnahmen getroffen worden, denn:

> „Am 27. Juli erklärte der russische Kriegsminister Ssuchomlinow dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei. Es würden lediglich Vorbereitungsmassregeln getroffen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen.“ (Weissbuch.)

Ferner bestätigte laut Weissbuch der russische Generalstabschef dem deutschen Militärattaché noch am 29. Juli ehrenwörtlich, dass bis 3 Uhr nachmittags keine Mobilmachung erfolgt sei. Auf Offiziersparole erklärte er, dass alle gegenteiligen Nachrichten unrichtig seien, es möge hier und dort allenfalls ein falscher Allarm vorliegen.[1])

[1]) Der Kenner Russlands erachtet es für sehr leicht möglich, dass die russischerseits zugegebenen Vorbereitungen zu falschem Allarm Anlass gaben. (So scheint über Riga das Gerücht der Mobilisation ge-

Trotzdem hatte der deutsche Botschafter schon am 26. Juli nach Berlin gemeldet (laut Weissbuch):

„Ich halte für sicher, dass für Kiew und Odessa die Mobilmachung befohlen worden ist. Bei Warschau und Moskau ist dies fraglich und bei den andern wohl noch nicht der Fall."

Desgleichen berichtet das Weissbuch:

„Im Laufe des gleichen Tages (26. Juli 1914) gelangten auch bereits die ersten Meldungen über russische Mobilmachungen nach Berlin.

In den folgenden Tagen (nach dem 27. Juli) folgten sich die Nachrichten über russische Mobilisierungen in schnellem Tempo."

Alle diese Meldungen beruhen auf Irrtum. Ich habe seit Kriegsbeginn nicht einen in Russland lebenden Schweizer getroffen, der die Wahrheit der russischerseits gegebenen Ehrenworte bezweifelte. Dagegen gibt die russische Regierung zu, vorbereitende Massnahmen getroffen zu haben. Diese sind in Anbetracht der enorm langsamen Mobilisationsmöglichkeit Russlands selbstverständlich, da nach der deutschen Einmilliardensteuer, der Mission Liman von Sanders und der schroffen Note Österreichs an Serbien, einsichtige Politiker die Eröffnung des Weltkrieges von seiten Deutschlands voraussahen. Russland konnte sich nicht auf die Wahrscheinlichkeit verlassen, dass Deutschland zuerst durch Belgien auf Paris losschnellen werde, sondern musste auf alle Fälle durch vorbereitende Massnahmen die Langsamkeit seiner Mobilisation möglichst beheben, um das sehr exponierte

schwebt zu haben, und zwar lediglich auf Grund der Einberufung beurlaubter aktiver Offiziere im benachbarten Kurort Majorenhof; in Riga selbst wusste man von dem Gerücht nichts.) In Russland war die ganze Mobilisation nicht in dem Masse zum vornherein eingedrillt, wie in Deutschland, weshalb im Ernstfalle die geringsten vorbereitenden Massnahmen Anlass zu falschen Gerüchten geben konnten.

Polen zu schützen. Verzichtete doch auch Deutschland, das im Vergleich zu Russland als „permanent mobilisiert“ bezeichnet werden darf, nicht auf vorbereitende Massnahmen.[1])

Die russische Teilmobilisation wurde erst am 30. Juli 4 Uhr morgens durch ein offizielles Communiqué bekannt gegeben, nachdem sie am Tage vorher beschlossen worden war. (Laut einem in Deutschland abgefangenen Brief des belgischen Gesandten in Petersburg). Sie erfolgte demnach um vieles später, als die entsprechende österreichische Teilmobilisation. Ziehen wir die bereits früher besprochenen „hindernden Umstände“ der russischen Kriegführung in Betracht, so müssen wir feststellen, dass in der russischen Handlungsweise durchaus nichts Provozierendes lag.

Die Gefahr einer Störung des europäischen Friedens trat erst durch die österreichische Gesamtmobilisation ein. Hier hätte Deutschland, so es den Frieden wirklich erhalten wollte, seinem Bundesgenossen „in die Speichen fallen“ müssen. Die deutsche Propaganda geht über diesen wunden Punkt auffallend leicht hinweg: das Weissbuch, die Kanzlerrede vom 4. August, die ungezählten Presseaufsätze, die Kanzlerrede vom 4., die ungezählten Presseaufsätze, sie alle schwenken aus dem Thema der deutschen Vermittlungsbemühungen direkt auf die russische Gesamtmobilisation über, ohne die vorangegangene Gesamtmobilisation Österreichs zu erwähnen. Diese war

[1]) Ein in der Gegend von Aachen ansässiger Holländer, der bei Kriegsausbruch in Aachen weilte, versicherte mir, dass etliche Tage vor dem ersten deutschen Mobilmachungstag jene Gegend aussah „wie im vollen Kriege. Unübersehbare Artilleriemassen wälzten sich ununterbrochen, von Norden kommend, an die belgische und französische Grenze“. Ich fand diese Mitteilung später in dem ausgezeichneten Buche des Belgiers Baron Beyens „L'Allemagne avant la guerre“, S. 298, bestätigt.

zwar dem deutschen Volk durch die Presse bekannt, sie wurde aber in den chronologischen Schilderungen stetsfort einfach ausser Acht gelassen, weshalb der Leser, der sich nicht eingehend mit der Materie befasste, ein falsches Bild bekam.

Genaue Angaben über die russische und österreichische Gesamtmobilisation sucht man in der ganzen deutschen Propaganda umsonst. Dagegen sind zwei im August 1914 durch die Presse gegangene Dokumente sprechend genug, um dem Suchenden ein klares Bild zu geben.

Erstes Dokument:

Wien, 1. Aug. (Amtlich).

„Die Amtsblätter in Wien und Budapest verlautbaren heute: Nach einer amtlichen Mitteilung vom 31. Juli hat der Kaiser die allgemeine Mobilisierung des Heeres und der Kriegsmarine und der beiden Landwehren, sowie die Aufbietung und Einberufung des Landsturmes anbefohlen. Diese Verfügung ist veranlasst durch die von Russland angeordnete Mobilisierung. Der vom Kaiser befohlenen Massnahme wohnt keine, wie immer geartete aggressive Tendenz inne, sondern es handelt sich lediglich um eine vorsichtshalber getroffene Vorkehrung zum unerlässlichen Schutze der Monarchie." (Berl. Tagebl. 386.)

Die Fassung dieses österreichischen Communiqué's ist ausserordentlich vielsagend, und daher historisch wichtig. Wir sehen vor allen Dingen, dass Österreich zur Zeit der Abfassung, d. h. am 31. Juli (Tageszeit unbestimmt), von der russischen Gesamtmobilisation nichts wusste; denn es wäre eine geradezu tölpelhafte Unterlassungssünde gewesen, von der allgemeinen russischen Mobilisation Kenntnis zu haben und nicht darauf zu fussen; Österreich vernahm offensichtlich auch nicht mehr, als alle Welt, nämlich dass Russland Tags zuvor seine Teilmobilisation durch ein offizielles Communiqué bekannt gegeben hatte.

Desgleichen macht das österreichische Communiqué ausdrücklich darauf aufmerksam, dass der Gesamtmobilisierung keine aggressive Tendenz innewohne, wodurch Russland zur Nachahmung geradezu provoziert wurde.

Zweites Dokument:

Mitte August sah sich die deutsche Presse veranlasst, einen Depeschenwechsel zwischen König Georg und dem Zaren zu veröffentlichen, der zuerst durch die holländische Presse in Deutschland einsickerte. Die Echtheit der Telegramme wurde nicht bezweifelt. Der Bericht des Zaren gibt uns über die russische Auffassung der Mobilisation Aufschluss:

„.. Das Ziel der Österreicher war, Serbien zu zermalmen und daraus einen Vasallenstaat zu machen, um das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan zu zerbrechen, das für mein Reich ein Lebensinteresse darstellt. Alle friedlichen Vorschläge, eingeschlossen die Ihrer Regierung (der englischen), sind von Deutschland und Österreich zurückgewiesen worden. Die österreichisch-serbische Kriegserklärung hat mich gezwungen, einen Teil meines Heeres mobil zu machen, obwohl schon in diesem Augenblicke meine militärischen Ratgeber mich verpflichteten, die allgemeine Mobilmachung zu verkünden wegen der Schnellig keit der deutschen Mobilmachung verglichen mit der unsrigen. Ich bin dazu, das ist richtig, bald gezwungen worden durch die allgemeine Mobilmachung Österreichs, das Bombardement von Belgrad, die Zusammenziehung österreichischer Truppen in Galizien und geheime militärische Vorkehrungen, die von Deutschland unternommen wurden ..."

Hier sehen wir, im Gegensatz zum österreichischen Dokument, dass die russische Gesamtmobilisation sich auf die österreichische Gesamtmobilisation stützt. Dieser inhaltliche Beleg ist insofern wichtig, als uns, wie schon

bemerkt, die deutsche Propaganda über die Zeitpunkte der österreichischen und russischen Gesamtmobilisation im Unklaren lässt. (Auf Grund internationaler Dokumente erfolgten beide Mobilisationen am 31. Juli, die österreichische in den allerfrühesten Morgenstunden, die russische gegen Mittag.) **Es ist für Österreich ausserordentlich belastend, dass es zur Zeit seiner Gesamtmobilisation nicht auf die entsprechende russische fussen konnte, während die russische sich auf die österreichische stützt.**

Der verhängnisvolle Gang der Dinge war in Berlin übrigens bekannt. Dem belgischen Vertreter in Berlin, Baron Beyens, wurde an der Wilhelmstrasse zum voraus prophezeit:

> „Österreich wird auf die russische Teilmobilisation mit seiner Gesamtmobilisation antworten. Es bleibt zu befürchten, dass Russland hierauf ebenfalls seine vollen Kräfte mobilisiert, was Deutschland veranlassen würde, dasselbe zu tun." (L'Allemagne avant la guerre, S. 299.)

3. Die Inszenierung des Weltbrandes.

Die Zentralmächte konnten auf die Dauer der von allen friedliebenden Kreisen geforderten Konferenz nicht ausweichen. Sie entschlossen sich daher schliesslich, in eine solche einzuwilligen, **jedoch wurde die entsprechende Einwilligung erst abgegeben, nachdem Österreich am 31. Juli 1914 in der allerfrühesten Morgenstunde die allgemeine Mobilisation proklamiert und demnach auch Russland zu der entsprechenden Gegenmassnahme provoziert hatte. Die Gegenmassnahme Russlands aber wurde von Deutschland als Kriegsgrund hingestellt. Dadurch wurde die Einwilligung zur Konferenz illusorisch.**

Das Weissbuch suchte den ausserordentlich peinlichen und belastenden Eindruck, den dieses Zusammentreffen

des Zeitpunktes verursachen musste, dadurch zu verwischen, dass es die Bereitschaft in Konversationen einzutreten unter falschem Datum bekannt gab. Denn während uns die internationalen Dokumente übereinstimmend zeigen, dass der entsprechende Schritt in Petersburg erst am 31. Juli — dem Tage der österreichischen und russischen Gesamtmobilisation — vorgebracht wurde, bringt das Weissbuch als Datum den 29. Juli:

> „Da die russische Regierung auf die verschiedenen Anfragen über die Gründe ihrer drohenden Haltung des öfteren darauf hinwies, dass Österreich-Ungarn noch keine Konversation in Petersburg begonnen habe, erhielt der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg *am 29. Juli auf unsere Anregung die Weisung mit Herrn Ssassonow die Konversation zu beginnen.*“

Das Datum der internationalen Dokumente, nicht dasjenige des Weissbuches, ist richtig; denn der Kanzler spricht in seiner Rede vom 9. November 1916 von einer entsprechenden Instruktion, die er *am 30. Juli* (!) an den Botschafter nach Wien gab, und das sechs Monate nach dem Weissbuch erschienene österreichische Rotbuch gibt ebenfalls zu, dass Graf Berchtold erst:

> „am 30. *Juli* dem Grafen Szapary telegraphierte, er sei bereit, die einzelnen Punkte der Note Herrn Ssassonow erläutern zu lassen und bei dieser Gelegenheit *entsprechend der durch Schebeko verdolmetschten Anregung* die unsere Beziehungen zu Russland direkt betreffenden Fragen einer vertrauensvollen, freundschaftlichen Aussprache zu unterziehen.“ (Auszug des „K. k. Korr.-Bureau“ aus dem Rotbuch; B. N. 61.)

Demnach wurde die Order erst am 30. Juli nach Petersburg telegraphiert und, wie die internationalen Dokumente richtig melden, am 31. Juli, d. h. nach der Bekanntgabe der österreichischen Gesamtmobilisation, Herrn Ssas-

sonow vorgelegt. Mit Recht wird die Datumfälschung des Weissbuches von vielen Neutralen als Perfidie bezeichnet.

An demselben Tage, da Österreich sich bereit erklärte, in eine Aussprache einzutreten — da es am frühesten Morgen seine Gesamtmobilisation proklamierte, welche unverzüglich durch die russische Gesamtmobilisation beantwortet wurde — an demselben Tage sandte Deutschland an Russland folgendes Ultimatum:

> „Trotz noch schwebender Vermittlungsverhandlungen und obwohl wir selbst bis zur Stunde keinerlei Mobilmachungsmassnahmen getroffen haben, hat Russland seine ganze Armee und Flotte, also auch gegen uns, mobilisiert. Durch diese russischen Massnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des Reiches die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Die Mobilisierung muss aber folgen, falls nicht Russland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmassnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt." (Weissbuch.)

Die Ungehörigkeit dieses Verlangens liegt klar am Tage: Russland soll vollkommen demobilisieren („gegen uns und Österreich-Ungarn"), Österreich-Ungarn dagegen bleibt mobilisiert! Russland konnte auf eine solche Herausforderung keine absolute Zusage geben, trotz zur Kriegführung hindernder Faktoren (ungenügende materielle Vorbereitung, Trockenjahr usw.). Das Ultimatum wird in der Weltgeschichte nicht nur durch die beleidigende Forderung, sondern auch infolge seines hinterlistigen Charakters, einzig dastehen; denn während es, kurz gesagt, erklärt: „Entweder du demobilisierst, oder ich mobilisiere auch", verbirgt es den wahren Gedanken: „ .. oder ich erkläre Dir den Krieg!" Gewiss äusserte sich der deutsche Botschafter in Petersburg am 26. Juli wie folgt:

„Vorbereitende militärische Massnahmen Russlands werden uns zu Gegenmassregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg."

Da jedoch Österreich inzwischen, bei Anlass seiner Gesamtmobilisation, eine gegenteilige Versicherung abgab, welcher Russland in demselben Sinne gefolgt war, und da Deutschland seine frühere Auffassung am 31. Juli weder im Rahmen des Ultimatums, noch in einer persönlichen Mitteilung des Botschafters wiederholte, so durfte der Zar hoffen, dass der deutsche Kaiser, der seine Friedliebe hoch und heilig beteuerte, eine Ablehnung des Ultimatums nur mit der Gegenmobilisation beantworten werde. Dies um so mehr, als ungefähr gleichzeitig mit dem Ultimatum der deutschen Regierung vom Kaiser an den Zaren ein Telegramm abging, worin der Kaiser die Worte gebrauchte: „Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt mich zu defensiven Gegenmassregeln" (lt. Weissbuch). So jemand nun von „defensiven Gegenmassregeln" spricht, so erwartet man von ihm keine Kriegserklärung! Daher erfolgte, statt einer Antwort der russischen Regierung auf das Ultimatum, folgende Antwort — oder besser gesagt Zwischenfrage — des Zaren an den Kaiser:

„Ich habe Dein Telegramm erhalten. Ich verstehe, dass Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, dass diese Massnahmen nicht Krieg bedeuten und dass wir fortfahren werden, zu verhandeln, zum Heil unserer beiden Länder und des allgemeinen Friedens, der unseren Herzen so teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muss es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergiessen zu verhindern. Dringend erwarte ich voll Vertrauen Deine Antwort." (Weissbuch.)

Eine günstigere Antwort russischerseits wurde in

Berlin auf das Ultimatum nicht erwartet, denn am 1. Aug. 1914 lasen wir im „Berliner Tageblatt":

„Dass die russische Antwort günstig ausfallen werde, wird selbst von einigen hohen Persönlichkeiten des auswärtigen diplomatischen Korps in Berlin, die bisher an einem gewissen Optimismus festhielten, nicht geglaubt. Zum mindesten wagt in dieser Stunde niemand, solch eine Hoffnung zu äussern. Das Beste, was man als möglich zu bezeichnen wagt, ist, dass die Antwort nicht absolut ablehnend lauten könnte."

Eine fernere Antwort durfte Deutschland nicht erwarten, nachdem sich seine Kriegserklärung mit der russischen Zwischenfrage gekreuzt hatte, und es demnach selber die Beziehungen abbrach.

4. Der vorgetäuschte Überfall.

Um die Empörung im eigenen Volke zu steigern und die Sympathie der Neutralen zu gewinnen, stellte die deutsche Propaganda die Vorkommnisse dergestalt hin, als ob Russland ohne eine Antwort auf das Ultimatum zu geben, Deutschland überfallen hätte, welcher Aktion sich Frankreich, ebenfalls unter Umgehung jedes Völkerrechtes, anschloss.

Belege: „Was Russland auf unsere Forderung der Demobilisation geantwortet hat, wissen wir bis heute nicht." (Kanzlerrede vom 4. August.)

„Russland hat den Krieg eröffnet" (Fettgedruckte Überschrift im „Berl. Tagebl." v. 3. Aug. 1914).

„Ehe noch eine Kriegserklärung ausgesprochen und ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgt war, sind russische Truppen in das deutsche Reichsgebiet eingedrungen und haben damit den Krieg gegen das deutsche Volk eröffnet." (Lokalanzeiger vom 3. Aug.)

„Wichtig ist der Vorgang (russ. Besetzung Eydkuhnens am 2. August) nur insofern, als er einen neuen Beweis

dafür erbringt, dass Russland deutsches Reichsgebiet angegriffen und damit den Krieg erklärt hat.“ (Lokalanzeiger vom 3. August.)

„Dass der brutale Überfall auf Deutschland, der jetzt zur Ausführung gelangt, von England mit seinen Entente-Genossen kalten Blutes abgekartet worden ist, wusste man längst.“ (Lokalanzeiger vom 14. August.)

„Franzosen und Russen, die ohne Kriegserklärung und unter Bruch gegebener Zusagen über uns herfallen, sind einander würdig.“ (Lokalanzeiger vom 4. August.)

„Gott liess zu, dass der Feind uns zwang, dieses Fest (Weihnachtsfest) hier zu feiern. Wir sind überfallen!“ (Kaiser Wilhelm II.)

„Wir werden diesen Kampf zu einem Ende führen, der unser Reich vor einem neuen Überfall schützt und der friedlichen Arbeit des deutschen Geistes und der deutschen Hände für alle Zukunft ein freies Feld sichert.“ (Wilhelm II.)

„Wir stecken das Schwert nicht ein, bis Sicherheit vorhanden ist, dass die Nachbaren nicht wieder über uns herfallen.“ (Präsident des Herrenhauses.)

„Nach wenigen Monaten überfielen uns Russland, England und Frankreich gemeinsam, um uns zu vernichten. Nie ist ein friedliches Volk schmählicher überfallen worden.“ (Finanzminister Lentze.)

„Die halbe Welt ist aufgestanden, um uns zu vernichten.“ (Nordd. Allg. Ztg.)

„Amtlich wird gemeldet: Berlin, 6. August. Die k. und k. österreichisch-ungarische Regierung hat der deutschen Regierung mitgeteilt, der Botschafter Graf Szapary in Petersburg sei beauftragt worden, der russischen Regierung zu notifizieren, dass Österreich-Ungarn angesichts der drohenden Haltung Russlands in dem Konflikt mit Serbien, sowie im Hinblick auf den Kriegszustand, der infolge des Angriffs Russlands auf Deutschland (!) zwischen diesen beiden Mächten eingetreten sei, sich seinerseits als im Kriegszustand mit Russland befindlich betrachte.“ (Berl. Tagebl. 395.)

Was Wunder, wenn bei solch positiven Behauptungen nicht nur das ganze deutsche Volk, sondern auch Neutrale

sich täuschen liessen. Und doch beruht die deutsche Theorie des feindlichen Überfalles auf einer Schiebung: Nicht Russland hat den Krieg durch seine Grenzverletzung in der Nacht vom 1. und 2. August eröffnet, sondern Deutschland durch die Beschiessung Libaus, bald nach Übergabe seiner Kriegserklärung. Diese Tatsache wurde dem deutschen Marineamt sofort durch Funkspruch gemeldet, aber dem Publikum verspätet und unter falschem Datum bekannt gegeben.

Es musste beispielsweise dem objektiven und aufmerksamen Leser des „Berliner Lokalanzeigers" vom 3. August („Der Montag Nr. 388") auffallen, dass sämtliche „Grenzverletzungen" Russlands und Frankreichs datiert waren, einzig undatiert aber nur die zu vorderst gesetzte Meldung über das deutsche Bombardement von Libau. Der Leser konnte klar ersehen, dass die feindlichen Aktionen sich am 2. August, frühestens aber in der Nacht vom 1. auf den 2. August abgespielt hatten. Über die eigene Aktion las er nur die allerdings zu vorderst gesetzte Meldung:

> „Amtliche Mitteilung: Der Kommandant des kleinen Kreuzers „Augsburg", Kapitän z. S. Andreas Fischer, meldet um 9 Uhr abends durch Funkspruch: Ich bombardiere den Kriegshafen Libau und bin im Gefecht mit feindlichem Kreuzer. Ich habe Minen gelegt. Der Kriegshafen Libau brennt."

Da die Meldung in der Presse vom 3. August veröffentlicht wurde, musste der Leser annehmen, dass die deutsche Aktion am Abend vorher, also nach den russischen Feindseligkeiten geschah. Andere Blätter nannten direkt das falsche Datum, brachten aber die Meldung in unamtlicher Form:

> Beispiel: „Der kleine Kreuzer „Augsburg" meldete gestern um 9 Uhr nachmittags durch Funkspruch: Bom-

bardiere Kriegshafen Libau, bin im Gefecht mit feindlichem Kreuzer, habe Minen gelegt. Kriegshafen Libau brennt." (Berl. Tageblatt vom 3. August.)

Der objektive Leser wusste genug: Der offiziöse „Lokalanzeiger" brachte die Meldung in amtlicher Form, doch ohne Datum; das auf einen prüfenden Leserkreis zugeschnittene „Berliner Tageblatt" getraute sich hierzu nicht, nennt das mutmassliche Datum und bringt die Meldung in einer unamtlichen Form. Es war klar, dass die Beschiessung am Sonnabend, den 1. Aug. und nicht am Sonntag, den 2. August stattgefunden hatte.

Später passierte dem „Leipziger Tageblatt" das Missgeschick, diese Tatsache ungewollt zu bestätigen, indem es am 21. August den Brief eines Matrosen der „Augsburg" an seine Eltern veröffentlichte. Da lasen wir:

„... Am Sonnabend gegen 8 Uhr kamen wir vor Libau an, nachdem wir glücklich die von den Russen gelegten Minen passiert hatten ..." (Es folgt eine Schilderung der Beschiessung usw.)

Nur die ungeheure Verwirrung und die aufgepeitschte Rassensympathie lassen es erklärlich erscheinen, dass die Schiebung des „fremden Überfalles" nicht sofort in gebührender Weise vom deutschen Volk und von den Neutralen abgelehnt wurde.[1])

---

[1]) Wie gutgläubig pangermanistisch gesinnte Neutrale auf den deutschen Köder anbissen, zeigt uns ein Broschürchen unseres Alt-Bundesrichters Professor Leo Weber in Bern. In seinen „Gedanken eines schweizerischen Neutralen über das Buch *J'accuse* lesen wir S. 17: „So wurde denn auch das Ultimatum von Russland einfach unbeantwortet gelassen. In der Nacht vom 1. zum 2. August begannen an drei Stellen der preussischen Front die Feindseligkeiten. Das ist der aktenmässig festgestellte Hergang." Unser gründlicher Forscher weiss aber nichts davon, dass Deutschland in provozierender Weise vorher Libau beschoss, denn „seine Akten" melden **nichts davon!**

Ähnlich wie an der russischen Front, so suchte die deutsche Propaganda auch die Eröffnung der Feindseligkeiten an der Westfront dem Feinde zuzuschieben. Sie stützte sich zu diesem Zwecke auf wertlose Gerüchte, die in der Luft herumschwirrten und leider amtlich verbreitet wurden. Wie absolut wertlos diese amtlichen Meldungen waren, ersehen wir an folgender Depesche:

„Amtlich wird gemeldet: In der Nacht vom 1. zum 2. August wurde ein feindliches Luftschiff in der Fahrt von Kersprich nach Andernach beobachtet. In der gleichen Nacht machten ein Kochemer Gastwirt und sein Sohn einen Versuch, den Kochemer Tunnel zu sprengen. Dies misslang. Beide wurden erschossen. Feindliche Flugzeuge wurden in der Richtung von Düren auf Köln beobachtet. Ein französisches Flugzeug wurde bei Wesel heruntergeschossen."

Doch fünfzehn Tage später war im „Berliner Lokalanzeiger" an unauffälliger Stelle und feingedruckt folgende Notiz zu lesen:

„Vor dem Kriegsgericht der Festung Koblenz-Ehrenbreitenstein kam gestern, wie aus Koblenz berichtet wird, der in den ersten Mobilmachungstagen berichtete Anschlag auf den Eisenbahntunnel bei Kochem an der Mosel zur Verhandlung. Der Angeschuldigte, Gastwirt Nikolai aus Kochem, der nach früherer Meldung bereits erschossen sein sollte, wurde unschuldig befunden und freigesprochen der ihm durch die Untersuchung erwachsene Schaden soll ihm ersetzt werden."

Ein weiteres Beispiel der Täuschung amtlicher Berichte liefert uns folgende Depesche:

„Amtlich wird Sonntag Nachmittag 2 Uhr 45 Minuten gemeldet: Soeben läuft die militärische Meldung ein, dass heute Vormittag französische Flieger in der Umgebung von Nürnberg Bomben abgeworfen haben. Da eine Kriegserklärung zwischen Frankreich und Deutschland bisher

nicht erfolgt ist, liegt ein Bruch des Völkerrechtes vor." (Berl. Tageblatt vom Montag den 3. August.)

Wie es mit dieser militärischen Meldung stand, die amtlich verbreitet wurde, lesen wir beispielsweise in der „Friedens-Warte" (1916, Nr. 7), einem deutschen Blatt, das sich bestrebt, den sehr kompromittierten Ruf deutscher Ehrlichkeit möglichst zu retten:

„Die Nachricht vom Abwerfen von Bomben durch französische Flieger auf Nürnberg noch vor Beginn des gegenwärtigen Krieges galt als eine Tatsache. Sie wird heute noch von vielen als richtig angenommen. In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" befand sich in einem Aufsatz die Behauptung: „Nachdem noch vor der französischen Kriegserklärung ein französischer Flieger usw." Dies hat dem Geheimen Sanitätsrat Professor Dr. J. Schwalbe Anlass gegeben, der Angelegenheit nachzuforschen. Als Ergebnis dieser Nachforschungen teilte er in der gleichen Zeitschrift vom 18. Mai 1916 mit: „,... Aus einem Schriftwechsel von Geheimrat Riedel und dem Magistrat von Nürnberg hat sich ergeben, dass diese Behauptung, die bisher niemals berichtigt, vielmehr allgemein bei uns als ein Beweis für den Bruch des Völkerrechts seitens französischer Flieger angenommen worden ist, tatsächlich nicht zutrifft. Der Nürnberger Magistrat schreibt nämlich am 3. April d. J.: „Dem stellvertretenden Generalkommando III. Bayrisches Armeekorps. Hier ist nichts davon bekannt, dass auf die Bahnstrecke Nürnberg—Kissingen und Nürnberg—Ansbach vor und nach Kriegsausbruch je Bomben von feindlichen Fliegern geworfen worden sind. Alle diesbezüglichen Behauptungen und Zeitungsnachrichten haben sich als falsch herausgestellt."

Es ist für das deutsche Prestige unberechenbar schädlich, dass all diese unwahren Meldungen als amtlich in die Welt geschickt wurden. Schädlich auch, dass der Herr Reichskanzler sie in seine Rede vom 4. August hineinzog!

Und schädlich vor allen Dingen, dass der Fall „Libau“ die beabsichtigte, die gewollte Täuschung klar darlegt!

5. Schlussfolgerung.

Die vorstehende Schilderung der Vorgänge auf Grund deutscher und österreichischer Propaganda lässt sich wie folgt kurz zusammenfassen:

Österreich stellte an Serbien ein Ultimatum, das schlechterdings nicht ohne weitere Verhandlungen angenommen werden konnte; trotzdem schnitt es die Möglichkeit der Verhandlungen durch seine Kriegserklärung an Serbien ab! Dabei liess es andere Grossmächte, die am Status quo ante auf dem Balkan interessiert waren, in dieser hochinternationalen Angelegenheit nicht intervenieren, indem es vorgab, die Angelegenheit sei rein lokal. Ursprung und Verlauf der serbischen Missstimmung wurden in einseitiger, unrichtiger Weise hingestellt, und die Möglichkeit, Serbien und Österreich durch eine Mächtekonferenz zu beruhigen, wurde glatt verneint. Trotzdem unterliess es Österreich, genügende Garantien für eine Erhaltung des Status quo ante auf dem Balkan zu geben, indem es sich auf die Zusicherung der territorialen Integrität beschränkte. Da aber die Zentralmächte auf die Dauer der Konferenz nicht ausweichen konnten, erklärten sie sich zu einer solchen schliesslich bereit, jedoch erst nachdem Österreich durch seine Gesamtmobilisation die entsprechende russische Gesamtmobilisation provoziert, und demnach seinem deutschen Freunde einen angeblichen Grund zur Kriegserklärung zugeführt hatte.

An diesen Feststellungen kann kaum etwas geändert werden, basieren sie doch auf eigenen deutschen, und nicht auf fremden Unterlagen. Es ist zu erhoffen, dass das

deutsche Volk in späteren, ruhigeren Zeiten seine eigenen Verfehlungen einsehen werde, denn nur in diesem Falle wäre es imstande, an der Verhinderung ähnlicher Katastrophen künftighin wirksam mitzuarbeiten. Heute steht es in seiner Auffassung in der Welt allein da, und je länger der Krieg dauert, um so deutlicher wird die Isolierung zutage treten. Ich weise als Abschluss meiner Darlegungen, auf die leider nur zu wahren Worte des bekannten amerikanischen Juristen Dr. J. M. Beck hin, die ich seinem Buche „Der Tatbestand“ entnehme:

> „Heute besteht Deutschlands Hauptschwäche in seiner moralischen Vereinsamung. Es steht unter dem Verdammungsurteil der ganzen zivilisierten Welt. Keine physische Macht, die es auszuüben in der Lage ist, kann für diesen Verlust an moralischem Gewicht einen Ausgleich schaffen. Sogar der Erfolg wird um solchen Preis zu teuer erkauft sein. Es gibt Dinge, die erfolgreicher sind als der Erfolg. Eines von ihnen ist — die Wahrheit!“

NACHWORT

Zum **Defensivkrieg.** Herr von Bethmann hielt seine Rede vom 9. November 1916, in welcher er den Zeitpunkt der russischen Gesamtmobilisation willkürlich antizipierte, d. h. auf die Nacht vom 30./31. Juli 1914 ansetzte, statt auf den Vormittag des 31. Juli. Er gab somit für die russische Gesamtmobilisation den Zeitpunkt an, in welchem sich die österreichische vollzogen hatte; dies in der Absicht, den Fehltritt Österreichs zu verschleiern. Die Äusserung des Reichskanzlers widerspricht aber nicht nur den internationalen Dokumenten, sondern auch dem deutschen Weissbuch:

> „Noch ehe dies Telegramm (vom 31. Juli, 2 Uhr nachm.) seine Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete, offensichtlich gegen uns gerichtete, Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte in vollem Gange."

Da uns ferner Herr von Bethmann die Quelle verschweigt, auf welche er seine neue Version stützt, so müssen wir annehmen, dass es sich hier um eine „diplomatische Notlüge" handelt, wie sie im politischen Leben unter der Zwangslage schwieriger Verhältnisse etwa vorkommt, und wie sie bis zu einem gewissen Grade entschuldbar sein mag („Not kennt kein Gebot"; also auch das der Wahrheit nicht!). Jedenfalls zeigt uns Herr von Bethmann durch seinen gewagten Schritt, wie schwach das Kartenhaus der deutschen Propaganda gebaut ist. Andererseits bleiben alle die zahlreichen Beweisführungen zu Recht bestehen, welche einwandfrei klarlegen, dass nicht nur die Kriegseröffnungen, sondern auch die hierzu führenden

Massnahmen, den Zentralmächten zur Last gelegt werden müssen.

Zum Präventivkrieg. Ebenso ist es den Zentralstaaten auch neuerdings nicht gelungen, nachzuweisen, dass vor Kriegsausbruch eine gegen sie gerichtete aggressive Koalition bestanden hatte. Es bleibt eine Tatsache, dass die Freundschaft zwischen Frankreich und England nicht einmal den Charakter eines zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes erforderlichen Defensivbündnisses gehabt hatte. Desgleichen bleibt festgestellt, dass die Bildung einer defensiven Tripelallianz, infolge vielseitiger Opposition (namentlich in England), auch für die Zukunft nicht in Aussicht stand. Und schliesslich nahm die allgemeine europäische Politik in den letzten Jahren nachweisbar eine für Deutschland und Österreich überaus günstige Wendung. Somit muss der Gedanke an einen deutschen Präventivkrieg auch fernerhin entschieden abgelehnt werden.

Zum Eroberungskrieg. In dieser Frage ereignete sich seit Fertigstellung meiner Arbeit manches Neue. Doch möchte ich, ehe ich hierauf eingehe, dem Leser das früher Gesagte kurz in Erinnerung rufen:

In Deutschland wurde der Trieb nach Ausdehnung seit 1898 in steigendem Masse der Öffentlichkeit als unabwendbar hingestellt; die entsprechende Wirkung kam in den gebildeten Kreisen deutlich zum Ausdruck, namentlich seit der Marokkokrisis. Deutschland weigerte sich bei Kriegsbeginn, England gegenüber die Integrität der französischen Kolonien anzuerkennen und es versprach dem italienischen Bundesgenossen schon am ersten Kriegstage Territorien aus fremdem Besitz. Der Reichskanzler scheute sich nicht, zur Zeit des deutschen Kriegsglückes zuzugeben, dass seine Politik schon vor der Kriegseröffnung

auf die Zerstörung des europäischen Gleichgewichtes gerichtet war. Das eigenartige Zusammenspiel der deutschen und der österreichischen Regierungen zur Zeit des Kriegsausbruches konnte nur bezweckt haben, die seit 1913 vorbereitete Ausführung der deutschen Orientpolitik (Berlin—Bagdad) in Erfüllung zu bringen. Demnach sollte der durch die Zentralmächte entfesselte Weltkrieg bezwecken, die eigene wirtschaftliche und politische Macht zu erweitern, und auf Generationen hinaus festzulegen. Diese aggressive Politik musste dem grössten Teil des deutschen Volkes Schaden bringen, und nur eine Partei, die man die „alldeutsche" zu nennen pflegt (Militär, Beamte, Professoren und Grossindustrielle), konnten hieraus Nutzen ziehen.

Inzwischen hielt diese Partei in Berlin eine vielbesprochene Versammlung, in welcher sie durch Eingabe an den Kaiser die Entlassung des Reichskanzlers zu erwirken suchte. Da lasen wir unter anderem:

> „... In verhängnisvoller Verblendung hat Herr von Bethmann-Hollweg sich den besten und am meisten königstreuen Kreisen entfremdet und sich Kreisen und Richtungen angeschlossen, die international angekränkelt und republikanisch-demokratisch gesinnt sind ... Denn beide Kronen (Deutschlands und Preussens) fliegen in den Staub, wenn wir nicht siegen, und zwar bald siegen..." (B. N. vom 6. März 1917.)

Hier wird die allgemeine Auffassung, dass Herr von Bethmann vor Kriegsausbruch das willfährige Werkzeug der rechtsstehenden Parteien gewesen war (Wahlrechtsreform usw.), bis zu einem gewissen Grade bestätigt. Denn wer sich mir heute „in verhängnisvoller Verblendung entfremdet", stand gestern an meiner Seite. Nun decken sich in Deutschland die rechtsstehenden Parteien leider fast gänzlich mit den „alldeutschen". Es ist zwar anzunehmen,

dass Herr von Bethmann in seinem Inneren die belgische Neutralitätsverletzung, und vielleicht auch die Eröffnung des Weltbrandes, ursprünglich verurteilte. Aber er stand der alldeutschen Partei zu nahe, um sich nicht durch ihren überzeugten Optimismus zur Nachgiebigkeit hinreissen zu lassen. Zeigten doch auch die letzten Aussenminister (v. Jagow, v. Kiderlen-Wächter) eine mehr oder weniger offene Hinneigung zu den Ideen der alldeutschen Kreise. Erst der Misserfolg der grossen „heiligen Sache", das Ausbleiben des Sieges, und das gewaltige Anwachsen der Feinde entfremdete die Regierung ihren alten, hartnäckigen Freunden und brachte sogar den Kanzler in freundschaftliche Nähe mit dem Sozialdemokraten Scheidemann. —

Die alldeutsche Mittelmeerpolitik schuf neue defensive Vereinigungen: Marokko brachte England und Frankreich zusammen, wenn auch leider nicht in einer bindenden, abschreckenden und somit dem dauernden Frieden nützlichen Form; Berlin—Konstantinopel—Bagdad zwang die Balkanstaaten zu einem Bunde und führte in letzter Linie zum heutigen Weltkrieg; dieser aber schuf die Weltkoalition gegen Deutschland. Und wie die Zentralmächte unter der Decke nach Bagdad ausgegriffen hatten (Weigerung jeglicher Konferenz im Juli 1914), so möchten sie heute diese Frucht auch unter der Decke hereinholen (Weigerung, die Kriegsziele bekannt zu geben). Denn gleich wie die Sehnsucht alldeutscher Kreise nach einer Vorherrschaft in Konstantinopel, Suez und Bagdad die Genehmigung des deutschen Volkes, zur Zeit der Kriegseröffnung, nicht gefunden hätte, so würde die Nennung solch gewaltiger Kriegsziele heute alle Völker, auch das deutsche, in Verwirrung bringen. Fand doch bereits die Angliederung Polens, in militärischer, wirtschaft-

licher und politischer Hinsicht, durchaus nicht ungeteilten Beifall!

Heute kann kein objektiv urteilender Mensch daran zweifeln, dass die Zentralmächte durch ihre Kriegseröffnung einen Bruch des Status quo ante im Auge hatten. Und jeder wird es logisch finden, wenn die angegriffene Gegenpartei an dem alten Standpunkt festhält, dass eine schlechte Suppe von demjenigen aufgegessen und bezahlt werden müsse, der sie eingebrockt hat.

* * *

Leider haben die Alldeutschen durch die Herbeiführung des Weltkrieges nicht nur geographische, sondern auch soziale Verhältnisse geändert. Es bleibt zu befürchten, dass nunmehr diejenigen Kreise an Bedeutung verlieren werden, welche das Gedeihen Europas in der Disziplin seiner Völker und der geregelten Ordnung sehen. Trotzdem aber gerade die alldeutsche Partei meist aus diesen konservativen Elementen besteht, die der sozialen Wage nicht weniger nützlich erscheinen, als die Sozialdemokraten, so würden die konservativen Kreise anderer Länder ihrer Sache einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie an dem morschen Seil der preussischen Junker ziehen wollten. Der rechtsstehende Kosmopolite freut sich, dass in nichtdeutschen Monarchien konservative Elemente durch einen unparteiischen Sinn den Schaden wieder gutmachen, den der Preusse ungewollt derjenigen sozialen Tendenz zugefügt hat, welcher er zweifellos seine imponierende Stärke verdankt.